



HESSISCHES STATISTISCHES
LANDESAMT

Staat und Wirtschaft in Hessen

Heft 2 · Februar 2001 · 56. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Ausgaben der Haushalte für den privaten Verbrauch.

Weitere Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998

Die Straffälligkeit Jugendlicher in Hessen

Neukonzeption des Aufbereitungsverfahrens der Bautätigkeitsstatistik

Daten zur Wirtschaftslage

Hessischer Zahlenspiegel



Auch auf Diskette als PDF-Datei

Inhalt

Haushalte	
Ausgaben der Haushalte für den privaten Verbrauch. Weitere Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	30
Rechtspflege	
Die Straffälligkeit Jugendlicher in Hessen. Von <i>Diana Schmidt-Wahl</i>	37
Bauwirtschaft	
Neukonzeption des Aufbereitungsverfahrens der Bautätigkeitsstatistik. Von <i>Arthur Hesseler</i>	42
Landwirtschaft	
Steigende Anzahl schlachtreifer Rindviehbestände. Von <i>Jörg Führer</i>	47
Umwelt	
Lokale Agenda 21 — Datenbank zu Nachhaltigkeits-Indikatoren für Kommunen auf CD-ROM. Von <i>Stefan Wilhelmy</i>	49
Daten zur Wirtschaftslage	50
Ganz kurz . . .	56
Hessischer Zahlenspiegel	
Bevölkerung	58
Arbeitsmarkt	58
Landwirtschaft	59
Verarbeitendes Gewerbe	59
Öffentliche Energieversorgung	59
Baugewerbe, Baugenehmigungen	60
Einzelhandel und Gastgewerbe	60
Außenhandel	61
Fremdenverkehr, Verkehr	61
Geld und Kredit	62
Preise	62
Steuern	63
Löhne und Gehälter	63
Buchbesprechungen	Umschlagseiten 3 und 4

Impressum

ISSN 0344 — 5550 (Print)
ISSN 1616 — 9867 (Digital)

Copyright: © Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2001
Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37
Telefon: 0611/3802-0, Telefax: 0611/3802-890
E-Mail: vertrieb@hsl.de — Internet: www.hsl.de

Schriftleitung: Siegfried Bayer, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37, Telefon: 0611/3802-804

Haus-/Lieferadresse: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden

Bezugspreis: Print: Einzelheft 6,00 DM (Doppelheft 12,00 DM), Jahresabonnement 61,20 DM (zuzüglich Versandkosten)
Digital: Einzelheft 6,00 DM (Doppelheft 12,00 DM), Jahresabonnement 61,20 DM (inkl. CD-ROM mit dem kompletten Jahrgang), Jahrgangs-CD-ROM einzeln 75,00 DM (jeweils zuzüglich Versandkosten)

Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt

Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611/3802-802 oder -807.

Zeichen

— = nichts, weil nichts vorhanden ist oder die Fragestellung nicht zutrifft bzw. weil keine Veränderung eingetreten ist.
 . = Nachweis nicht möglich, weil die Veröffentlichung aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht gestattet ist oder weil bei Veränderungsdaten die Ausgangszahlen kleiner als 100 ist
 . . . = Zahl liegt zur Zeit der Berichterstattung noch nicht vor, ist aber zu erwarten.
 0 = weniger als die Hälfte der kleinsten darzustellenden Einheit (auch: 0,0).
 D = Durchschnitt.
 p = vorläufige Zahl(en).
 r = berichtigte Zahl(en).
 Zahl in Klammern = eingeschränkter Aussagewert.
 Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

Schlachtungen von Rindvieh¹⁾ in den Jahren 1999 und 2000



1) Rindvieh ohne Kälber; aus gewerblicher Schlachtung sowie Hausschlachtung.
Siehe auch Text auf Seite 47.

HSL 8/01

Ausgaben der Haushalte für den privaten Verbrauch

Weitere Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998

Fast 140 Mrd. DM haben die 2,7 Millionen hessischer Haushalte im Jahr 1998 für den privaten Verbrauch ausgegeben, knapp ein Fünftel mehr als fünf Jahre davor. Sieht man — wegen der besonderen Problematik — einmal von den Wohnkosten ab, so sind die Ausgaben für den Autokauf mit einem Plus von 225 Mill. DM pro Monat absolut am stärksten gestiegen. Die Zuwachsraten waren allerdings bei den Ausgaben für Güter der Gesundheitspflege und für Pauschalreisen mit 80 % fast doppelt so hoch. In einem Durchschnittshaushalt haben sich in dieser Zeit die monatlichen Konsumausgaben um knapp 600 DM oder 16 % auf 4335 DM erhöht. Trotz unterschiedlicher Entwicklung bei den acht Hauptausgabegruppen — mit Ausgaberrückgängen bei Nahrungs- und Genussmitteln sowie Kleidung und Schuhen — haben sich deren Anteile an den Gesamtausgaben für den privaten Verbrauch nur recht gering verschoben. Mit noch etwas stärkerem Gewicht als 1993 standen dabei die Aufwendungen für Wohnen und Energie im Vordergrund, vor denen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren. Besonders durch die Wohnkosten belastet waren kleine und finanziell schlechter gestellte Haushalte. Bei Letzteren waren auch die Ausgaben für Nahrungsmittel höher als die für Verkehr und Nachrichtenübermittlung zusammen. Andererseits gaben allein lebende Männer, Haushalte von Beamten und solche mit monatlichem Nettoeinkommen ab 10 000 DM mehr Geld für Freizeit, Unterhaltung und Kultur aus als für Nahrungs- und Genussmittel. Beamtenhaushalte waren zudem vordergründig am höchsten mit Ausgaben für Gesundheits- und Körperpflege belastet. Generell hat sich wieder bestätigt, dass nicht nur die Höhe, sondern auch die Struktur der Verbrauchsausgaben ganz wesentlich vom Haushaltsnettoeinkommen abhängig ist. Pro Person haben die Zweipersonenhaushalte gegenüber 1993 die Ausgaben für den privaten Verbrauch am meisten erhöht, nämlich um über 430 DM auf annähernd 2400 DM. Trotzdem war für eine Einzelperson die Lebensführung noch um fast 250 DM im Monat teurer. Wegen der erhöhten Konsumausgaben ist die Ersparnis in allen Haushaltsgruppen außer den Dreipersonenhaushalten und den Haushalten mit dem höchsten Nettoeinkommen gesunken.

Vorbemerkungen

Wie die Bezeichnung schon ausdrückt, werden bei den Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) neben der Erfassung von Art und Höhe der Einnahmen insbesondere die Aufwendungen für den privaten Verbrauch ermittelt. Dazu werden in der Bundesrepublik Deutschland seit 1962 die entsprechenden Daten etwa alle fünf Jahre von ausgewählten Haushalten auf freiwilliger Basis durch Anschreibungen in Haushaltsbüchern festgehalten¹⁾. Nachdem im Januar über die verschiedenen Arten von Einnahmen und Einkommen sowie über die wesentlichen Ausgabeposten der letzten Erhebung im Jahr 1998 berichtet worden ist²⁾, sollen diesmal die Verbrauchsausgaben hinsichtlich ihrer Entwicklung und Struktur etwas näher unter die Lupe genommen werden. Dies gilt sowohl für die einzelnen Verwendungszwecke als auch für das unterschiedliche Ausgabeverhalten bestimmter Haushaltsgruppen, aus denen sich ein hessischer „Durchschnittshaushalt“ zusammensetzt³⁾. Zum methodischen Vorgehen bei der Erhebung ist anzumerken, dass die Teilnehmer ihre monatlichen Ausgaben jeweils für ein Quartal des Jahres 1998 nach einer vorgegebenen Gruppierung

in die Haushaltsbücher einzutragen hatten. Dabei handelte es sich — aufbauend auf dem „Systematischen Verzeichnis der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte (SEA 1998)“ — um die elf folgenden Abschnitte, geordnet nach ihrer Reihenfolge im Haushaltsbuch:

- Wohnen und Energie,
- Verkehr,
- Nachrichtenübermittlung,
- Gesundheit,
- Bekleidung und Schuhe,
- Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände, laufende Haushaltsführung,
- Freizeit, Unterhaltung und Kultur,
- Hotels, Pensionen, Gaststätten und Kantinen,
- Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren,
- Unterrichtsdienstleistungen sowie
- Sonstige Waren und Dienstleistungen.

Sämtliche Abschnitte waren zudem teilweise erheblich tiefer untergliedert, mit Ausnahme der „Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren“, für die eine Unterstichprobe von Haushalten (in Hessen etwa ein Viertel der Beteiligten) in einem so genannten „Feinaufzeichnungsheft“ detaillierte Eintragungen mit Mengenangaben vorzunehmen hatte⁴⁾. Diese Vorgehensweise wurde auch schon bei der vorangegangenen

1) Näheres zu Rechtsgrundlage, Turnus und Methoden der Erhebung siehe „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 mit neuem Konzept“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 52. Jahrg., Heft 11, November 1997, Seite 294 ff.

2) Vgl. „Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte in Hessen“, a. a. O., 56. Jahrg., Heft 1, Januar 2001, Seite 11 ff.

3) Zu dieser Problematik vgl. den vorgenannten Artikel.

4) Sobald die entsprechenden Ergebnisse vorliegen, wird auch darüber in dieser Zeitschrift noch berichtet.

Erhebung im Jahr 1993 angewandt, doch waren die einzelnen Abschnitte und Untergliederungen nicht immer identisch und Letztere zum Teil auch anderen Abschnitten zugeordnet. Dies schränkt partiell die Vergleichbarkeit der Ergebnisse ein, obwohl durch Umrechnung auf die aktuelle Abgrenzung versucht wurde, kongruentes Datenmaterial zu gewinnen.

Maßgebend für die Eintragungen in das Haushaltsbuch war in der Regel die Marktentnahme, nicht der tatsächliche Verbrauch. Das gilt vor allem für den zeitlichen Aspekt bei einem Warenkauf oder einer bezahlten Dienstleistung. So können beispielsweise bei langlebigen Gütern Kauf- und „Verbrauchs“termin weit auseinanderklaffen. Andererseits müssen nicht unbedingt alle Waren, die man gekauft hat, tatsächlich verbraucht werden, wie am Beispiel verdorbener Lebensmittel leicht ersichtlich ist. Auch für haushaltsfremde Personen gekaufte Geschenke waren bei den Konsumausgaben aufzunehmen, nicht jedoch der Wert von eventuell geschenkt erhaltenen Waren. In einigen Fällen wurden — abweichend von dem System einer Realisierung am Markt — unterstellte Käufe oder Leistungen ebenfalls in die Ergebnisse einbezogen. Hier sind neben den Deputaten für bestimmte Gruppen von Arbeitnehmern bei Haushalten von Selbstständigen die Sachentnahmen aus dem eigenen Betrieb zu nennen, für die jeweils ein durchschnittlicher Marktpreis eingesetzt wurde. Wesentlich bedeutsamer als diese beiden Positionen sind in der Realität aber die Mietwerte von Eigentümerwohnungen, weil sie zum einen fast die Hälfte der hessischen Haushalte betreffen, zum anderen wertmäßig besonders kräftig zu Buche schlagen. Legt man bei den Eigentümerwohnungen mit ihrer durchschnittlichen Wohnfläche von knapp 125 m² eine fiktive Quadratmetermiete von 12 DM zu Grunde, so kommt man auf eine Miete von rund 1500 DM im Monat, die in der entsprechenden Ausgabeposition der Haushalte jeweils anteilig enthalten ist⁵⁾. Gerade bei der aktuellen politischen Diskussion um die Zukunft der Alterssicherungssysteme zeigen diese Daten, wie hoch der Wert von Wohneigentum in diesem Zusammenhang eingeschätzt werden muss, weil ein Haushalt — nachdem er entsprechende Vorleistungen erbracht hat — in der Realität um diesen Betrag entlastet wird.

Verbrauchsausgaben um ein Fünftel höher als 1993

Im Laufe des Jahres 1998 haben die hochgerechnet knapp 2,7 Millionen hessischen Haushalte für ihren privaten Verbrauch insgesamt fast 140 Mrd. DM ausgegeben. Das waren über 22 Mrd. DM oder fast ein Fünftel mehr als fünf Jahre davor, womit der Anstieg deutlich kräftiger ausfiel als die allge-

Monatliche Aufwendungen der Haushalte für den privaten Verbrauch 1993 und 1998

Art der Angabe	1993		1998		Zu- bzw. Abnahme (-) in %
	DM	%	DM	%	
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	607	16,2	566	13,1	- 6,8
Kleidung, Schuhe ¹⁾	282	7,5	234	5,4	- 16,9
darunter					
Herrenbekleidung	46	1,2	54	1,2	16,8
Damenbekleidung	93	2,5	93	2,2	0,0
Kinderbekleidung	16	0,4	25	0,6	53,1
Schuhe	44	1,2	42	1,0	- 5,6
Wohnen und Energie	1 032	27,6	1 490	34,4	44,4
davon					
Wohnungsmieten ²⁾	743	19,9	1 168	26,9	57,2
Wohnungsinstandhaltung	76	2,0	123	2,8	61,8
Energie	212	5,7	199	4,6	- 6,1
davon					
Elektrizität, Gas	137	3,7	125	2,9	- 8,8
Sonstige Brennstoffe	39	1,0	34	0,8	- 12,8
Zentralheizung, Warmwasser	37	1,0	40	0,9	8,1
Innenausstattung ³⁾ , Haushaltsführung	256	6,8	288	6,6	12,5
davon					
Möbel	101	2,7	119	2,7	17,3
Teppiche, Bodenbel., Heimtextilien	51	1,4	41	0,9	- 19,6
Elektrische Haushaltsgeräte	51	1,4	45	1,0	- 12,2
Sonstige Güter und Dienstleistungen	53	1,4	83	1,9	56,6
Gesundheits- und Körperpflege	226	6,0	230	5,3	1,6
davon					
Güter für die Gesundheitspflege	45	1,2	80	1,8	78,7
Dienstl. f. d. Gesundheitspflege	83	2,2	76	1,8	- 8,3
Güter für die Körperpflege	55	1,5	34	0,8	- 37,9
Dienstl. für die Körperpflege	44	1,2	40	0,9	- 8,9
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	624	16,7	697	16,1	11,7
darunter					
Kraftwagen	199	5,3	278	6,4	39,5
Kraft- und Fahrräder	18	0,5	18	0,4	0,0
Kraftstoffe	126	3,4	128	3,0	1,6
Fremde Reparaturen an Kfz ⁴⁾	57	1,5	61	1,4	6,2
Fremde Verkehrsleistungen	68	1,8	58	1,3	- 14,8
Nachrichtenübermittlung	86	2,3	104	2,4	20,5
Freizeit und Kultur, Bildungswesen	427	11,4	503	11,6	17,8
darunter					
Fernseh-, Radio-, Fonogeräte ⁵⁾	30	0,8	24	0,6	- 18,8
Foto- und Filmapparate ⁶⁾	19	0,5	10	0,2	- 46,5
Sonstige Gebrauchsgüter ⁷⁾	54	1,4	54	1,2	0,0
Bücher, Zeitungen u. ä.	67	1,8	64	1,5	- 4,5
Garten, Blumen, Tierhaltung	48	1,3	45	1,0	- 5,9
Freizeit- und Kulturdienstleistungen	68	1,8	108	2,5	59,3
Bildungswesen	22	0,6	24	0,6	10,3
Pauschalreisen	68	1,8	119	2,7	75,0
Andere Waren u. Dienstleistungen	288	7,7	328	7,6	13,9
darunter					
Schmuck, Uhren u. Edelmetalle	19	0,5	23	0,5	21,6
Beherbergungsdienstleistungen	69	1,8	44	1,0	- 36,2
Verpflegungsdienstleistungen	184	4,9	175	4,0	- 4,9
Privater Verbrauch insgesamt	3 742	100	4 335	100	15,8

5) Vgl. „Immobilienbesitz und Wohnverhältnisse der privaten Haushalte in Hessen im Januar 1998“, a. a. O., 54. Jahrg., Heft 7/8, Juli/August 1999, Seite 208 ff. Bei gut 1,2 Mill. Eigentümerhaushalten summiert sich der fiktive Mietwert damit auf über 1,8 Mrd. DM im Monat, also rund 57 % der hochgerechneten Mietausgaben; dieser Wert schwankt bei den verschiedenen Haushaltgruppen je nach Anteil der Eigentümerhaushalte.

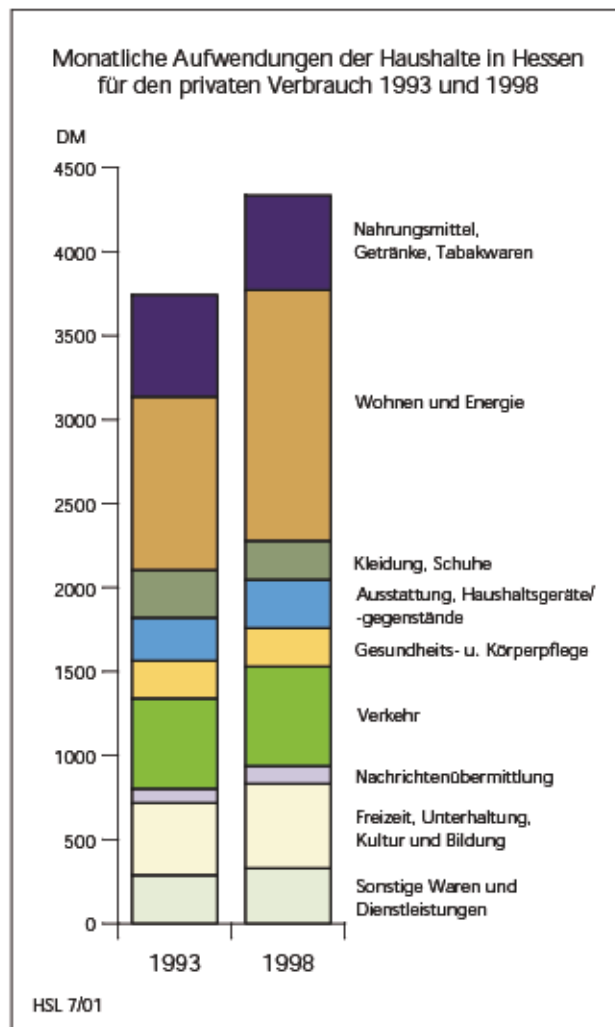
1) Einschl. Sportbekleidung, Reparaturen und Zubehör. — 2) Einschl. Umlagen für Warmwasser u. ä. — 3) Einschl. Haushaltsgeräten, -gegenständen. — 4) Sowie Fahrrädern. — 5) Einschl. Videogeräten. — 6) Einschl. Projektoren und Zubehör für Foto- und Fonogeräte. — 7) Einschl. Spielwaren, Campingartikeln, Wasser- und Luftfahrzeugen sowie Mobilheimen.

meine Teuerung in diesem Zeitraum mit nur etwa 8 %. Pro Monat lagen die Ausgaben mit 11,6 Mrd. DM um fast 1,9 Mrd. DM über denen von 1993; von diesen monatlichen Mehrausgaben entfielen allein 1,2 Mrd. DM auf die (teilweise auch fiktiven) Wohnungsmieten. Sieht man wegen der bereits beschriebenen Problematik einmal von diesen Kosten ab, so hatten die monatlichen Ausgaben für den Autokauf mit einem Plus von 225 Mill. DM oder 12 % den größten Anteil an dem Zuwachs. Eine Dreiviertelmilliard war den hessischen Haushalten in jedem Monat die Anschaffung des oft zitierten „liebsten Kindes“ wert; gegenüber 1993 waren das reichlich 43 % mehr. Andere Ausgaben sind aber zum Teil relativ noch stärker angewachsen: Zum Beispiel war bei Pauschalreisen mit einem Plus von über 141 Mill. DM oder bei Gütern für die Gesundheitspflege mit einem Plus von über 97 Mill. DM die Zuwachsrate mit 80 % oder mehr fast doppelt so hoch wie bei den Kraftwagen. In zwei Bereichen — sowie in einer Reihe von Unterpositionen — waren aber auch Minderausgaben zu verzeichnen, nämlich bei Bekleidung und Schuhen sowie bei Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren. Dafür wurden im Monat fast 107 bzw. 65 Mill. DM weniger ausgegeben als 1993.

Im Einzelnen lassen sich die monatlichen Gesamtbeträge der Konsumausgaben durch Multiplikation der in der Tabelle ausgewiesenen Durchschnittswerte je Haushalt mit den Haushaltszahlen von 2,6 Mill. im Jahr 1993 bzw. 2,68 Mill. im Jahr 1998 errechnen. Die Steigerungsrate fällt bei den Gesamtbeträgen jeweils etwas höher, die Abnahmerate dagegen etwas geringer aus als diejenige in der Tabelle, weil im Jahr 1998 mehr Haushalte den entsprechenden Betrag ausgegeben haben als 1993. Bei den Fällen mit gleichen Monatsausgaben je Haushalt in beiden Jahren, also der Veränderungsrate 0, ergibt sich bei den Gesamtbeträgen dadurch — entsprechend dem zwischenzeitlichen Zuwachs an Haushalten — eine Steigerung um fast 3 %.

Monatlicher Verbrauch bei 4335 DM

Zu einem gewissen Teil ist also der wiederum recht hohe Gesamtanstieg der Verbrauchsausgaben auf diesen Effekt zurückzuführen, sodass für den tendenziell etwas kleiner gewordenen Durchschnittshaushalt die Wachstumsrate nur bei knapp 16 % lag (gegenüber fast einem Fünftel mehr bei den Verbrauchsausgaben insgesamt). Damit hat 1998 jeder Haushalt in Hessen monatlich 4335 DM für den privaten Konsum aufgewandt, knapp 600 DM mehr als fünf Jahre zuvor und fast 150 DM oder gut 3 % mehr als ein Haushalt im Durchschnitt der alten Bundesländer. Auf den hessischen Durchschnittshaushalt bezogen, entfielen mit fast 460 DM drei Viertel der Mehrausgaben allein auf den Bereich Wohnen und Energie, mit über 70 DM jeweils rund ein Achtel auf die Bereiche Freizeit, Kultur und Bildung sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung. Die relativ geringen Zuwächse in den drei Bereichen „Innenausstattung, Haushaltsgeräte und



„gegenstände“, „Gesundheits- und Körperpflege“ sowie „andere Waren und Dienstleistungen“ (zusammen 76 DM) wurden von den Minderausgaben für Kleidung und Schuhe sowie Nahrungs- und Genussmittel (zusammen 89 DM) reichlich kompensiert. Bei der Interpretation dieser und aller nachfolgenden Zahlen ist zu beachten, dass es sich um rein rechnerische monatliche Durchschnittswerte für alle Haushalte bzw. die jeweils genannten Haushaltsgruppen handelt. Es spielt dabei keine Rolle, ob ein einzelner an der Erhebung teilnehmender Haushalt tatsächlich im Laufe des Berichtsjahres eine entsprechende Anschaffung gemacht oder Geld für die beschriebenen Güter oder Dienstleistungen ausgegeben hat.

Einige Besonderheiten innerhalb der einzelnen Hauptaussgabegruppen sollen im Folgenden beschrieben werden. Bei **Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren** ist im Vergleich mit den Veröffentlichungen früherer Erhebungen zu beachten, dass die Mahlzeiten außer Haus in den Abschnitt „andere Waren und Dienstleistungen“ umgegliedert wurden; eine entsprechende Umrechnung ist aber in den hier vorliegenden Ergebnissen für 1993 bereits vorgenommen. Im Bereich **Kleidung und Schuhe** fällt sofort ins Auge, dass es trotz eines Gesamtrückgangs um 48 DM oder 17 %

bei Herren- und vor allem bei Kinderbekleidung relativ starke Zunahmen gab. Dies ist auf eine Straffung der Merkmalsgliederung zurückzuführen, durch die Sportbekleidung und einige weitere Artikel 1998 jeweils direkt der Herren-, Damen- oder Kinderbekleidung zuzuordnen waren, aber in den entsprechenden Ausgangszahlen für 1993 fehlen, da sie nicht umgerechnet werden konnten. Im Bereich *Wohnen und Energie* haben sich neben der bereits erwähnten Miete auch die Kosten für die Wohnungsinstandhaltung (1993 noch im Abschnitt „Haushaltsführung“ enthalten, hier aber umgerechnet) überdurchschnittlich erhöht, möglicherweise bedingt durch umfangreiche Sanierungs- oder Modernisierungsarbeiten, wie zum Beispiel an Heizanlagen, Fenstern oder Bädern. Dagegen waren die Ausgaben für Energie — noch vor der Ölpreiserhöhung — mit Ausnahme von Zentralheizung und Warmwasserversorgung rückläufig. Der Bereich *Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände sowie Haushaltsführung* ist gekennzeichnet einerseits durch Mehrausgaben für Möbel sowie besonders für sonstige Gebrauchsgüter (z. B. Geschirr, Werkzeuge für Haus und Garten) und Dienstleistungen (wie Reparaturen, Haushaltshilfen), andererseits durch Einsparungen bei Teppichen, Heimtextilien und Haushaltsgeräten. Innerhalb der *Gesundheits- und Körperpflege*, die wie 1993 unter einer Rubrik ausgewiesen wird⁶⁾, sind lediglich die Ausgaben für die Güter der Gesundheitspflege (z. B. therapeutische Geräte oder pharmazeutische Erzeugnisse einschl. Eigenanteilen bei Rezepten) kräftig gestiegen, während es ansonsten Abnahmen gab, vor allem bei den Gütern für die Körperpflege. In der ebenfalls zusammengefassten Gruppe *Verkehr und Nachrichtenübermittlung* wurde die starke Zunahme der Beschaffungskosten für Kraftwagen um zwei Fünftel bereits erwähnt. Auch die Aufwendungen für Nachrichtenübermittlung (vor allem Geräteanschaffungen) sind mit einer Steigerung um ein Fünftel überdurchschnittlich angewachsen. Dafür haben sich jedoch die Ausgaben für fremde Verkehrsleistungen (Bahn, Busse usw.) um 15 % verringert. Zwei starke Wachstumszweige gab es im Bereich *Freizeit, Unterhaltung, Kultur und Bildungswesen* mit den Pauschalreisen und (wie schon 1993) den Freizeit- und Kulturdienstleistungen (z. B. Eintrittsgelder, Beiträge für Vereine u. ä.). Dagegen haben die Haushalte nochmals beim Anschaffen von Fernseh-, Rundfunk- und Fonogeräten sowie Foto- und Filmapparaten gespart, wohl nicht zuletzt wegen der bereits außerordentlich hohen Versorgungsquote mit derartigen Gütern. Auch für Bücher und Zeitschriften sowie Garten und Tierhaltung wurde 1998 weniger gezahlt als fünf Jahre zuvor. Bei den *anderen Waren und Dienstleistungen* waren die Aufwendungen für Übernachtungen und Essen außer Haus rückläufig, wogegen für Uhren und Schmuck, vor allem aber sonstige Dienstleistungen (Betreuung, Anwaltsgebühren u. ä.), mehr ausgegeben wurde.

6) Erfragt wurden die Güter und Dienstleistungen für die Körperpflege 1998 im Abschnitt „andere Waren und Dienstleistungen“.

Trotz der sehr unterschiedlichen Veränderungsraten haben sich die Gewichte der einzelnen Ausgabepositionen am Gesamtaufwand für den privaten Verbrauch im Verlauf der fünf Jahre zwischen den beiden letzten Erhebungen größtenteils nur relativ wenig verschoben. Der Anteil der Aufwendungen für das Wohnen, ohnehin schon 1993 mit Abstand der größte Ausgabenfaktor, hat sich um fast 7 Prozentpunkte auf mehr als ein Drittel des Gesamtverbrauchs erhöht. Demgegenüber sind die Anteile für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren sowie für Kleidung und Schuhe um 3 bzw. 2 Prozentpunkte gesunken. In allen anderen Gruppen lag die Veränderung der Anteilwerte unter 1 Prozentpunkt. Damit wurde nach wie vor jede sechste Mark für den zweitwichtigsten Ausgabeposten „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ aufgewandt. Immerhin gab es eine Verschiebung in der weiteren Rangfolge, weil die Ausgaben für Kleidung und Schuhe mit einem Anteil von nur noch gut 5 % hinter diejenigen für Innenausstattung, Haushaltsgeräte usw. auf Rang sieben zurückgefallen sind.

Unterschiedlicher Verbrauch einzelner Haushaltsgruppen

Könnten die zuvor beschriebenen Durchschnittswerte das Konsumverhalten — oder in vielen Fällen sicher auch die Konsumzwänge — eines realen Haushalts nur sehr bedingt widerspiegeln, so lassen sich mit einem Nachweis der Ausgaben für unterschiedliche Haushaltsgruppierungen doch Annäherungen an den konkreten Einzelfall erreichen. Als Gliederungsmerkmale für die Haushalte werden deren Typ und Größe sowie die soziale Stellung der Bezugsperson und das monatliche Haushaltsnettoeinkommen herangezogen. Auf Bundesebene können Daten mit hinreichender Genauigkeit für eine Kombination von zwei oder gar drei der genannten Merkmale bereitgestellt werden, während dies für Hessen nur in wenigen Ausnahmefällen bei starker Besetzung in der Stichprobe möglich ist; deshalb beziehen sich die nachfolgenden Betrachtungen nur auf die jeweilige eindimensionale Gliederungsstufe. Wegen der komplizierten Umrechnungsarbeit wurde dabei auf einen Veränderungsnachweis gegenüber 1993 für einzelne Ausgabepositionen verzichtet.

Durch die laufenden Ausgaben für Wohnen und Ernährung — deren Anteile sich meist in der Nähe des Durchschnitts aller Haushalte bewegten — waren alle Haushaltsgruppen stark belastet. In der Regel wurde etwa die Hälfte des Verbrauchs für diese beiden Gruppen zusammen ausgegeben. Andererseits waren bei verschiedenen Ausgabepositionen oder auch innerhalb der einzelnen Haushaltsgruppen durchaus Besonderheiten oder größere Abweichungen festzustellen, von denen im Folgenden einige exemplarisch genannt seien, und zwar zunächst für die Untergliederung nach der *Haushaltsgröße*. Augenfällig ist dabei zunächst die außerordentliche Zuwachsrate des Gesamtverbrauchs bei den Zweipersonenhaushalten, die mit 22 % doppelt so hoch war

**Monatliche Aufwendungen der Haushalte für den
sowie nach Haushaltsgröße, sozialer Stellung der Bezugsperson,**

Lfd. Nr.	Art der Angabe	Privater Verbrauch insgesamt	Zunahme gegen- über 1993 ¹⁾	davon entfielen auf							
				Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren		Wohnen und Energie					
						zusammen		darunter			
								Wohnungsmieten (einschl. Umlagen für Wasser u. d.)		Energie	
		DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%
1	Haushalte insgesamt	4 335	15,8	566	13,1	1 490	34,4	1 168	26,9	199	4,6
Nach der											
2	1 Person	2 639	11,1	312	11,8	1 013	38,4	805	30,5	141	5,3
3	2 Personen	4 790	22,0	576	12,0	1 597	33,3	1 238	25,8	214	4,5
4	3 Personen	5 380	17,9	736	13,7	1 831	34,0	1 408	26,2	229	4,3
5	4 Personen	5 811	15,4	879	15,1	1 861	32,0	1 491	25,7	249	4,3
6	5 oder mehr Personen	6 363	18,5	1 027	16,1	2 175	34,2	1 735	27,3	288	4,5
Nach der sozialen											
7	Selbstständige ²⁾	5 566	17,5	727	13,1	1 892	34,0	1 475	26,5	243	4,4
8	Beamte	6 430	25,3	716	11,1	1 808	28,1	1 423	22,1	241	3,7
9	Angestellte	4 914	12,2	627	12,8	1 532	31,2	1 209	24,6	202	4,1
10	Arbeiter	4 326	15,8	638	14,7	1 411	32,6	1 128	26,1	197	4,6
11	Nichterwerbstätige	3 422	16,0	442	12,9	1 388	40,6	1 073	31,4	185	5,4
Nach dem monatlichen											
12	Unter 1 800 DM	1 499	.	237	15,8	603	40,2	484	32,3	107	7,1
13	1 800 bis unter 2 500 DM	2 218	.	335	15,1	858	38,7	699	31,5	131	5,9
14	2 500 bis unter 3 500 DM	2 953	10,2	402	13,6	1 033	35,0	810	27,4	156	5,3
15	3 500 bis unter 5 000 DM	3 704	5,5	534	14,4	1 319	35,6	1 052	28,4	191	5,2
16	5 000 bis unter 7 000 DM	4 557	.	627	13,8	1 633	35,8	1 315	28,9	218	4,8
17	7 000 bis unter 10 000 DM	6 114	.	763	12,5	2 080	34,0	1 613	26,4	249	4,1
18	10 000 bis unter 35 000 DM	8 359	19,6	886	10,6	2 495	29,8	1 843	22,0	286	3,4
Nach dem											
19	Allein lebende Frau	2 639	9,8	308	11,7	1 051	39,8	812	30,8	155	5,9
20	Allein lebender Mann	2 639	13,8	318	12,1	943	35,7	793	30,0	116	4,4
21	Alleinerziehende ³⁾	3 354	2,2	524	15,6	1 137	33,9	920	27,4	179	5,3
22	(Ehe-)Paar ohne Kind	5 016	.	590	11,8	1 659	33,1	1 279	25,5	218	4,3
23	(Ehe-)Paar mit Kind(ern) ³⁾	5 428	.	822	15,1	1 726	31,8	1 377	25,4	227	4,2

1) Wegen anderer Abgrenzungen als 1993 sind Veränderungsdaten nicht in allen Fällen nachweisbar. — 2) Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige

wie bei den Einzelpersonen — bei allein lebenden Frauen lag sie sogar unter 10 % —, während sie bei allen größeren Haushalten etwa dem Durchschnitt entsprach. Dass die **Ausgabebeträge** mit der Haushaltsgröße ansteigen, bedürfte eigentlich keiner Erwähnung, wenn es nicht bei einigen Gütergruppen Ausnahmefälle gäbe: So haben Dreipersonenhaushalte für Innenausstattung usw. deutlich mehr ausgegeben als Haushalte mit vier Personen und fast so viel wie die Haushalte mit fünf oder mehr Personen. Der Aufwand für Verkehr war in den Vierpersonenhaushalten am größten, der für Gesundheits- und Körperpflege in den Zweipersonenhaushalten. Letztere ließen sich zudem die „sonstigen Waren und Dienstleistungen“ mehr kosten als Dreipersonenhaushalte. Nur bei einer einzigen Position stieg die relative Belastung eindeutig in Abhängigkeit von der Haushaltsgröße, nämlich bei Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren von knapp 12 % bei den kleinsten bis zu gut 16 % bei den größten Haushalten. Ansonsten bewegten sich die Anteile mit meist nur geringen Schwankungen in der Nähe des Gesamtdurchschnitts. Lediglich durch Kosten für das Wohnen, und hier speziell die Miete, waren die Einzelpersonen, vor allem die weiblichen, deutlich mehr belastet als alle grö-

ßeren Haushalte. Auch die bei ihnen relativ hohen Kosten für Nachrichtenübermittlung gegenüber den geringen Ausgaben für den Verkehr fallen ins Auge. Schon ein Zweipersonenhaushalt gab im zuletzt genannten Bereich fast dreimal so viel aus wie Alleinstehende, weil es unter diesen viele ältere Frauen ohne eigenes Auto mit dessen hohen Anschaffungs- und Unterhaltungskosten gibt.

Dies bestätigt sich bei einer Betrachtung nach dem **Haushaltstyp**, der angesichts neuer Formen des Zusammenlebens in Zukunft möglicherweise weiter in den Vordergrund der Darstellung rücken wird, da sich nicht allein die Größe eines Haushalts, sondern auch seine personelle Zusammensetzung auf die Verbrauchsausgaben auswirken. Bereits bei Einpersonenhaushalten lassen sich am Konsum- und Ausgabeverhalten von Männern und Frauen — bei gleich hohem Gesamtverbrauch von 2640 DM — deutliche Unterschiede feststellen, was natürlich auch von Faktoren wie Alter und Erwerbsbeteiligung abhängig ist. So gaben allein lebende Frauen für den Bereich „Verkehr“ mit Abstand am wenigsten aus, für Gesundheits- und Körperpflege dagegen doppelt so viel wie Männer und deut-

privaten Verbrauch 1998 nach Ausgabearten
monatlichem Haushaltsnettoeinkommen und Haushaltstyp

noch: davon entfielen auf														Lfd. Nr.
Kleidung, Schuhe		Innen- ausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände, Haushalts- führung		Gesundheits- und Körperpflege		Verkehr		Nachrichten- übermittlung		Freizeit, Unterhaltung, Kultur und Bildung		Sonstige Waren und Dienst- leistungen		
DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	
234	5,4	288	6,6	230	5,3	593	13,7	104	2,4	503	11,6	328	7,6	1
Haushaltsgröße														
133	5,0	147	5,6	153	5,8	260	9,9	86	3,3	316	12,0	220	8,3	2
251	5,2	339	7,1	285	5,9	719	15,0	102	2,1	547	11,4	376	7,8	3
294	5,5	404	7,5	244	4,5	786	14,6	120	2,2	605	11,2	360	6,7	4
347	6,0	354	6,1	255	4,4	869	15,0	127	2,2	703	12,1	417	7,2	5
370	5,8	407	6,4	274	4,3	794	12,5	133	2,1	729	11,5	455	7,2	6
Stellung der Bezugsperson														
304	5,5	482	8,7	291	5,2	695	12,5	116	2,1	623	11,2	436	7,8	7
362	5,6	400	6,2	595	9,3	1 088	16,9	137	2,1	809	12,6	515	8,0	8
293	6,0	303	6,2	213	4,3	788	16,0	118	2,4	614	12,5	427	8,7	9
216	5,0	308	7,1	149	3,4	755	17,5	98	2,3	460	10,6	292	6,7	10
167	4,9	222	6,5	226	6,6	289	8,4	88	2,6	376	11,0	225	6,6	11
Haushaltsnettoeinkommen														
86	5,7	64	4,3	83	5,5	95	6,3	65	4,3	171	11,4	94	6,3	12
115	5,2	151	6,8	109	4,9	199	9,0	80	3,6	217	9,8	154	6,9	13
140	4,7	166	5,6	127	4,3	467	15,8	83	2,8	343	11,6	192	6,5	14
196	5,3	230	6,2	197	5,3	440	11,9	95	2,6	426	11,5	266	7,2	15
253	5,6	310	6,8	221	4,8	542	11,9	105	2,3	515	11,3	351	7,7	16
330	5,4	433	7,1	330	5,4	872	14,3	129	2,1	707	11,6	470	7,7	17
467	5,6	595	7,1	521	6,2	1 478	17,7	156	1,9	1 050	12,6	711	8,5	18
Haushaltstyp														
152	5,8	153	5,8	186	7,0	215	8,1	85	3,2	306	11,6	183	6,9	19
97	3,7	137	5,2	92	3,5	342	13,0	87	3,3	337	12,8	287	10,9	20
216	6,4	234	7,0	121	3,6	292	8,7	104	3,1	431	12,9	294	8,8	21
257	5,1	362	7,2	308	6,1	774	15,4	101	2,0	566	11,3	399	8,0	22
324	6,0	359	6,6	236	4,3	764	14,1	117	2,2	666	12,3	415	7,6	23

und Landwirte. — 3) Mit Kind(ern) unter 18 Jahren.

lich mehr als diese für Kleidung und Schuhe. Allein lebende Männer hatten mit 11 % als einzige von sämtlichen Haushalts-Untergliederungen einen zweistelligen Prozentanteil bei den sonstigen Waren und Dienstleistungen, zu denen auch das bei ihnen wohl häufigere „Essen außer Haus“ gehört. Zudem waren bei ihnen die Ausgaben für Freizeit und Unterhaltung höher als diejenigen für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren, was ansonsten nur noch bei Haushalten von Beamten und solchen der höchsten Einkommensgruppe der Fall war. Am ungünstigsten ist die Situation bei den „Alleinerziehenden“ zu bewerten, zum einen wegen der mit 2 % außerordentlich geringen Zuwachsrates gegenüber 1993, zum anderen, weil ihnen nur gut 700 DM mehr für den Konsum zur Verfügung standen als Einzelpersonen. Ansonsten lag der Abstand zu den Einpersonenhaushalten schon beim Durchschnitt aller Zweipersonenhaushalte bei 2150 DM, bei größeren Haushalten, die durchaus auch bei Alleinerziehenden vorkommen, sogar noch höher. Fast die Hälfte des Konsums war bei Alleinerziehenden durch die Kosten für Wohnen (einschl. Energie) und Ernährung gebunden. Weil sie stattdessen offensichtlich bei den Ausgaben für Ver-

kehr sparten, entsprach die Verteilung auf die übrigen Positionen trotzdem in etwa dem Gesamtdurchschnitt der Haushalte.

Dass nach dem Kriterium *soziale Stellung der Bezugsperson* Haushalte von Nichterwerbstätigen bei allen Gütergruppen die niedrigsten Beträge einsetzten, kann angesichts der zur Verfügung stehenden Gesamtmittel kaum überraschen. Eine Ausnahme gab es allerdings auch hier: Für Gesundheits- und Körperpflege verbrauchten sie nämlich wegen des höheren altersbedingten Krankheitsrisikos mehr als die Haushalte von Angestellten und vor allem von Arbeitern. In diesem Bereich waren jedoch die Haushalte von Beamten infolge der besonderen Situation bei ihrer Krankenversicherung am höchsten mit direkten Ausgaben belastet, denen freilich spätere Erstattungen gegenüberstehen. Selbst wenn man diese in voller Höhe abziehen würde, hätten die Beamtenhaushalte immer noch die höchsten Konsumausgaben: Durch das überdurchschnittliche Konsumwachstum gegenüber 1993 um ein Viertel haben sie in fast allen Positionen mit den Haushalten von Selbstständigen gleichgezogen oder diese sogar überholt. Besonders auffallend sind die hohen

Ausgaben für Verkehr sowie den Freizeitbereich und andererseits die relativ niedrigen Anteile für Nahrungsmittel und Wohnen. Dass in Haushalten von Selbstständigen für Verkehr weniger ausgegeben wurde, mag angesichts besonderer Umstände (Firmenwagen, Wohnung und Firmensitz häufig am gleichen Ort) nicht überraschen, wohl eher schon, dass die Arbeiterhaushalte hier relativ am meisten aufbrachten. Eine eindeutige Spitzenposition hatten Haushalte von Selbstständigen nur noch bei den Ausgaben für Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände.

Starke Korrelation mit dem Nettoeinkommen

Eindeutige Abhängigkeiten der Konsumausgaben sind bei der Untergliederung nach dem *monatlichen Haushaltsnettoeinkommen* zu erkennen, und zwar vor allem nach der Höhe der jeweils aufgewandten Beträge, aber auch nach dem Anteil der einzelnen Ausgabepositionen an den gesamten Aufwendungen für den privaten Verbrauch. Grundsätzlich lässt sich deshalb feststellen, dass bei den anderen zuvor betrachteten Aufgliederungen der Haushalte die Einkommenssituation ebenfalls das bedeutendste Kriterium für eventuelle Unterschiede im Konsumverhalten war.

Die Ausgabenanteile für das Wohnen (sowohl für die Miete als auch für die Energie) sowie für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren stiegen — trotz deutlich geringerer Beträge — mit sinkendem Einkommen. In der Gruppe mit weniger als 1800 DM Nettoeinkommen machten sie 1998 zusammen 56 % der Verbrauchsausgaben aus. Bei den Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen zwischen 10 000 und 35 000 DM waren es dagegen nur gut 40 %. Aus dem Rahmen fielen die hohen Ausgaben für Verkehr bei den Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen zwischen 2500 und 3500 DM und die niedrigen für Freizeit, Unterhaltung usw. bei denjenigen in der Einkommensklasse von 1800 bis unter 2500 DM. Im Übrigen war beim Bereich Verkehr der relativ größte Abstand festzustellen: „Spitzenverdiener“ gaben hier mehr als fünfzehnmal so viel aus wie Haushalte mit weniger als 1800 DM Nettoeinkommen.

Einzelpersonen leben am teuersten

Abschließend soll noch ein kurzer Blick auf die Ausgaben je Person geworfen werden. Bereits vor zehn Jahren waren die Aufwendungen für den privaten Verbrauch einer Einzelperson mit über 1800 DM fast doppelt so hoch wie für ein Mitglied eines Großhaushalts mit mindestens fünf Personen. Diese Spanne hat sich noch weiter vergrößert, weil die Zunahmen pro Person sowohl bis 1993 als auch erneut bis 1998 bei größeren Haushalten geringer ausfielen als bei kleinen. Besonders bemerkenswert ist der seit 1993 starke Ausgabenanstieg um weit über 400 DM je Person im Durchschnitt der Zweipersonenhaushalte auf fast 2400 DM, womit sich der Abstand gegenüber einer Einzelperson von über 400 auf unter 250 DM verringert hat. In einem Großhaushalt mit mindestens fünf Mitgliedern wurde dagegen je Person nur etwas mehr als halb soviel für den Verbrauch ausgegeben wie in einem Zweipersonenhaushalt. So führt letztlich der Trend zu kleineren Haushalten selbst ohne Preissteigerungen zu einer Erhöhung der gesamten Lebenshaltungsausgaben.

Monatliche Ausgaben für den privaten Verbrauch
1993 und 1998 pro Person nach Haushaltsgröße

Haushaltsgröße	1993	1998	Zunahme
	DM		
1 Person	2 375	2 639	264
2 Personen	1 962	2 395	433
3 Personen	1 521	1 793	272
4 Personen	1 259	1 453	194
5 oder mehr Personen	1 053	1 248	195
Haushalte insgesamt	1 656	1 918	262

Weil die Steigerung der Konsumausgaben kräftiger ausfiel als die der Einnahmen, konnten 1998 je Haushalt nur noch 733 DM gespart werden, 34 DM weniger als fünf Jahre zuvor. Diese Tendenz war in unterschiedlichem Maße bei fast allen Haushaltsgruppen zu beobachten. Wie die Haushalte ihr Geld angelegt haben und über welche Vermögensbestände sie 1998 verfügten, wird in einem der nächsten Hefte beschrieben. □

Die Straffälligkeit Jugendlicher in Hessen

Mit mehr als 60 000 verurteilten Personen ist die Verurteiltenzahl im Jahr 1999 leicht gestiegen, nachdem 1995 bis 1998 ein rückläufiger Trend zu beobachten war. Die Zunahme war überwiegend auf die Entwicklung bei Jugendlichen und Heranwachsenden zurückzuführen. Während nur rund 100 Erwachsene mehr verurteilt wurden als im Vorjahr, stieg die Zahl der gerichtlich verurteilten Jugendlichen und Heranwachsenden um 350 deutlich an. Die auf 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung berechnete Verurteiltenziffer hatte 1999 bei den 14- bis unter 18-jährigen Jugendlichen mit rund 1500 Verurteilten auf 100 000 Gleichaltrige ein Niveau, das um 36 % über der Verurteiltenziffer Erwachsener (annähernd 1100) lag. Gemessen an der Straffälligkeit der 18- bis unter 21-jährigen Heranwachsenden — knapp 2700 Verurteilte auf 100 000 Einwohner gleichen Alters — war die der Jugendlichen aber um 44 % niedriger.

Informationen über das Kriminalitätsgeschehen werden aus der polizeilichen Kriminalstatistik und der amtlichen Strafverfolgungsstatistik gewonnen. Beide Statistiken haben unterschiedliche methodische Ansätze. Während die polizeiliche Kriminalstatistik die der Polizei bekannt gewordenen und aufgeklärten Straftaten sowie die ermittelten Tatverdächtigen erfasst, weist die Strafverfolgungsstatistik die von ordentlichen Gerichten Abgeurteilten nach. Die „Abgeurteilten“ der Strafverfolgungsstatistik werden nur ein einziges Mal gezählt, und zwar mit ihrer schwersten Tat. In der Kriminalstatistik können Tatverdächtige mehrfach gezählt sein. Bedingt durch die Verfahrensdauer nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen unterscheiden sich die Statistiken auch in der zeitlichen Abgrenzung. Ebenso wenig wie die polizeiliche Kriminalstatistik kann die Strafverfolgungsstatistik

das Ausmaß der *tatsächlichen* Kriminalität abbilden, da nicht alle rechtswidrigen Taten bekannt werden oder zur Anklage kommen; der Vergleich über einen längeren Zeitraum lässt jedoch Entwicklungstendenzen der *registrierten* Kriminalität erkennen.

Rund 60 % der jugendlichen Angeklagten wurden verurteilt

Im Berichtsjahr 1999 mussten sich in Hessen insgesamt 74 700 Personen wegen Straftaten vor Gericht verantworten. Mit knapp 60 300 und einem Anteil von rund 81 % endete die überwiegende Zahl der Strafverfahren wie in den Vorjahren mit einer Verurteilung, die übrigen Klagen führten zu Verfahrenseinstellungen (17 %), Freisprüchen (2,2 %) oder sonstigen Entscheidungen.

Abgeurteilte und Verurteilte nach Personengruppen und Entscheidungen seit 1980

Jahr	Abgeurteilte				Von den Abgeurteilten waren						
	insgesamt	davon			zu- sammen	Verurteilte			Personen, bei denen andere Entscheidungen getroffen wurden		
		Erwach- sene	Heran- wach- sende	Jugend- liche		davon					
						Erwach- sene	Heran- wach- sende	Jugend- liche	Ein- stellung	Frei- spruch	sonstige Entscheidung ¹⁾
1980	77 497	58 454	9 682	9 361	60 647	47 301	7 326	6 020	13 869	2 882	99
1981	79 061	58 907	10 279	9 875	61 731	47 603	7 787	6 341	14 470	2 781	79
1982	79 115	58 320	10 577	10 218	60 984	46 739	7 878	6 367	15 396	2 674	61
1983	80 908	59 306	11 113	10 489	62 748	48 130	8 077	6 541	15 548	2 536	76
1984	79 183	59 040	10 429	9 714	60 913	47 829	7 278	5 806	15 651	2 528	91
1985	74 882	56 853	9 738	8 291	57 970	46 296	6 836	4 838	14 596	2 258	58
1986	75 946	58 954	9 843	7 149	58 398	47 349	6 844	4 205	15 119	2 367	62
1987	73 171	57 958	9 085	6 128	55 731	45 830	6 314	3 587	14 981	2 384	75
1988	72 825	57 811	8 879	6 135	56 541	46 627	6 253	3 661	13 844	2 369	71
1989	74 972	61 896	7 957	5 119	58 297	49 954	5 502	2 841	14 153	2 431	91
1990	74 170	61 643	7 437	5 090	58 429	50 342	5 196	2 891	13 444	2 209	88
1991	71 276	59 436	6 855	4 985	56 179	48 599	4 734	2 846	12 783	2 192	122
1992	74 524	61 812	7 263	5 449	58 661	50 521	5 020	3 120	13 525	2 247	91
1993	72 857	60 411	7 086	5 360	58 279	50 250	5 014	3 015	12 423	2 103	52
1994	81 941	69 695	7 213	5 033	66 488	58 467	5 222	2 799	13 048	2 319	86
1995	77 552	65 843	6 562	5 147	61 920	54 476	4 600	2 844	13 420	2 148	64
1996	76 398	63 820	6 796	5 782	61 267	53 233	4 748	3 286	13 138	1 906	87
1997	75 558	63 128	6 708	5 722	60 451	52 344	4 751	3 356	12 975	1 960	172
1998	74 529	62 038	6 651	5 840	59 798	51 517	4 827	3 454	12 624	1 885	222
1999	74 695	61 498	6 967	6 230	60 255	51 628	4 986	3 641	12 625	1 643	172

1) Sonstige Entscheidungen sind: Absehen von Strafe, Anordnen von Maßregeln der Besserung und Sicherung sowie Überweisung an den Vormundschaftsrichter.

oder zu sonstigen Entscheidungen (0,2 %). Dabei gibt es beachtliche Unterschiede zwischen den Erwachsenen einerseits und den Heranwachsenden und Jugendlichen andererseits. So war auch im Berichtsjahr 1999 die Verurteilungsquote bei 14- bis unter 18-jährigen Angeklagten (58 %) erheblich niedriger als bei den 18- bis unter 21-jährigen Heranwachsenden (72 %) oder bei den Erwachsenen (84 %).

Gestiegene Straffälligkeit bei Jugendlichen und Heranwachsenden

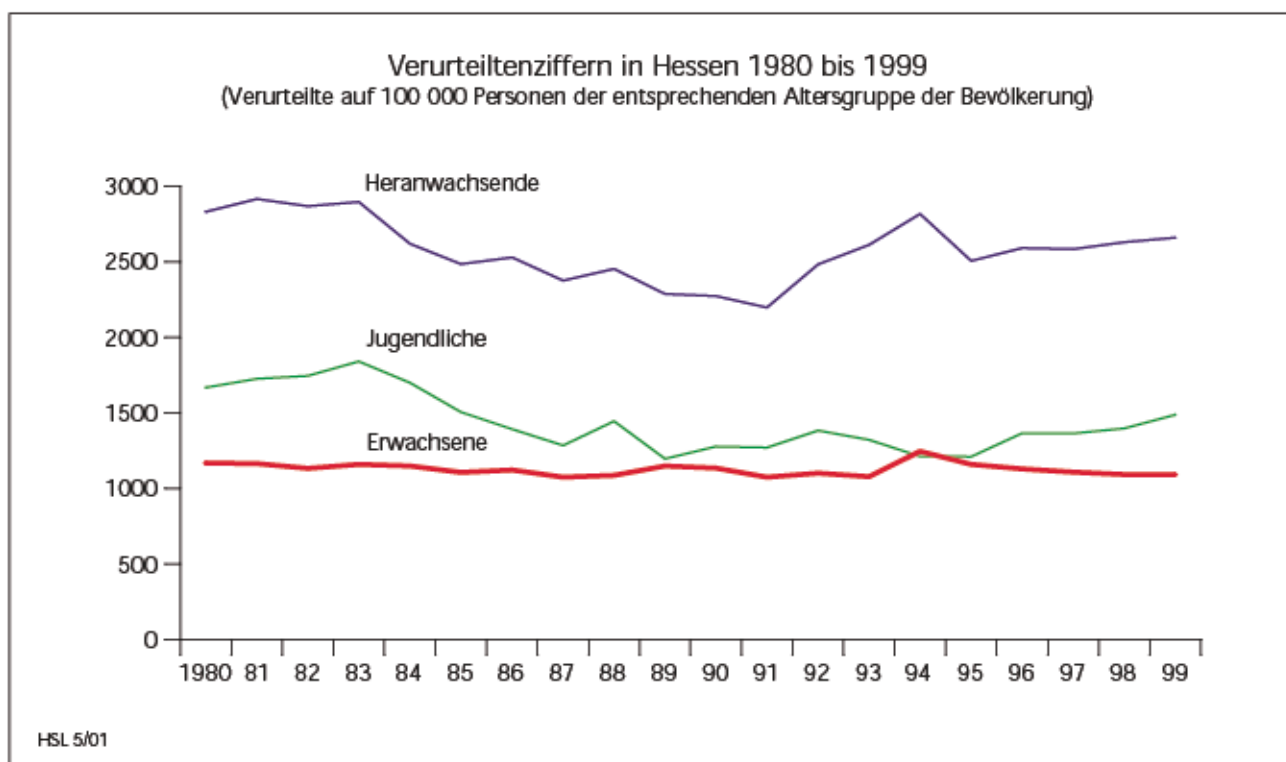
Der Anstieg der Verurteilten im Jahr 1999 gegenüber dem Vorjahr um knapp 500 auf 60 255 war überwiegend auf die gestiegene Zahl jugendlicher und heranwachsender Verurteilter und weniger auf die Zunahme erwachsener Straftäter zurückzuführen. Schuldsprüche gegen jugendliche Angeklagte nahmen um 190 oder über 5 % auf gut 3600 zu, die gegen Heranwachsende erhöhten sich um 160 oder gut 3 % auf knapp 5000. Hingegen stiegen die Verurteilungen von Erwachsenen nur um 100 oder 0,2 % auf gut 51 600 an. Danach waren im Berichtsjahr 1999 rund 86 % der Verurteilten Erwachsene, 8 % gehörten der Gruppe der Heranwachsenden an und 6 % waren Jugendliche im Alter zwischen 14 und unter 18 Jahren.

Der Blick auf weiter zurückliegende Jahre zeigt seit 1995 bzw. seit 1996 zunehmende Verurteiltenzahlen bei Jugendlichen und Heranwachsenden, währenddessen die Zahl der erwachsenen Straftäter im selben Zeitraum kontinuierlich abnahm. Noch weiter zurückblickend, und zwar bis Anfang der Achtzigerjahre, ergibt sich hingegen ein deutlicher Rück-

gang bei jugendlichen und heranwachsenden Delinquenten sowie ein Anstieg bei verurteilten Erwachsenen. Die Zahl jugendlicher Verurteilter nahm seit dem Jahr 1983, als sie mit gut 6500 ihren bisherigen Höchststand erreichte, um 2900 oder rund 56 % ab, und die der Heranwachsenden verringerte sich sogar um knapp 3100 oder 62 %. Dagegen stieg die Zahl der verurteilten Erwachsenen im Vergleichszeitraum 1983/1999 um 3400 oder gut 7 % an.

Verurteiltenziffern seit 1996 ansteigend

Bei der Beurteilung der Straffälligkeit reicht die Betrachtung absoluter Zahlen nicht aus, da die Zahl der Straftäter auch von der Bevölkerungszahl und der Bevölkerungsstruktur abhängt. Um die Einflüsse auszuschließen, die von demografischen Veränderungen ausgehen, werden zur Darstellung der Belastung der Gesellschaft mit gerichtlich registrierter Kriminalität Verurteiltenziffern benutzt. Diese geben einen Hinweis darauf, wie viele Verurteilte auf 100 000 Personen der altersgleichen Bevölkerung entfallen. Im Jahr 1999 waren dies bei den Jugendlichen rund 1500, bei den Heranwachsenden knapp 2700 und bei den Erwachsenen annähernd 1100. Die an der Verurteiltenziffer gemessene durchschnittliche Straffälligkeit der Jugendlichen lag demnach um 36 % über der durchschnittlichen Straffälligkeit Erwachsener, aber um 44 % unter der von Heranwachsenden. Auch unter Berücksichtigung der demografischen Komponente zeigt sich eine im Vergleich zu frühen Jahren relativ niedrige Ziffer jugendlicher Verurteilter, die seit 1996 wieder eine steigende Tendenz aufweist. Die Ziffer nahm seither um 23 % zu, zuletzt im Vergleich zum Vorjahr um über 6 %.



Wie das Schaubild zeigt, haben sich die Verurteiltenziffern der Jugendlichen und Heranwachsenden in ihrer insgesamt bis 1995 abnehmenden und seither zunehmenden Tendenz ähnlich entwickelt. Die Verurteiltenziffern für die Erwachsenen zeigten hingegen im Zeitablauf eine weitgehende Konstanz. Bei dieser langfristigen Betrachtung der „Kriminalitätsentwicklung“ ist zu berücksichtigen, dass zwischenzeitlich Veränderungen im rechtlichen und gesellschaftlichen Bereich stattgefunden haben, und dass auch die Sanktionspraxis von Staatsanwälten und Richtern einem Wandel unterliegt. Umso bemerkenswerter ist der relativ starke Anstieg der Verurteilungen junger Straftäter, weil insbesondere bei leichteren, von jüngeren Beschuldigten begangenen Delikten häufiger als früher von einer Klage abgesehen werden dürfte.

Hinsichtlich der Straffälligkeit bestehen zwischen den Geschlechtern ausgeprägte Unterschiede. Ähnlich wie bei den Erwachsenen und den Heranwachsenden sind auch bei den Jugendlichen die Straftäter häufig männlichen Geschlechts. Im Jahr 1999 weist die Verurteiltenziffer für 14- bis unter 18-jährige männliche Jugendliche (rund 2500) eine sechsmal höhere Straffälligkeit auf als für gleichaltrige weibliche Jugendliche (gut 400). In den Jahren zuvor lagen die Anteile ähnlich hoch.

Im Rahmen der richterlichen Entscheidungen spielt es für die Strafzumessung eine gewisse Rolle, ob der angeklagte Jugendliche bereits früher wegen einer Straftat verurteilt worden war. 1999 traf dies auf gut jeden dritten der insgesamt etwas mehr als 3600 verurteilten Jugendlichen zu. Der Anteil der Vorbestraften war in den vergangenen beiden Jahren relativ stark um jeweils gut 2 % gestiegen und erreichte zuletzt ein ähnlich hohes Niveau wie Ende der Achtzigerjahre.

Deliktstruktur — Zunehmende Tendenz bei schwereren Straftaten

Gut 90 % der jugendlichen Straftäter waren 1999 wegen eines Vergehens im Bereich der klassischen Kriminalität, d. h. Straftaten ohne solche im Straßenverkehr, verurteilt worden, die verbleibenden 350 Verurteilten hatten ein Verkehrsdelikt begangen. Die knapp 3300 Straftaten im Bereich der klassischen Kriminalität konzentrierten sich im Wesentlichen auf drei Hauptdeliktgruppen. Unangefochten an der Spitze standen "Diebstahl und Unterschlagung" mit gut 1500 (42 %) Delikten, darunter Diebstahl (960), Einbruchdiebstahl (270) und Diebstahl in anderen besonders schweren Fällen (120). An zweiter Stelle folgten „Andere Straftaten gegen die Person, außer im Straßenverkehr“: Über 600 oder etwa jeder fünfte Jugendliche war wegen einer solchen Straftat verurteilt worden, darunter 220 Jugendliche wegen Körperverletzung und 310 wegen gefährlicher Körperverletzung. Dabei hat sich die Zahl der wegen Körperverletzung Verurteilten gegenüber dem Vorjahr halbiert, die der gefährlichen Körperverletzung war hingegen fast doppelt so hoch

Rechtskräftig verurteilte Jugendliche nach Hauptdeliktgruppen 1990 — 1999

Hauptdeliktgruppen	1990		1991		1992		1993		1994		1995		1996		1997		1998		1999	
	Jugendliche	%	Jugendliche	%	Jugendliche	%	Jugendliche	%	Jugendliche	%	Jugendliche	%	Jugendliche	%	Jugendliche	%	Jugendliche	%	Jugendliche	%
insgesamt	2 891	100	2 846	100	3 120	100	3 015	100	2 799	100	2 844	100	3 286	100	3 356	100	3 454	100	3 641	100
Straftaten gegen den Staat, die öffentliche Ordnung und im Amte	38	1,3	30	1,1	40	1,3	49	1,6	45	1,6	34	1,2	50	1,5	44	1,3	67	1,9	49	1,3
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	23	0,8	17	0,6	12	0,4	30	1,0	19	0,7	28	1,0	18	0,5	22	0,7	18	0,5	21	0,6
Andere Straftaten gegen die Person (außer im Straßenverkehr)	260	9,0	295	10,4	376	12,1	402	13,3	360	12,9	417	14,7	520	15,8	602	17,9	696	20,2	629	17,3
Diebstahl und Unterschlagung	1 602	55,4	1 506	52,9	1 603	51,4	1 533	50,8	1 449	51,8	1 383	48,6	1 531	46,6	1 425	42,5	1 508	43,7	1 514	41,6
Raub und Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer	103	3,6	171	6,0	222	7,1	218	7,2	183	6,5	255	9,0	308	9,4	427	12,7	317	9,2	358	9,8
Andere Vermögens- und Eigentumsdelikte, Urkundendelikte	247	8,5	263	9,2	224	7,2	263	8,7	273	9,8	247	8,7	288	8,8	324	9,7	317	9,2	443	12,2
Gemeingefährliche einschl. Umwelt-Straftaten (außer im Straßenverkehr)	10	0,3	9	0,3	14	0,4	14	0,5	11	0,4	13	0,5	7	0,2	13	0,4	8	0,2	11	0,3
Straftaten im Straßenverkehr	433	15,0	387	13,6	410	13,1	325	10,8	305	10,9	294	10,3	342	10,4	254	7,6	268	7,8	350	9,6
Straftaten nach anderen Bundes und Landesgesetzen (außer StGB und StVG)	175	6,1	168	5,9	219	7,0	181	6,0	154	5,5	173	6,1	222	6,8	245	7,3	255	7,4	266	7,3

Rechtskräftig verurteilte Jugendliche nach der Art der gerichtlichen Entscheidung 1990 — 1999

Jahr	Verurteilte			davon erhielten als schwerste Strafe							
	ins- gesamt	mit früherer Verurteilung		Erziehungs- maßregeln		Zuchtmittel		Jugendstrafe			
								insgesamt		darunter mit Strafaussetzung zur Bewährung	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1990	2 891	963	33,3	204	7,1	2 396	82,9	291	10,1	172	59,1
1991	2 846	868	30,5	205	7,2	2 340	82,2	301	10,6	174	57,8
1992	3 120	852	27,3	219	7,0	2 538	81,3	363	11,6	221	60,9
1993	3 015	949	31,5	156	5,2	2 490	82,6	369	12,2	213	57,7
1994	2 799	892	31,9	139	5,0	2 296	82,0	364	13,0	237	65,1
1995	2 844	859	30,2	147	5,2	2 337	82,2	360	12,7	222	61,7
1996	3 286	975	29,7	119	3,6	2 734	83,2	433	13,2	271	62,6
1997	3 356	1 007	30,0	145	4,3	2 704	80,6	507	15,1	302	59,6
1998	3 454	1 108	32,1	64	1,9	2 918	84,5	472	13,7	273	57,8
1999	3 641	1 252	34,4	76	2,1	3 047	83,7	518	14,2	312	60,2

wie 1998. Den dritten Rang nahmen „andere Vermögens- und Eigentumsdelikte“ ein, die etwa jeder achte verurteilte Jugendliche begangen hatte. Hier standen Sachbeschädigung (110), Hehlerei (70), Urkundenfälschung (70), Erschleichung von Leistungen (70) sowie Betrug (60) im Vordergrund. Wegen eines schweren Gewaltdelikts der Gruppe „Raub und Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer“ wurde 1999 jeder zehnte Jugendliche verurteilt, darunter meist wegen räuberischer Erpressung (160) und Raubs (110). Diese wegen der Schwere der Delikte in der Öffentlichkeit besondere Aufmerksamkeit findenden Straftaten waren 1999 etwas häufiger als im Jahr zuvor, hingegen war die Zahl der Hauptdeliktgruppe „Andere Straftaten gegen die Person“ gegenüber dem Vorjahr um über zwei Prozentpunkte gesunken. Des Weiteren waren „Straftaten nach anderen Bundes- und Landesgesetzen“ von zahlenmäßiger Bedeutung, darunter knapp 200 Verurteilte wegen eines Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz.

Der Vergleich mit früheren Jahren zeigt — absolut und anteilmäßig — eine insgesamt zunehmende Tendenz bei schwereren Straftaten (Andere Straftaten gegen die Person; Raub und Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer). Dagegen war die Zahl der Jugendlichen, die eine weniger schwere Straftat wie z. B. Diebstahl begangen hatten, bei einer insgesamt gestiegenen Straffälligkeit, ähnlich hoch wie zu Beginn der Neunzigerjahre.

Geschlechts- und altersspezifische Unterschiede bei den Straftaten

Die zwischen den Geschlechtern bestehenden Unterschiede in der Straffälligkeit sind auch hinsichtlich der Deliktstruktur festzustellen. So konzentrierten sich auch im Berichtsjahr 1999 die kriminellen Aktivitäten der weiblichen Straffälligen mit einem Anteil von 60 % aller geahndeten Straftaten von Frauen stärker auf die Hauptdeliktgruppe „Diebstahl und Unterschlagung“ als die der männlichen Straffälligen mit knapp 40 %. Dagegen begingen männliche Jugendliche häufiger Straßenverkehrsdelikte (11 %) als Frauen (4 %) und

Straftaten der Hauptdeliktgruppen „Andere Straftaten gegen die Person“ (18 %) sowie „Raub und Erpressung“ (10 %) waren bei Männern ebenfalls häufiger ein Verurteilungsgrund als bei Frauen (12 bzw. 6 %).

Heranwachsende und Erwachsene unterscheiden sich von den Jugendlichen hinsichtlich der Rangfolge der am stärksten besetzten Hauptdeliktgruppen hauptsächlich dadurch, dass mit zunehmendem Alter die Straftaten im Straßenverkehr im Vergleich zu den Diebstahlsdelikten eine gewichtigere Rolle spielen. Während im Berichtsjahr bei den Heranwachsenden der Anteil der Straßenverkehrsdelikte mit 25 % ebenso hoch war wie der für „Diebstahl und Unterschlagung“, wurde knapp jeder dritte verurteilte Erwachsene wegen einer Verkehrsstraftat und „nur“ jeder fünfte wegen „Diebstahl und Unterschlagung“ bestraft.

Strafen und Maßnahmen

Die Rechtsfolgen für die Straftaten Jugendlicher sind im Jugendgerichtsgesetz (JGG) geregelt. Danach können Straftaten durch Erziehungsmaßregeln, Zuchtmittel und Jugendstrafe geahndet werden, wobei die Jugendstrafe die einzige Strafe des Jugendgerichtsgesetzes ist, die zu einer Eintragung im Strafregister führt. Die anderen Sanktionen haben nicht die Rechtswirkung einer Strafe und führen zu keiner Eintragung im Strafregister.

Erziehungsmaßregeln sind Weisungen, sowie die Anordnung zur Inanspruchnahme von Hilfe zur Erziehung im Sinne des § 12 JGG. Weisungen sind Gebote und Verbote, welche die Lebensführung der Jugendlichen regeln und dadurch seine Erziehung fördern sollen. Zu den *Zuchtmitteln* zählen die Verwarnung, Auflagen zur Wiedergutmachung durch Zahlung eines Geldbetrages oder eine Entschuldigung sowie der Dauer-, Kurz- oder Freizeitarrrest. Der Dauerarrest beträgt mindestens eine, höchstens jedoch vier Wochen. Die *Jugendstrafe* bedeutet für den Jugendlichen Freiheitsentzug in einer Jugendstrafanstalt von mindestens 6 Monaten bis zu 5 Jahren bzw. zu höchstens 10 Jahren bei besonders

schweren Verbrechen. Sie wird verhängt, wenn wegen der in der Tat hervorgetretenen schädlichen Neigungen des jugendlichen Erziehungsmaßregeln oder Zuchtmittel nicht ausreichen, oder wenn die Schwere der Schuld diese Strafe erfordert. Die Sanktionen können auch kombiniert verhängt werden; die Tabelle weist jedoch jeweils nur die schwerste Form der Sanktion nach.

Zuchtmittel waren auch 1999 mit gut 3000 wieder die am häufigsten verhängten richterlichen Maßnahmen. Der gegenüber dem Vorjahr leicht gesunkene prozentuale Anteil lag mit knapp 84 % dennoch über dem Niveau früherer

Jahre. Erziehungsmaßregeln, die mildeste Form der richterlichen Sanktionen, waren bei einem Anteil von gut 2 % nur von geringer zahlenmäßiger Bedeutung. In weiter zurückliegenden Jahren waren sie häufiger als schwerste Sanktion gegen Jugendliche verhängt worden, und zwar bis zu einem Anteil von gut 7 %. Eine Jugendstrafe verhängten die Richter gegen gut 500 Täter, das waren über 14 % aller verurteilten Jugendlichen, davon waren gut 300 oder über 60 % der Strafen zur Bewährung ausgesetzt. Der Anteil der zu einer Jugendstrafe Verurteilten wies in den vergangenen Jahren eine eher zunehmende Tendenz auf, die Zahl der zur Bewährung ausgesetzten Strafen entwickelte sich uneinheitlich. □

Beiträge zur Statistik Hessens

Nr.	Titel (G – mit Gemeindeergebnissen, K – Kreisergebnissen)	Umfang (Seiten)	Bezugs- preis (DM)
311	Die hessische Ausfuhr 1994	133	12,00
312	Die Einfuhr nach Hessen 1994	103	12,00
313	Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Hessen 1975 bis 1991 (K)	133	16,00
314	Die Schulden des Landes, der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände am 31.12.1995 (G)	117	12,00
315	Das Personal des öffentlichen Dienstes in Hessen am 30. Juni 1995	175	16,00
316	Handel und Gastgewerbe 1993 — Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1993 (K)	212	20,00
317	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1994 (K)	238	20,00
318	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1996 (K)	135	16,00
319	Handwerkszählung 1995	146	16,00
320	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1995 (K)	128	16,00
321	Die Kommunalwahlen am 2. März 1997 (G)	236	20,00
322	Regionalergebnisse für das Bauhauptgewerbe in Hessen 1979 bis 1994	258	20,00
323	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1995 und 1996	119	12,00
324	Die hessische Ausfuhr 1995	139	16,00
325	Die Einfuhr nach Hessen 1995	108	12,00
326	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1996 (K)	72	16,00
327	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1997 (K)	135	16,00
328	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1996 (K)	238	20,00
329	Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Hessen 1975 bis 1995 (K)	116	12,00
330	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1996 und 1997	117	12,00
331	Die hessische Ausfuhr 1996	139	16,00
332	Die Einfuhr nach Hessen 1996	108	12,00
333	Die Wahl zum Hessischen Landtag am 7. Februar 1999 (G)	227	20,00
334	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1998 (K)	135	16,00
335	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1995	240	20,00
336	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1997 und 1998	116	12,00
337	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1997	77	20,00
338	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1997 (K)	240	24,00
339	Die hessische Ausfuhr 1997	138	20,00
340	Die Einfuhr nach Hessen 1997	109	16,00
341	Europawahl 1999 — Die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Hessen am 13. Juni 1999 (G)	126	16,00
342	Die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag in Hessen am 27. September 1998	221	24,00
343	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1998	90	12,00
344	Beherbergungskapazität in Hessen 1999 (G)	201	24,00
345	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1998 (K)	166	20,00
346	Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen 1995 bis 1999	321	26,00
347	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1999 (K)	135	20,00
348	Gewerbsteuer in Hessen 1995 (G)	86	12,00
349	Die hessische Ausfuhr 1998	138	20,00
350	Die Einfuhr nach Hessen 1998	111	16,00
351	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1998 und 1999	39	10,00
352	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1999	93	12,00
353	Die veranlagten Einkommen in Hessen 1995 (G)	136	20,00

Herausgegeben vom Hessischen Statistischen Landesamt · 65175 Wiesbaden

Neukonzeption des Aufbereitungsverfahrens der Bautätigkeitsstatistik

Die Novelle des 2. Baustatistikgesetzes (2. BauStatG) wurde mit dem Gesetz über die Statistik der Bautätigkeit im Hochbau und die Fortschreibung des Wohnungsbestandes (Hochbaustatistikgesetz — HbauStatG) vom 5. Mai 1998 (BGBl. I S. 869) verabschiedet. In Vorwegnahme dieser endgültigen Regelung war bereits durch die Verordnung zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (Statistikänderungsverordnung — StatÄndV) vom 20. November 1996 (BGBl. I S. 1804) die Erhebung einer Reihe von Merkmalen der Bautätigkeitsstatistik ausgesetzt und damit das Fragenprogramm erheblich gestrafft worden. Das neue Hochbaustatistikgesetz bietet weitgehend die Gewähr, dass das Erhebungsprogramm über einen längeren Zeitraum hinweg Gültigkeit behält.

Dies war der Beginn für eine grundsätzliche Neukonzeption des Aufbereitungsverfahrens der Bautätigkeitsstatistik. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus einigen statistischen Landesämtern, darunter auch Rheinland-Pfalz, entwickelte unter Mitwirkung des Statistischen Bundesamtes ein dialoggestütztes Erhebungs- und Aufbereitungsverfahren für die novellierte Bautätigkeitsstatistik, das den heutigen technischen Stand der Großrechneranwendung nutzt und gleichzeitig überall dort Schnittstellen zur „PC-Welt“ vorsieht, wo eine PC-Anwendung Vorteile aufweist.

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg, das mit der Verbundprogrammierung¹⁾ der einzelnen Arbeitsschritte betraut war (die Tabellenprogramme wurden vom Niedersächsischen Landesamt für Statistik realisiert), entschied sich für eine Nutzung von DAMAST (DatenModell Amtliche Statistik), obwohl dieses Verfahren ursprünglich als Aufbereitungsmodell für registergestützte Erhebungen, also für einen ganz anderen Statistiktyp, entwickelt worden war und die Bautätigkeitsstatistik keine solche Erhebung darstellt. Da sich DAMAST jedoch bei den Baugewerbestatistiken seit Jahren bewährt hat und bei allen statistischen Landesämtern etabliert ist, fiel die Entscheidung für eine erweiterte bzw. modifizierte Anwendung. Dabei wurde ein besonderes Augenmerk darauf gelegt, dass der Anpassungsprozess an die Bautätigkeitsstatistik nicht zu Lasten der Benutzerfreundlichkeit ging. Speziell für die Bautätigkeitsstatistik wurden neue Benutzeroberflächen geschaffen.

Die Ergebnisse der Bautätigkeitsstatistik gehören zu den meistgefragten der amtlichen Statistik. Viele Datenkonsumenten benötigen jedoch Ergebnisse, die in der ge-

wünschten Form bislang in den standardmäßig erstellten und vorgehaltenen Aufbereitungstabellen nicht verfügbar waren. Daher mussten für diese Konsumenten Sonderaufbereitungen erstellt werden. Dies war zum einen oftmals mit hohen Kosten für die Konsumenten verbunden, zum anderen war ein erheblicher Zeitaufwand für die Programmierung, die Prüfung des Programms, die Implementierung und die wiederkehrenden Auswertungsläufe notwendig. Daher war ein wichtiges Ziel der Neukonzeption der Bautätigkeitsstatistik, ein Tabellenprogramm zu entwickeln, das die individuellen Konsumentenwünsche weitgehend abdeckt, ohne eine übertriebene Vorratstabellierung betreiben zu müssen.

Erster Einsatz Anfang 2000

Der Beginn des Verfahrens war der 1. Januar 2000 für den Genehmigungsmonat Januar 2000. Um das neue Dialogverfahren einsetzen zu können, waren zunächst einige Vorarbeiten zwingend notwendig. Als Erstes musste der Genehmigungsbestand der Baukartei (genehmigte, aber noch nicht fertig gestellte bzw. erloschene Bauvorhaben) mit Stand Ende Dezember 1999 in die neue Datenbank übernommen werden. Gleiches galt für den Bauüberhang zum 31. Dezember 1998 (Bauzustand der genehmigten Baumaßnahmen am Ende des Jahres), da die Aufbereitung des Bauüberhangs zum 31. Dezember 1999 bereits aus der neuen Datenbank erfolgen musste. Um die Datenübernahme nicht unnötig auszudehnen und den Datenbestand nicht mit „Altfällen“ zu belasten, wurde der Bestand zuvor um ältere Baufertigstellungen sowie erloschene Altfälle (vor Genehmigungsjahr 1998) bereinigt.

Voraussetzung für die Übernahme des gesamten Genehmigungsbestandes war der Abschluss der Baugenehmigungs- und Baufertigstellungsstatistik des Monats Dezember 1999. Im Anschluss an diese Arbeiten war in einem weiteren Arbeitsgang die Gemeindeleitdatei mit Stand 31. Dezember 1999 zu übernehmen.

*) Arthur Hesseler, Dipl. Betriebswirt (FH), ist Sachgebietsleiter für den Bereich Bautätigkeit und Wohnungswesen im Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz. Der hier vorliegende Beitrag ist in der Monatszeitschrift „Statistische Monatshefte“, Heft Dezember 2000 erschienen und wird mit freundlicher Genehmigung des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz hier im Original-Wortlaut abgedruckt.

1) Zur Bewältigung der in der amtlichen Statistik anfallenden Programmierarbeiten haben sich die statistischen Landesämter und die von ihnen beauftragten Rechenzentren sowie das Statistische Bundesamt zu einem Programmierverbund zusammengeschlossen, der eine arbeitsteilige Programmentwicklung und -pflege ermöglicht.

Datensicherheit und Vergabe von Zugriffs- berechtigungen

Für die erfolgreiche Handhabung eines Dialogverfahrens wie der DAMAST-Baudatenbank ist das konstruktive Zusammenwirken von DV-Abteilung und statistischer Fachabteilung von herausragender Bedeutung. Der in der Fachabteilung für die Durchführung der Statistiken der Bautätigkeit Verantwortliche verfügt über sämtliche Zugriffsberechtigungen innerhalb von DAMAST, sofern sie für die ordnungsgemäße Abwicklung der Statistiken erforderlich sind, und über die Berechtigung, im notwendigen Umfang Zugriffsrechte an die Statistikbearbeiter in der Fachabteilung zu übertragen.

Oberstes Gebot ist die Datensicherheit, gerade bei Dialogverfahren. Dazu gehört eine klare Regelung und Kontrolle, welcher Mitarbeiter wann und auf welche Daten zugreifen darf. Dies beginnt mit der Zugriffsregelung auf den Zentralrechner (HOST) und reicht über die Zugriffsregelung auf die DAMAST-Baudatenbank bis hin zu den Verarbeitungsregelungen innerhalb der Datenbank. Mit den Zugriffsberechtigungen ist automatisch festgelegt, welche Arbeiten der einzelne Beschäftigte innerhalb der Dialogverarbeitung ausführen darf.

Dialogverarbeitung in der Praxis

Die Bearbeitung der einzelnen Meldungen der Bautätigkeitsstatistik erfolgt im Dialog. Neben dieser Einzelfallbearbeitung muss eine Reihe weiterer Arbeitsgänge, zum Teil davor, zum Teil danach, durchgeführt werden, bis die Ergebnisse der Bautätigkeitsstatistik vorliegen. Die technische Abwicklung der Arbeitsgänge erfolgt im Batch-Betrieb (Stapelverarbeitung), also nicht im Dialog. Es ist ein Vorzug von DAMAST, die Ablaufsteuerung der Batch-Arbeitsgänge in den Online-Bereich einzubinden und damit der Fachabteilung zugänglich zu machen. Für diese Ablaufsteuerung wurde eine einheitliche Benutzeroberfläche entwickelt. Der vorliegende Beitrag gibt einen Einblick in die Rationalisierung der Erhebungsdurchführung und Ergebnisdarstellung der Bautätigkeitsstatistik und behandelt die Vorteile für die Nutzer der amtlichen Statistik.

Innerhalb der Bautätigkeitsstatistik ist die Erhebung der Baugenehmigungen der zentrale Teil, denn mit der Datenerfassung wird für das jeweilige Hochbauvorhaben der nahezu komplette Datensatz mit fast allen Erhebungsmerkmalen in der Datenbank angelegt. Dabei bietet das System mehrere Erfassungsmöglichkeiten:

Online-Datenerfassungsmaske für Baugenehmigungen ab Januar 2000

*** DAMAST-DATENBANK ***

DD500-N6
USER-ID

Datum
Zeit

Genehmigung (Erfassen)

IDR-NR 001 0000699214

GFS 002 2 BGEM 003/4 04 1999

GDAT 005/6 1998

BFBM 007/8

FDAT 009/10

RKZ 011 137203

GT 012

Bauherr 013 2 Wohngeb 014 1 Nwohngb 015

Hausstyp 016 2 Baustoff 017 4

Heizart 018 3 Heizeng 019 3 Bauart 020 1 Nutz-Änd 021

m.Abgbg 022

WAmAbgbg 023

Rauminh 024 692

Vollges 025 2

Höhe in m 4.22

Nutzfl neu 026

Wohnfl neu 027 164

Wfl WE neu 028

Nutzfl alt 029

Wohnfl alt 030

WWE alt 031

Wohnungen

1 032 2 033 3 034 4 035 5 036 6 037 7 038 R 039 SWE 040 SWR 041

neu 1

alt 1

042 043 044 045 046 047 048 049 050 051

Baukosten 052 311

DM/ QM 1896

Str.Schl. 053

DM/ CBM 449

Bauüberhang

Jahr 5 058

Jahr 4 057

Jahr 3 056 1

Jahr 2 055 3

Jahr 1 054 3

Erl 059

Zeile 21: *Fehlerrangabe in Klartext

Fehlerrangabe:

Enter --- PF1 --- PF2 --- PF3 --- PF4 --- PF5 --- PF6 --- PF7 --- PF8 --- PF9 --- PF10 --- PF11 --- PF12 ---

Hilfe

Näch

Ende

1. Dezentrale Sachbearbeitererfassung mit Dialog-Plausibilisierung der Fälle.
2. Zentrale Datenerfassung mit anschließender Dialog-Plausibilisierung der Fälle.
3. Korrekturmöglichkeit bereits gespeicherter Fälle eines Bearbeitungsmonats (nicht rückwirkend).
4. Nacherfassung von Fällen während des Bearbeitungsmonats (nicht rückwirkend).
5. Rückwirkende Korrekturen (dieses Verfahren erfordert eine spezielle Vorgehensweise).

Die DAMAST-Bearbeitungsmaske stellt die Arbeitsoberfläche für die Bearbeitung der Erhebungsmerkmale sämtlicher Erhebungen der Bautätigkeitsstatistik dar, also für Baugenehmigung, Bauüberhang und Baufertigstellung. Dabei hängen die zur Eingabe freigegebenen Felder von der gewählten Erhebung ab, das heißt im Modus Überhang kann nur der Bauzustand und im Modus Fertigstellung kann nur das Fertigstellungsdatum eingegeben werden. Im Modus Genehmigung sind sämtliche übrigen Felder (also ohne Bauzustand und Fertigstellungsdatum) zur Eingabe bereit. Mit Ausnahme der Regionalkennziffer (RKZ) und des fakultativen Gemeindetells (GT) entspricht die Reihenfolge der Merkmale in der Eingabemaske der Reihenfolge auf dem Erhebungsbogen.

Neben Eingabefeldern und vorgelegten Feldern enthält die Bildschirmmaske noch so genannte „Anzeigefelder“, in denen aufgrund der eingegebenen Merkmalswerte das Ergebnis errechneter Verhältniszahlen für die Raumhöhe (Rauminhalt/Fläche) sowie die Baukosten je Quadratmeter und je Kubikmeter angezeigt werden.

Integrierte Plausibilitätskontrolle

Während des gesamten Datenerfassungsvorgangs wird die Merkmalseingabe laufend, das heißt „hinter“ dem jeweiligen Erfassungsfeld, auf Plausibilität geprüft. Ohne Korrektur eines angezeigten Fehlers (Mussfehler) ist eine weitere Datenerfassung nicht möglich. Für die von den Mitarbeitern des Statistischen Landesamtes zu signierenden Eingabefelder (Regionalkennziffer, Art des Nichtwohngebäudes) hält das System Dateien bereit (Gemeindeschlüsselverzeichnis und Schlüsselverzeichnis der Nichtwohngebäudearten), welche eine rasche Verschlüsselung der Klarschriftangaben (Lage des Baugrundstücks bzw. Art des Nichtwohngebäudes) ermöglichen. Zu diesem Zweck werden die Gemeindeleitdatei bzw. das Nichtwohngebäude-Schlüsselverzeichnis angeboten; durch Markieren der Gemeinde bzw. der Gebäudeart können die zutreffenden Schlüssel automatisch in die Erfassungsmaske und in die Bauherrendatei übernommen werden.

In der Bauherrendatei werden Hilfsmerkmale wie Name und Anschrift des Bauherren, Lage des Baugrundstückes, Straßenschlüssel, Bauschein-Nummer erfasst. Sie dienen der Er-

stellung von regionalisierten und nach Zuständigkeitsbereichen differenzierten Bauüberhangslisten, die zum Jahresende an die einzelnen Bauaufsichtsämter zur Bestimmung des Bauzustands der in ihrem Zuständigkeitsbereich genehmigten Bauvorhaben versandt werden. Durch die Einrichtung der Bauherrendatei kann die Erfassung der Hilfsmerkmale bei hohem Anfall von Merkmalsdatensätzen zeitweilig zurückgestellt und später nachgeholt werden.

Neben der laufenden Datenerfassung in der zuständigen Fachabteilung ist auch eine dezentrale Datenerfassung größerer Belegmengen möglich. Die zentral erfassten und zu diesem Zeitpunkt noch nicht plausibilisierten Datensätze werden auf den Datensatz der DAMAST-Baudatenbank umgesetzt und können anschließend der Fehlerbereinigung per Dialogverfahren unterzogen werden. Ein gesondertes Fehlerprotokoll (im Dialog nicht notwendig) leistet hierbei die erforderliche Hilfestellung. Es informiert den Bearbeiter über die Identifikationsnummer des fehlerhaften Falles sowie über Fehlerart (Fehlerschlüssel) und Anzahl der zu korrigierenden Fehler in den Datensätzen.

Ganzheitliche Statistikbearbeitung möglich

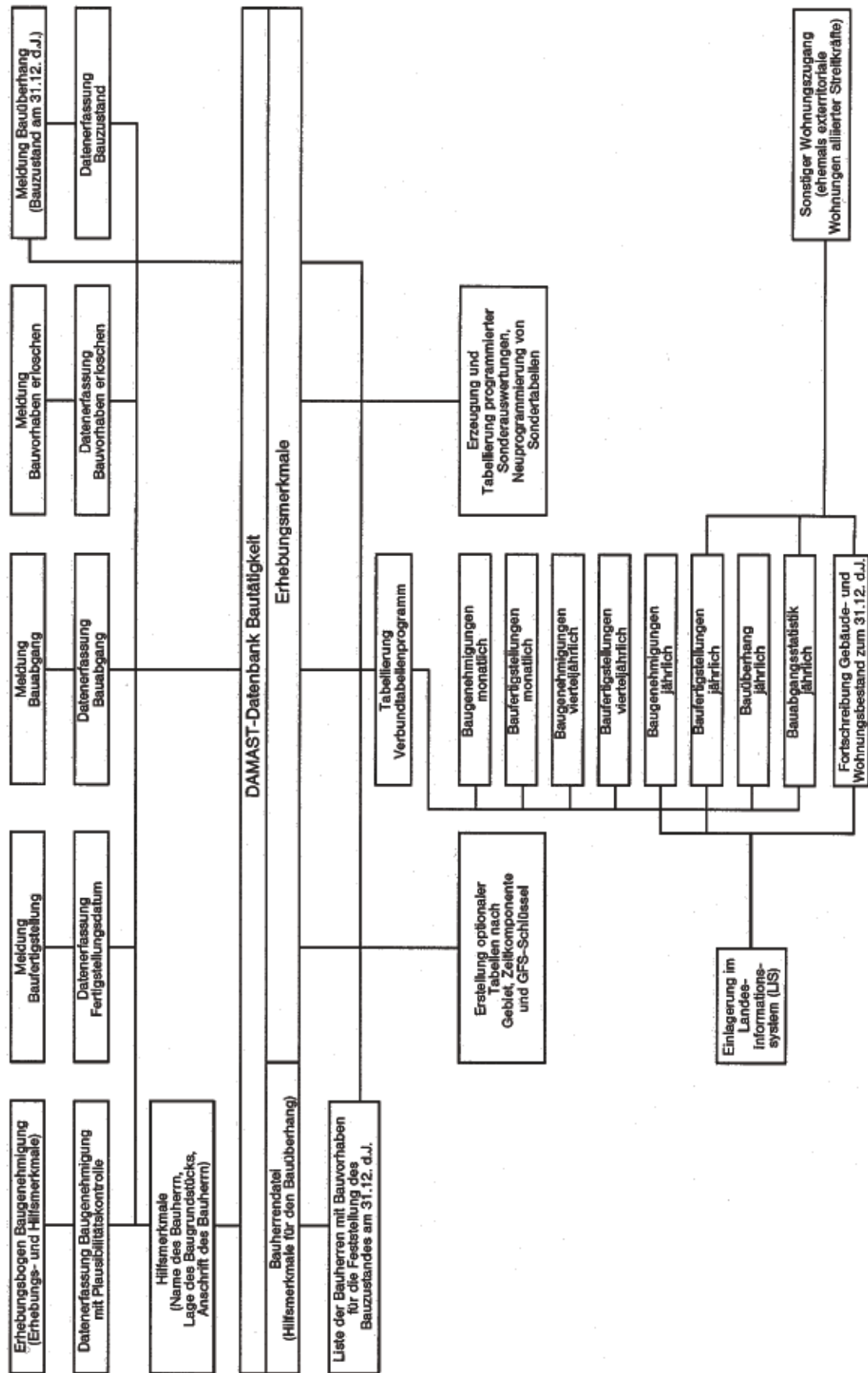
Ein entscheidender Vorteil des neuen Dialogverfahrens der Bautätigkeitsstatistiken ist die Möglichkeit einer ganzheitlichen Statistikbearbeitung innerhalb der zuständigen Fachabteilung. Vor Einführung der Baudatenbank zum Jahresanfang 2000 waren die einzelnen Baustatistiken jeweils getrennt voneinander zu bearbeiten. Gesonderte zentrale Datenerfassung jeder Statistik, Datenabgleiche und Paarigkeitsprüfungen waren monatlich bzw. jährlich zeitaufwendig anhand von Listenabgleichen mit anschließender Korrekturerfassung (Änderungen/Lösungen/Wiederaufnahmen) durchzuführen.

Dabei kommt gerade die „verzahnte“ Baustatistik einer Datenbankbearbeitung besonders entgegen, denn mit Ausnahme des am Jahresende zu erfragenden Bauzustands der Bauvorhaben (Bauüberhang), des gemeldeten Baufertigstellungsdatums oder der Meldung „Bauvorhaben ist erloschen“ entstammen alle bereits angelegten Datensätze der Baugenehmigungserhebung. Für die Erstellung der Baufertigstellungsstatistik, der Bauüberhangsstatistik usw. ist also nur noch die jeweilige Ergänzung des vorhandenen Datensatzes in einem anderen Bearbeitungsmodus (Baufertigstellung/Bauüberhang bearbeiten) notwendig.

Erzeugen der Ausgabedateien zur Tabellierung

Nach abgeschlossener Bearbeitung jedes Berichtsmonats in der Datenbank beginnt die Phase der Ergebniserstellung. Dabei gibt es gesonderte Vorgehensweisen für Genehmigungs- und Fertigstellungsergebnisse einerseits und für Überhangsergebnisse andererseits. Mit Hilfe einer Tabellentextdatei und einer Regionaldatei werden durch das vom Niedersächsischen Landesamt für Statistik konzipierte SPLV-Programm die Ergebnisa-

Die DAMAST-Datenbank im System der Bautätigkeitsstatistiken



bellens laut Tabellenprogramm erstellt. Außerdem wird jeweils eine SPLV-HTML-Datei zur PC-Weiterverarbeitung — etwa zur Erstellung von statistischen Berichten — ausgegeben. Auch das Statistische Bundesamt erhält monatlich Summensätze, um die einzelnen Landesergebnisse zu einem Bundesergebnis weiterverarbeiten zu können.

Informationsangebot für Statistiknutzer neu gegliedert und ausgeweitet

Die durch die Statistikänderungsverordnung (StatÄndV) vom 20. November 1996 und das Hochbaustatistikgesetz (Hbau-StatG) vom 5. Mai 1998 notwendig gewordenen Änderungen hinsichtlich der Erhebungsmerkmale der Bautätigkeitsstatistiken wurden bei der Neukonzeption des Tabellenprogramms berücksichtigt. Trotz der Reduktion der Anzahl der erhobenen Merkmale wurde mit dem neuen Tabellenprogramm ein umfangreiches, ausschließlich am Nutzerbedarf orientiertes, klar gegliedertes Informationsinstrumentarium geschaffen. Bei der Neukonzeption des gesamten Verbundtabellenprogramms einigten sich die fachlich zu ständigen Vertreter aller Länder auf ein Konzept mit folgenden Eckpunkten:

1. Alle Tabellen mit nur einer Ausnahme sind benutzerfreundlich einseitig gestaltet, indem sie im Ausdruck nur eine DIN-A4-Seite umfassen.
2. Die Tabellentitel, -kurzbezeichnungen und nachgewiesenen Merkmale für Baugenehmigungen und Baufertigstellungen sind bis auf eine Ausnahme deckungsgleich.
3. Die Art der Bautätigkeit wird jeweils in einer eigenen Tabelle nachgewiesen (Neubau, Baumaßnahmen, insgesamt).

Das gesamte Tabellenprogramm umfasst 18 Baugenehmigungs-, 19 Baufertigstellungs- und 5 Bauüberhangstabellen. Die bisherigen Tabellen für den Bauabgang und die Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes bleiben unverändert. Die 18 Baugenehmigungs- und 19 Baufertigstellungstabellen können jeweils für folgende Nachweisungen erstellt werden:

- Insgesamt,
- Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden,
- Neubau insgesamt,
- Neubau im Fertigteilbau,
- konventioneller Neubau,
- Neubau im Wohnbau,
- Neubau für Wohngebäude mit 1 und 2 Wohnungen,
- Neubau im Nichtwohnbau.

Dem Statistischen Bundesamt werden monatlich bzw. vierteljährlich sieben Baugenehmigungs- und zwei Baufertigstellungstabellen übermittelt; weitere Tabellen werden jährlich bereitgestellt. Für den jedes Jahr zu erhebenden Bauüberhang (Bauzustand am 31. Dezember des Jahres) sind zudem fünf Ta-

bellens, davon drei Kreistabellen, vorgesehen. Diese werden für den Wohnbau und den Nichtwohnbau getrennt je nach Bauzustand erstellt, hinzu kommen drei Tabellen auf Kreisebene. Insgesamt werden jährlich 17 Bauüberhangstabellen an das Statistische Bundesamt geliefert. Von den 313 insgesamt möglichen Tabellen umfasst das statistische Verbundtabellenprogramm 102 Liefertabellen, 42 für Baugenehmigungen, 43 für Baufertigstellungen sowie 17 für den Bauüberhang.

Die Tabellen stellen die Grundlage für die Veröffentlichung von statistischen Berichten zur Bautätigkeitsstatistik dar und dienen darüber hinaus der Beantwortung von Anfragen von Politik, Wirtschaft, privaten Haushalten, Institutionen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Schülern und Studenten etc. Auf Bundesebene werden die einzelnen Landesergebnisse laufend aggregiert und können so den verschiedenen Statistiknutzern zur Verfügung gestellt bzw. in Form von Veröffentlichungen (Fachserien) der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Das vorliegende Aufbereitungsprogramm ist auch ein Indiz für die funktionierende Rückkopplung zwischen Statistiknutzern und Fachstatistikern. Ein Beispiel dafür sind die erstmals in das Programm aufgenommenen Tabellen mit Durchschnittswertberechnungen für die Wohnfläche (Größe) und die veranschlagten Baukosten im Wohn- und Nichtwohnbau nach Gebäudearten. Diese Werte — oftmals und wiederkehrend nachgefragt — mussten bislang jeweils gesondert berechnet werden. Mit den neuen Tabellen wurde dem stetig steigenden Informationsbedarf in diesem Punkt Rechnung getragen.

Fazit

Der wesentliche Vorteil der Datenbankverarbeitung ist die dezentrale Ablaufsteuerung, die es der Fachabteilung ermöglicht, die gesamte Aufbereitung einer Erhebung von der Datenerfassung bis zur Tabellierung eigenverantwortlich abzuwickeln. Dieses System hat sich in den statistischen Landesämtern in den zurückliegenden Jahren bei den Baugewerbestatistiken bereits bewährt, indem es durch hohe Flexibilität der Arbeitsabläufe in der Fachabteilung, trotz zunehmend eingeschränkter Personalressourcen, die termingerechte Abwicklung der Statistiken weiterhin möglich gemacht hat. Dieser Vorteil soll auch bei der Bautätigkeit in vollem Umfang genutzt werden. Die Schnittstellen zur „PC-Welt“ machen es darüber hinaus möglich, die im Großrechner ermittelten Daten — nach einem File-Transfer — auf dem PC bis zur Veröffentlichungsreife „medienbruchfrei“ zu bearbeiten. Bei konsequenter Nutzung der technischen Möglichkeiten der Bautätigkeitsstatistiken unter DAMAST gewinnt die Fachabteilung eine (angestrebte) hohe Autonomie, das heißt sie ist während des gesamten Aufbereitungsprozesses einer Erhebung jederzeit „Herr des Verfahrens“, und der Aufbereitungsablauf gewinnt eine bisher kaum erreichte Transparenz. □

Steigende Anzahl schlachtreifer Rindviehbestände

Im vergangenen Jahr wurden in Hessen 87 600 Rinder (ohne Kälber) aus hessischer Erzeugung geschlachtet. Gegenüber dem Jahr 1999 ging die Zahl der Rinderschlachtungen damit um 9400 oder knapp 10 % zurück. Auffällig war allerdings der starke Rückgang der Schlachtungen im Dezember 2000. Im Zusammenhang mit der BSE-Krise waren allein im letzten Monat des vergangenen Jahres mit 4700 Rindern nur noch halb so viele Tiere geschlachtet worden wie im Dezember 1999 (siehe Schaubild auf Seite 29). Damit hat sich der seit 1992 anhaltende rückläufige Trend auch im Jahr 2000 fortgesetzt und, in absoluten Zahlen betrachtet, den geringsten Stand seit 1950 erreicht. Für die kurzzeitige Zunahme der Rinderschlachtungen Mitte der Achtziger- und Anfang der Neunzigerjahre (siehe Schaubild auf der folgenden Seite) waren die Schlachtungen von Kühen und weiblichen Rindern verantwortlich, nicht jedoch die der Bullenschlachtungen. Dies zeigt Parallelen zur momentanen Entwicklung, wenn auch mit umgekehrten Vorzeichen. Ging die steigende Anzahl der Schlachtungen von weiblichen Rindern und Kühen einher mit der Erfüllung des Quotenregimes¹⁾, bei der Betriebe zur Einhaltung desselben ihre Bestände stark selektierten, so werden zurzeit „Livestocks“ aufgebaut, die für die weitere Entwicklung des derzeit angespannten Rindfleischmarktes von Bedeutung sind. Die endgültigen Ergebnisse der repräsentativen Viehzählung vom November 2000 zeigen, dass — bei insgesamt rückläufigen Rinderbeständen — vor allem mehr weibliche Tiere zum Schlachten im Alter von einem Jahr oder älter gehalten wurden als

Rindviehbestand in Hessen
am 3. November 1999 und 2000
(Ergebnisse der Repräsentativerhebung)

Art der Angabe	November 1999	November 2000	Zu- bzw. Abnahme (-)	
			absolut	%
Kälber bis unter 1/2 Jahr alt	62 050	60 931	- 1 119	- 1,8
Jungrinder				
1/2 bis unter 1 Jahr alt	92 399	90 388	- 2 011	- 2,2
davon				
männlich	34 810	35 211	401	1,2
weiblich	57 589	55 177	- 2 412	- 4,2
Rinder 1 bis unter 2 Jahre alt	129 668	125 839	- 3 829	- 3,0
davon				
männlich	42 666	42 160	- 506	- 1,2
weiblich, zum Schlachten	12 962	14 662	1 700	13,1
weiblich, zur Zucht und Nutzung	74 040	69 017	- 5 023	- 6,8
Rinder 2 Jahre und älter	255 321	248 697	- 6 624	- 2,6
davon				
männlich	5 456	5 474	18	0,3
weiblich	249 865	243 223	- 6 642	- 2,7
davon				
Färsen zum Schlachten	3 239	4 260	1 021	31,5
Färsen zur Zucht und Nutzung	35 453	34 221	- 1 232	- 3,5
Milchkühe	170 794	158 240	- 12 554	- 7,4
Ammen- und Mutterkühe	37 514	42 838	5 324	14,2
Schlacht- und Mastkühe	2 865	3 664	799	27,9
Rinder insgesamt	539 438	525 855	- 13 583	- 2,5

Im Vorjahr. Deren Zahl erhöhte sich binnen Jahresfrist um 18,5 % auf 22 600 Tiere, während die Zahl der männlichen Schlachtrinder gleichen Alters mit 82 800 Tieren auf dem Vorjahresniveau verharrte. Vor allem die Anzahl der über 2 Jahre alten Färsen zum Schlachten stieg um 31,5 % oder 1020 Stück. Dies bedeutet eine steigende Anzahl schlachtreifer Viehbestände bei gleichzeitigem Rückgang der Zahl der Schlachtungen. Inwieweit die Anzahl der Schlachtungen wieder ansteigt, wenn Kriterien zur Erfüllung der Wartezeit bei Ertragsschadensversicherungen²⁾ zur Absicherung des BSE-Risikos erfüllt sind, bleibt offen, ebenso wie die Wirkung der am 07.01.2001 begonnenen Interventionsmaßnahmen. Gleichmaßen ungewiss ist der aus den wachsenden „Livestocks“ resultierende Mehrbedarf an Futterflächen, insbesondere Silomais, der mit Flächen zur Erzeugung von pflanzlichen Proteinen, wie z.B. Ackerbohnen, konkurriert.

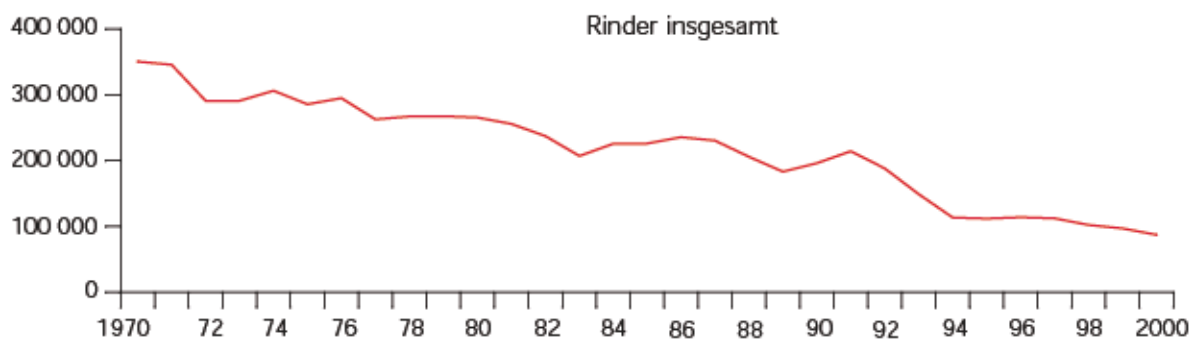
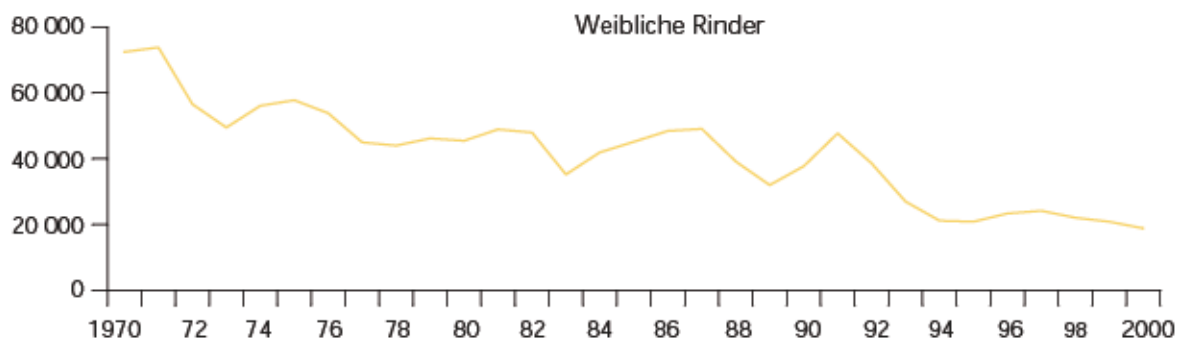
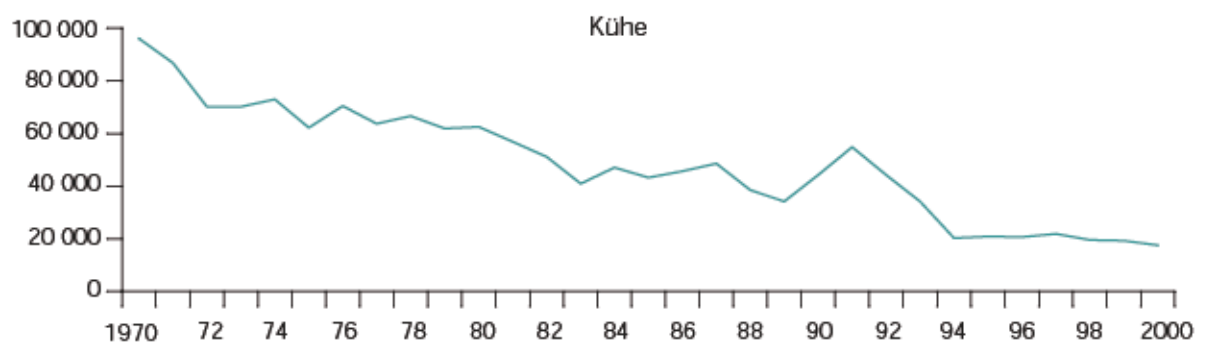
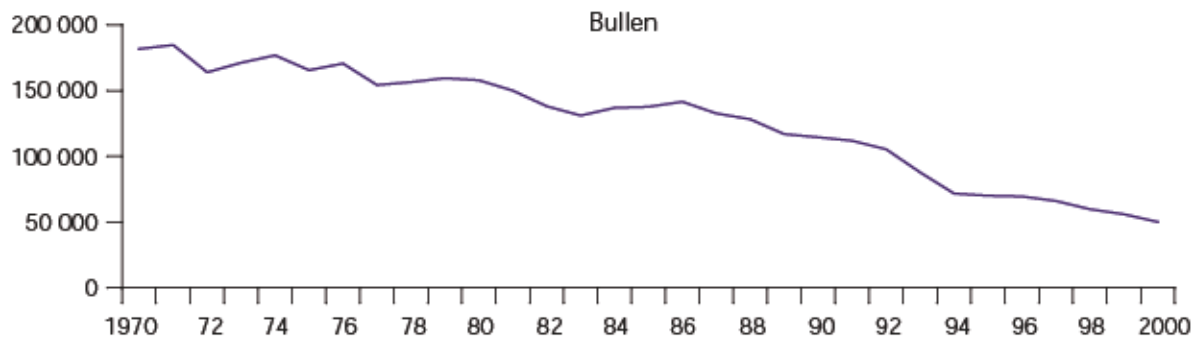
Jörg Führer*)

*) Tel.: 0611/3802-519 · E-Mail: jfuhrer@hsl.de

1) Einführung der Milchquotenregelung 1984; Einführung GAP-Reform 1992.

2) Nach dem Tierseuchengesetz werden Tiere, die auf behördliche Anordnung getötet werden, entschädigt. Diese Entschädigung erfolgt über den „gemeinen Wert“ der Tiere. Ertragseinbußen in Form von Entschädigungslücken, entgangenen Deckungsbeiträgen, Leistungseinbußen, Reinigungs- und Desinfektionskosten, Verluste von Marktbeziehungen, Liquiditätsengpässe werden nicht ausgeglichen. Diese Lücke decken private Versicherer mittels so genannter Ertragsschadensversicherungen ab.

Entwicklung der Anzahl der geschlachteten Tiere¹⁾ in Hessen 1970 bis 2000 nach Tierarten



1) Aus gewerblicher Schlachtung sowie Hausschlachtung.

HSL 9/01

Lokale Agenda 21 — Datenbank zu Nachhaltigkeits-Indikatoren für Kommunen auf CD-ROM

Instrumente zur Bewertung der lokalen und regionalen Entwicklung gewinnen in den kommunalen Agenda-21-Prozessen zunehmend an Bedeutung. Mit dem „Leitfaden Indikatoren im Rahmen einer Lokalen Agenda 21“ steht den Kommunen seit einigen Monaten ein Handbuch zur Verfügung, mit dem sie bei vergleichsweise geringem Aufwand ein Indikatorensystem zur nachhaltigen Entwicklung in Eigenregie erarbeiten können. Der Leitfaden ist das Ergebnis eines gemeinsamen Forschungsvorhabens der Bundesländer Hessen, Baden-Württemberg, Bayern und Thüringen und wurde von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) erstellt. Den Kommunen in Hessen soll die Bearbeitung dieses Indikatorensystems künftig durch eine CD-ROM erheblich erleichtert werden, mit deren Entwicklung die FEST im Rahmen eines Forschungsprojektes vom Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG) im November 2000 beauftragt wurde. Diese CD-ROM wird eine Datenbank enthalten, die alle zentral verfügbaren Daten für die Berechnung der Indikatoren umfassen soll. Auf diese Weise werden etwa zwei Drittel der 24 Kern-Indikatoren und zahlreiche der 72 Ergänzungs-Indikatoren für die Jahre 1995 bis 1999 den Kommunen ohne eigenen Rechercheaufwand *ab Mitte 2001* zur Verfügung stehen. Ein großer Teil dieser Daten wird vom Hessischen Statistischen Landesamt geliefert, die durch Zahlen der HLUG, des Landesamts für Umwelt und weiterer Bundes- und Landesinstitutionen ergänzt werden. Auch gibt es bereits erste Überlegungen, diesen Datenbestand in den kommenden Jahren in regelmäßigen Abständen fortzuschreiben.

*) Stefan Wilhelmy M. A., Politikwissenschaftler, geb. 1968; wiss. Mitarbeiter an der FEST. Hauptarbeitsgebiete: nachhaltige Entwicklung, Lokale Agenda 21, Entwicklungspolitik. Tel.: 06221-9122-22, Fax: 06221-167257, E-Mail: stefan.wilhelmy@fest-heidelberg.de

Als zweite wichtige Komponente wird die CD-ROM ein so genanntes „Projektbewertungs-Schema“ enthalten, das es Kommunen und Agenda-Aktiven ermöglichen soll, die möglichen Effekte von bestehenden oder geplanten Agenda-Projekten auf die einzelnen Teil-Ziele einer nachhaltigen Entwicklung abzuschätzen. Ein Ziel des Projektbewertungs-Schemas besteht darin, vor dem Hintergrund der begrenzten finanziellen und personellen Mittel für kommunale Agenda-Prozesse solche Projekte auswählen zu können, die einen möglichst großen Beitrag zur Nachhaltigkeit der Kommune versprechen. Die Bewertung der Projekte soll sich im Kern an den 24 Teil-Zielen orientieren, die die Grundlage des Indikatorensystems bilden. Sowohl für die drei Nachhaltigkeits-Dimensionen „Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft“ als auch für die möglichen Akteurs- und Zielgruppen aus der Dimension „Partizipation“ sollen darüber hinaus aber noch weitere Aspekte berücksichtigt werden. Die Auswahl und Konzeption von geeigneten Agenda-Projekten soll den Akteuren durch eine Sammlung von bereits bestehenden Projekten auf der CD-ROM erleichtert werden.

Weitere Informationen zur CD-ROM und Bezug des Leitfadens: Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Schmeilweg 5, 69118 Heidelberg; Tel.: 06221-9122-0; Fax: 06221-167257; E-Mail: stefan.wilhelmy@fest-heidelberg.de.

Zum Thema „Lokale Agenda 21“ ist im Hessischen Statistischen Landesamt ein Sonderdruck erschienen. Es handelt sich um den Abdruck des Aufsatzes „Indikatoren für nachhaltige Entwicklung einer Kommune — das Beispiel Viernheim“ (Autoren: Dr. rer. pol., Dipl. Volkswirt Hans Diefenbacher und Stefan Wilhelmy, beide wiss. Mitarbeiter an der FEST), der in zwei Teilen in der Monatszeitschrift des HSL „Staat und Wirtschaft in Hessen“, 55. Jahrgang, Heft 2 und Heft 4 erschienen ist. Der Sonderdruck kann zu einem Sonderpreis von 3,00 DM (zuzügl. Versandkosten) vom Hessischen Statistischen Landesamt, Vertrieb, bezogen werden.

Stefan Wilhelmy*)

Daten zur Wirtschaftslage

Die wirtschaftliche Lage der hessischen Wirtschaft im vierten Quartal 2000 stellt sich im Vergleich zum letzten Quartal des Jahres 1999 folgendermaßen dar: Die preisbereinigten Auftragseingänge im hessischen Verarbeitenden Gewerbe legten gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal um 4,8 % zu. Motor dieser Zunahme war das Auslandsgeschäft (Auslandsorders: + 8,7 %; Inlandsorders: + 2,1 %). Auch die Umsätze entwickelten sich insgesamt positiv. Sie legten um 3,7 % zu (Auslandsumsätze: + 18 %; Inlandsumsätze: – 3,2 %). Die Beschäftigtenzahl ging nur noch geringfügig zurück. Die günstige Entwicklung der Auftragseingänge im hessischen Bauhauptgewerbe, die noch im dritten Quartal 2000 festzustellen war, setzte sich im vierten Quartal nicht fort. Sie lagen um 4,8 % unter dem vergleichbaren Vorjahresniveau; der baugewerbliche Umsatz nahm im Beobachtungszeitraum um 0,4 % zu. Nach wie vor wird im hessischen Bauhauptgewerbe Personal abgebaut. Das von den hessischen Bauaufsichtsbehörden genehmigte Hochbauvolumen lag im vierten Quartal des abgelaufenen Jahres bei 1,6 Mill. m² Wohn- und Nutzfläche. Dies war ein Rückgang um 3,5 %. Die hierfür veranschlagten reinen Baukosten stiegen dagegen um 242 Mill. DM oder 9 % auf einen Betrag von 2,9 Mrd. DM. Im hessischen Einzelhandel verlief die Umsatzentwicklung im vierten Quartal wenig erfreulich. Der gesamte Einzelhandelsbereich musste im Beobachtungszeitraum einen Rückgang von nominal 2,5 und real knapp 4 % hinnehmen. Die Zahl der Arbeitslosen lag im vierten Quartal 2000 um ein Achtel niedriger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Sie fiel damit erstmals seit dem vierten Quartal 1993 wieder unter 200 000. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen war im vierten Quartal 2000 um 2,0 % höher als ein Jahr zuvor. Maßgebend hierfür war die Entwicklung der Heizöl- und Kraftstoffpreise.

Auslandsgeschäft ist Motor der Nachfrageentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe

Die preisbereinigten Auftragseingänge zur Lieferung von Gütern und Dienstleistungen im Verarbeitenden Gewerbe haben im vierten Quartal 2000 im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit um 4,8 % zugenommen. Die Steigerungsrate der Auftragseingänge aus dem Ausland hat im vierten Quartal mit 8,7 % höher gelegen als die aus dem Inland mit nur 2,1 %. Zusammen mit dem kräftigen Nachfragezuwachs im dritten Quartal ergab sich für das zweite Halbjahr im Jahresvergleich eine Nachfragesteigerung von insgesamt 6,6 %. Sie setzte sich aus einem Plus von 11 % bei den Abschlüssen mit ausländischen Kunden und von 3,5 % mit Inländern zusammen. Auf das gesamte Jahr bezogen errechnete sich eine Steigerung der Auftragseingänge von 7,0 %; 11 % aus dem Ausland und 4,2 % aus dem Inland.

Die Chemische Industrie berichtete im vierten Quartal über eine jährliche Zunahme der Auftragseingänge um 4,9 %. 12 % hatte der Anstieg bei Abschlüssen im Ausland betragen, während aus dem Inland 2,9 % weniger Bestellungen eingingen als vor Jahresfrist. Da die Steigerungsrate im dritten Quartal im Jahresvergleich bei beachtlichen 11 % gelegen hatte, ergab sich für das zweite Halbjahr ein Nachfrageplus von insgesamt 7,8 %, das sich aus einem Zuwachs von 15 % bei den Auslandsbestellungen und von 0,5 % bei den Aufträgen aus dem Inland zusammensetzte.

Fortgesetzt kräftiger als in der Chemischen Industrie war die Nachfrageentwicklung im Maschinenbau. Mit einem jährlichen Zuwachs an Auftragseingängen im vierten Quartal von insgesamt 13 % konnte die stürmische Entwicklung des drit-

ten Quartals allerdings nicht ganz erreicht werden. Auch im Maschinenbau gingen die Impulse vom Ausland aus, das im vierten Quartal 24 % mehr bestellte als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Inländische Besteller steigerten ihre Nachfrage dagegen nur um 3,7 %. Zusammen mit dem guten Ergebnis des dritten Quartals ergab sich für das zweite Halbjahr ein Plus von 15 %. Daran waren die Auslandsbestellungen mit einer Zunahme um 33 % beteiligt, während die inländischen Bestellungen nur mit einem Plus von 2,2 % abgeschlossen.

Ein vergleichsweise schlechtes Ergebnis erzielte die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen im vierten Quartal. Dort lag die Gesamtbestellfähigkeit um 6 % unter Vorjahresniveau. Daran waren sowohl inländische (– 4,5 %) als auch ausländische Besteller (– 7,3 %) beteiligt. Da bereits im dritten Quartal ein Rückgang der Bestellfähigkeit stattfand — insgesamt wurden im dritten Quartal 1,0 % weniger Aufträge im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit erteilt, wobei aus dem Ausland 1,2 % und aus dem Inland 0,7 % weniger Bestellungen eingingen — belief sich das Ergebnis für das zweite Halbjahr auf insgesamt – 3,6 %, das sich aus einem Rückgang der Bestellungen aus dem Ausland um 4,6 % und 2,6 % weniger Inlandsbestellungen zusammensetzte.

Auslandsumsatz trägt Gesamtentwicklung

Mit 42,5 Mrd. DM Umsatz, die das Verarbeitende Gewerbe im vierten Quartal 2000 erwirtschaftete, lag es um weitere 3,7 % über dem entsprechenden Vorjahreswert. Im zweiten Halbjahr betrug die jährliche Steigerungsrate 4,2 %. Bei ei-

ner Exportquote von 37 % am Gesamtumsatz bestimmte der Umsatzanstieg mit ausländischen Kunden von 18 % im vierten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit die Gesamtentwicklung ganz erheblich. Der Inlandsumsatz ging dagegen in der gleichen Zeit um 3,2 % zurück. Dieses Verhältnis war auch im zweiten Halbjahr im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit nicht sehr viel anders: Der Auslandsumsatz stieg um 17 %, der Inlandsumsatz verringerte sich um 2,0 %.

Noch gravierender war die gegenläufige Entwicklung Inlands-/Auslandsumsatz im vierten Quartal in der Chemischen Industrie: Am Gesamtumsatz von 8,8 Mrd. DM hatte das Auslandsgeschäft einen Anteil von 59 %. Dadurch glich der Anstieg des Auslandsumsatzes um 26 % den Rückgang des Inlandsumsatzes (– 21 %) aus und es ergab sich insgesamt noch eine Jahresveränderungsrate von + 1,2 %. Im zweiten Halbjahr stand einem Anstieg des Auslandsumsatzes von 28 % ein Rückgang im Inland um 20 % gegenüber. Der Gesamtumsatz wuchs im zweiten Halbjahr im Vergleich zur gleichen Vorjahreszeit um 2,8 %.

Der Maschinenbau erwirtschaftete im vierten Quartal einen Umsatz in Höhe von 5,1 Mrd. DM. Der Exportanteil am Umsatz betrug 43 %. Wieder war der Auslandsumsatz der Motor der Entwicklung. Mit einem Plus von 24 % bei lediglich 8,6 % mehr Inlandsumsatz ergab sich im vierten Quartal im Maschinenbau ein Quartalsergebnis von + 15 %. Das Ergebnis für das zweite Halbjahr übertraf insgesamt das entsprechende Vorjahresergebnis um 11 %, die aus 19 % mehr Auslandsumsatz und 5,2 % mehr Inlandsumsatz stammten.

Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen erzielten im vierten Quartal einen Gesamtumsatz von 5,5 Mrd. DM. Gut die Hälfte davon wurde auf ausländischen Märkten erwirtschaftet. Aber selbst dort konnte nur ein Zuwachs im Vergleich zum vierten Vorjahresquartal von 0,7 % erreicht werden, während im Inland 17 % weniger Umsatz als vor einem Jahr registriert wurden. Das Vorjahresergebnis wurde deshalb um insgesamt 8,7 % unterschritten. Im zweiten Halbjahr belief sich der Umsatzrückgang im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit auf 6,5 %. Dieser kam sowohl durch einen Rückgang des Auslandsumsatzes (– 0,6 %) als auch einen Rückgang der Umsätze im Inland (– 12 %) zu Stande.

Die Hersteller von Metallerzeugnissen setzten im vierten Quartal allerdings nur halb so viel um wie die von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (2,7 Mrd. DM). Dort konnte der Umsatz insgesamt allerdings um 3,4 % gesteigert werden. Das Ausland war am Gesamtumsatz nur mit einem Anteil von 23 % beteiligt, trug jedoch mit einem Zuwachs von 13 % dazu bei. Der Inlandsumsatz stieg um nur 0,9 %. Im zweiten Halbjahr lag die Jahresveränderungsrate bei + 3,3 %.

Nur noch geringfügiges Beschäftigtenminus

Rund 460 500 *Beschäftigte* arbeiteten im Durchschnitt des vierten Quartals in den 3290 Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes. Das waren 0,2 % weniger als im Durchschnitt der gleichen Vorjahreszeit. Damit wurde der niedrigste Beschäftigtenabbau seit langem registriert. Im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit lag das Halbjahresergebnis bei – 0,6 %. Allerdings ist bei dem niedrigen Beschäftigtenrückgang zu beachten, dass der Trend zum Outsourcing und damit zur Verlagerung von Aufgaben aus dem Verarbeitenden Gewerbe ins Dienstleistungsgewerbe ungebrochen ist.

Die Chemische Industrie als — gemessen an der Beschäftigtenzahl — bedeutendste Branche des Landes meldete im vierten Quartal mit im Durchschnitt fast 64 000 Beschäftigten nur noch einen Rückgang im Vergleich zum Durchschnitt des vierten Vorjahresquartals von lediglich 1,1 %. Im dritten Quartal waren es noch – 3,2 %, so dass der Halbjahresdurchschnitt bei – 2,2 % liegt.

Der Maschinenbau mit seinen im Durchschnitt des vierten Quartals gut 63 000 Beschäftigten meldete gleichfalls einen Beschäftigtenabbau von 1,8 %, der sich im Durchschnitt des zweiten Halbjahres sogar noch auf – 1,3 % verminderte, weil das Ergebnis des dritten Quartals mit – 0,9 % noch günstiger lag.

Dass der Verbrauch als Folge der guten Konjunktur angezogen hat, ist aus der insgesamt recht günstigen Beschäftigtenentwicklung bei den Verbrauchsgüterproduzenten zu schließen. Dort wurden im Durchschnitt des vierten Quartals mit knapp 88 000 Beschäftigten 1,1 % mehr Beschäftigte gezählt als im Durchschnitt der gleichen Vorjahreszeit. Das Halbjahresergebnis lag ebenfalls im positiven Bereich (+ 0,8 %).

Auch kleinere Branchen, zum Beispiel die Hersteller von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. a. hatten einen Beschäftigtenzuwachs im vierten Quartal im Jahresvergleich von 4,8 % auf 27 300 Beschäftigte. Das gleiche gilt für die Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik mit einem Beschäftigtenzuwachs im vierten Quartal von 2,4 % auf gleichfalls gut 27 300, ferner die Hersteller von Büromaschinen, DV-Geräten, E-Technik, Feinmechanik, Optik, die im vierten Quartal im Durchschnitt 2,8 % mehr Personal als in der entsprechenden Vorjahreszeit hatten und nun mehr als 65 000 Mitarbeiter zählten.

Abermals rückläufige Auftragslage im Baugewerbe . . .

Die günstige Entwicklung der Auftragsgänge, die noch im dritten Quartal im hessischen Bauhauptgewerbe beim Jahresvergleich zu beobachten war, setzte sich im vierten leider nicht fort. Mit einem Rückgang von 4,8 % wurde das entsprechende Vorjahresergebnis unterschritten. Dies führte

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ⁷⁾				
	Volumenindex des Auftrags-eingangs ²⁾ 1995 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags-eingangs ⁴⁾ 1995 = 100	Beschäftigte	Index der Umsätze ⁵⁾ 1995 = 100	Preis-Index für die Lebenshaltung ⁶⁾ 1995 = 100	Arbeitslose ⁸⁾	Arbeitslosenquote ⁹⁾	Offene Stellen ¹⁰⁾	Kurzarbeit (Personen) ¹⁰⁾
	Insgesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen ¹¹⁾												
1998 D	105,8	101,1	114,5	470 074	83,1	40 519	101,5	104,1	254 050	10,0	26 021	6 505
1999 D	98,6	92,9	109,2	464 439	86,6	37 865	102,8	105,0	239 257	9,4	30 650	6 396
2000 D	105,5	96,8	121,6	459 739	85,1	35 786	103,8	107,0	214 875	8,1	37 527	5 156
1999 Oktober	101,0	94,5	113,1	462 730	99,9	38 944	105,3	105,3	225 484	8,8	30 339	4 857
November	108,2	98,7	125,8	462 177	59,5	38 547	111,0	105,5	225 151	8,8	28 924	6 113
Dezember	94,5	87,6	106,9	459 689	90,5	37 805	124,0	105,7	229 534	9,0	30 376	4 355
4. Vj. D	101,2	93,6	115,3	461 532	83,3	38 432	113,4	105,5
2000 Januar	93,8	84,5	111,0	457 994	51,5	36 282	91,6	106,1	238 900	9,3	32 285	5 711
Februar	102,0	92,8	118,9	457 706	61,4	35 832	97,2	106,4	236 497	9,2	37 020	6 916
März	117,9	108,8	134,7	458 169	93,7	35 528	111,8	106,6	228 878	8,9	39 531	6 424
1. Vj. D	104,6	95,4	121,5	457 956	68,9	35 881	100,2	106,4
April	97,8	92,2	108,1	457 731	65,4	35 782	104,0	106,5	221 800	8,3	41 222	6 841
Mai	111,1	103,7	124,9	457 918	140,4	35 914	113,1	106,4	211 812	7,9	40 438	5 606
Juni	105,8	93,4	128,6	459 850	84,0	35 764	98,5	106,9	213 076	8,0	39 841	4 047
2. Vj. D	104,9	96,4	120,5	458 500	96,6	35 820	104,5	106,6
Juli	100,7	94,4	112,4	460 846	102,4	35 806	97,1	107,4	213 256	8,0	39 829	3 096
August	105,6	103,2	110,0	462 698	74,6	35 922	101,6	107,3	206 753	7,7	38 512	4 486
September	113,2	101,4	135,0	462 538	110,6	35 878	101,3	107,8	201 102	7,5	38 139	4 924
3. Vj. D	106,5	99,7	119,1	462 027	95,9	35 869	100,0	107,5
Oktober	108,0	96,1	129,9	461 202	85,5	36 072	103,4	107,5	196 354	7,3	35 763	4 783
November	110,3	100,1	129,0	461 123	76,0	35 726	110,7	107,7	195 173	7,3	34 950	4 518
Dezember	99,9	90,6	117,0	459 089	76,3	34 930	117,7	107,6	200 261	7,5	35 012	4 523
4. Vj. D	106,1	95,6	125,3	460 471	79,3	35 576	110,6	107,6
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
1998 D	3,0	7,2	- 3,0	- 2,3	- 12,7	- 10,9	1,4	1,3	- 2,6	.	21,7	- 44,8
1999 D	- 6,8	- 8,1	- 4,6	- 1,2	4,2	- 6,5	1,3	0,9	- 5,8	.	17,8	- 1,7
2000 D	7,0	4,2	11,4	- 1,1	- 1,7	- 5,5	1,0	1,9	- 10,2	.	22,4	- 19,4
1999 Oktober	- 1,1	- 4,4	4,6	- 1,7	20,8	- 3,5	1,4	1,2	- 4,8	.	26,5	1,1
November	7,3	2,3	15,5	- 1,7	- 12,6	- 3,1	3,8	1,4	- 5,7	.	28,2	8,6
Dezember	1,9	0,6	4,1	- 1,7	- 10,4	- 3,6	4,6	1,5	- 7,5	.	35,5	- 20,6
4. Vj.	2,7	- 0,5	8,2	- 1,7	- 0,7	- 3,4	3,4	1,3
2000 Januar	8,4	8,2	8,8	- 1,9	- 42,2	- 4,8	1,9	2,0	- 8,1	.	21,6	- 27,8
Februar	12,8	12,2	13,8	- 2,0	- 0,5	- 3,6	9,5	2,1	- 8,9	.	21,2	- 22,4
März	9,2	5,1	15,9	- 2,0	- 5,6	- 4,4	- 3,5	2,1	- 8,6	.	21,1	- 37,7
1. Vj.	10,1	8,2	13,0	- 2,0	- 17,4	- 4,3	2,0	2,1
April	- 1,9	- 1,9	- 1,8	- 1,3	- 9,6	- 4,0	1,6	1,6	- 9,4	.	23,4	- 21,7
Mai	13,4	17,2	11,3	- 1,3	66,0	- 3,4	13,8	1,5	- 10,1	.	27,9	- 11,4
Juni	2,9	- 4,7	15,2	- 0,9	- 21,3	- 4,3	- 5,6	1,9	- 8,7	.	27,1	- 41,8
2. Vj.	4,7	1,4	10,1	- 1,1	9,9	- 3,9	3,1	1,7
Juli	5,6	3,6	8,6	- 1,1	18,1	- 5,8	- 4,1	1,9	- 10,4	.	23,6	- 32,9
August	13,5	12,3	15,9	- 0,9	- 20,8	- 6,5	7,2	1,7	- 10,9	.	21,5	27,7
September	6,5	- 0,4	17,7	- 0,8	16,6	- 6,6	2,9	2,4	- 11,7	.	19,1	18,6
3. Vj.	8,5	5,1	14,1	- 0,9	1,4	- 6,6	1,9	2,0
Oktober	6,9	1,7	14,9	- 0,3	- 14,4	- 7,4	- 1,8	2,1	- 12,9	.	17,9	- 1,5
November	1,9	1,4	2,5	- 2,0	27,8	- 7,3	- 0,3	2,1	- 13,3	.	20,8	- 26,1
Dezember	5,8	3,4	9,4	- 0,2	- 15,7	- 7,6	- 5,1	1,8	- 12,8	.	15,3	3,9
4. Vj.	4,8	2,1	8,7	- 0,2	- 4,8	- 7,4	- 2,5	2,0
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
1999 Oktober	- 5,0	- 7,2	- 1,4	0,6	5,3	1,4	7,0	-	- 1,0	.	- 5,2	17,0
November	7,1	4,4	11,2	- 0,1	- 40,5	- 1,0	5,4	0,2	- 0,1	.	- 4,7	25,9
Dezember	- 12,7	- 11,2	- 15,0	- 0,5	52,1	- 1,9	11,7	0,2	1,9	.	5,0	- 28,8
4. Vj.	3,1	- 1,4	10,4	- 1,0	- 9,5	0,4	15,6	0,1
2000 Januar	- 0,7	- 3,5	3,8	- 0,4	- 43,1	- 4,0	- 26,1	0,4	4,1	.	6,3	31,1
Februar	8,7	9,8	7,1	- 0,1	19,4	- 1,2	6,1	0,3	- 1,0	.	14,7	21,1
März	15,6	17,2	13,3	0,1	52,5	- 0,8	15,0	0,2	- 3,2	.	6,8	- 7,1
1. Vj.	3,4	1,9	5,4	- 0,8	- 17,3	- 6,6	- 11,6	0,9
April	- 17,0	- 15,3	- 19,7	- 0,1	- 30,3	0,7	- 7,0	- 0,1	- 3,1	.	4,3	6,5
Mai	13,6	12,5	15,5	0,0	114,8	0,4	8,8	- 0,1	- 4,5	.	- 1,9	- 18,1
Juni	- 4,8	- 9,9	3,0	0,4	- 40,2	- 0,4	- 14,7	0,5	0,6	.	- 1,5	- 27,8
2. Vj.	0,3	1,1	- 0,8	0,1	40,2	- 0,2	4,3	0,2
Juli	- 4,8	1,1	- 12,6	0,2	21,9	0,1	0,6	0,5	0,1	.	0,2	- 23,5
August	4,9	9,3	- 2,1	0,4	- 27,1	0,3	4,6	- 0,1	- 3,0	.	- 3,5	44,9
September	7,2	- 1,7	22,7	- 0,0	48,2	- 0,1	- 0,3	0,5	- 2,7	.	- 1,0	9,8
3. Vj.	1,5	3,4	- 1,2	0,8	- 0,7	0,1	- 4,3	0,8
Oktober	- 4,6	- 5,2	- 3,8	- 0,3	- 22,7	0,5	2,1	- 0,3	- 2,4	.	- 6,2	- 2,9
November	2,1	4,2	- 0,7	- 0,0	- 11,1	- 1,0	7,1	- 0,1	- 0,6	.	- 2,3	- 5,5
Dezember	- 9,4	- 9,5	- 9,3	- 0,4	0,3	- 2,2	6,3	- 0,1	2,6	.	0,2	0,1
4. Vj.	- 0,3	- 4,1	5,2	- 0,3	- 17,3	- 0,8	10,6	0,1

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

dazu, dass auch das Halbjahresergebnis schlechter ausfiel (– 0,1 %) als vor einem Jahr.

Der Hochbau (– 7,1 %) war an der rückläufigen Entwicklung des vierten Quartals stärker beteiligt als der Tiefbau (– 2,0 %), wenngleich er beim Vergleich der zweiten Halbjahre (+ 3,3 %) günstiger abschnitt als der Tiefbau (– 4,0 %). Im Hochbau meldete im vierten Quartal vor allem der öffentliche und Verkehrshochbau mit – 30 % im Jahresvergleich einen beachtlichen Einbruch. Dieser Nachfragerückgang wurde vom Wohnungsbau kaum verfehlt (– 29 %). Lediglich der gewerbliche und industrielle Hochbau meldete eine im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit leichte Steigerung (+ 6,5 %). Auch im Tiefbau stammte im vierten Quartal der einzige Anstieg der Auftragseingänge im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit vom gewerblichen und industriellen Tiefbau (+ 23 %). Der Straßenbau erhielt 6,4 % weniger Aufträge und beim öffentlichen und Verkehrstiefbau betrug der Rückgang der Auftragseingänge sogar 18 %.

... bei fast konstantem Umsatz ...

Rund 2,6 Mrd. DM Umsatz meldete das hessische Bauhauptgewerbe im vierten Quartal. Das waren 0,4 % mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. Die 5,0 Mrd. DM, die für das zweite Halbjahr gemeldet wurden, unterschritten dagegen den Wert der entsprechenden Vorjahreszeit um 5,0 %. Ein Umsatzanstieg wurde im vierten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit vor allem vom gewerblichen und industriellen Bau (+ 10 %) gemeldet, wobei der Steigerung beim Hochbau (+ 22 %) eine Umsatzverminderung beim Tiefbau (– 12 %) gegenüberstand. Der Wohnungsbau setzte im vierten Quartal 26 % weniger um als vor einem Jahr. Der leichte Umsatzanstieg (+ 1,7 %) im öffentlichen und Verkehrsbau ging vor allem vom Straßenbau (+ 6,9 %) und vom Hochbau (+ 4,6 %) aus. Der sonstige öffentliche und Verkehrstiefbau meldete dagegen im vierten Quartal einen Umsatzrückgang (– 4,5 %).

... jedoch weiter sinkenden Beschäftigtenzahlen

Die weiterhin zögerliche Auftragsentwicklung schlug sich auch in der Beschäftigtenentwicklung nieder. Mit im Durchschnitt des vierten Quartals rund 35 600 Beschäftigten wurden im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit abermals 7,4 % der Beschäftigten abgebaut. An dem Rückgang waren alle Beschäftigtenarten beteiligt, am stärksten die Fachwerker, Werker und sonstigen Beschäftigten mit – 11 %. Aber auch die Zahl der kaufmännischen und technischen Angestellten hat um 7,7 % abgenommen. Bei den Facharbeitern, Polieren und Meistern belief sich im vierten Quartal der jährliche Beschäftigtenabbau auf 6,0 %. Die Zahl der gewerblichen Auszubildenden wurde um 9,5 % und die der ausländischen Arbeitnehmer um 5,2 % reduziert. Die jährli-

che Abnahmerate im Durchschnitt des zweiten Halbjahres belief sich auf 6,9 %.

Weiterhin rückläufige Genehmigungszahlen im Wohnbau, jedoch mehr Nachfrage im Nichtwohnbau

Im vierten Quartal des Jahres 2000 genehmigten die hessischen Bauaufsichtsbehörden Hochbauten mit insgesamt 1,6 Mill. m² Wohn- und Nutzfläche. Das entsprach einer verhältnismäßig moderaten Verringerung um 3,5 % oder 56 000 m² im Vergleich zum letzten Vierteljahr 1999. Im Wohnbau fiel der Rückgang besonders deutlich bei den beantragten neuen Wohngebäuden der privaten Haushalte aus. Dort reduzierte sich die Nachfrage nach neuen Wohn- und Nutzflächen um ca. 120 000 m² (– 20 %). Die öffentlichen Bauherren, die jedoch erfahrungsgemäß lediglich einen geringen Anteil am Baugeschehen haben, meldeten im Vergleichszeitraum ebenfalls 20 % weniger Flächenbedarf an. Dabei ist die zu verzeichnende Abnahme bei den Wohngebäuden mit beinahe 50 % fast fünf Mal so hoch wie bei den Nichtwohngebäuden mit 11 %. Bei der Bauherrengruppe der Unternehmen war sogar eine zusätzliche Nachfrage nach Flächen (+ 4 %) zu verzeichnen. Der Mehrbedarf bezog sich vorwiegend auf die Errichtung neuer Nichtwohngebäude — hier werden 63 500 m² oder 11 % mehr Wohn- und Nutzfläche benötigt, während sich das Nachfragevolumen dieser Bauherrengruppe im Wohnbau um 26 300 m² bzw. 8 % verringerte.

Die veranschlagten reinen Baukosten für alle zum Bau freigegebenen Gebäude und Baumaßnahmen erhöhten sich im Vergleichszeitraum um 242 Mill. DM (+ 9 %). Sie erreichten damit insgesamt eine Höhe von 2,9 Mrd. DM. Den größten Anteil an diesem Gesamtvolumen hatten mit über 1,6 Mrd. DM die veranschlagten Baukosten für Bauvorhaben von Unternehmen. Sie überstiegen die veranschlagten Baukosten für die Bautätigkeit der privaten Haushalte um 703 Mill. DM. Weitere 420 Mill. DM entfielen auf Baugenehmigungen von öffentlichen Bauherren bzw. von Organisationen ohne Erwerbszwecke. Die Bauherrengruppe der Unternehmen beabsichtigte, vor allem im Nichtwohnbau zu investieren. Hier wurden die Baukosten um 16 % höher veranschlagt als im Vorquartal. Insgesamt rückläufig war die Investitionsbereitschaft sowohl der privaten Haushalte als auch der öffentlichen Hand. Das Investitionsvolumen verringerte sich bei der ersten Gruppe besonders stark um 37 %, bei der zweiten um 23 %.

In den letzten drei Monaten des Jahres 2000 wurde bei den hessischen Bauaufsichtsbehörden um Genehmigung für rund 2270 neue *Wohngebäude* nachgesucht. Das waren 22,5 % weniger Bauanträge als im vierten Quartal 1999. Überdurchschnittlich fiel die Abnahme in diesem Quartal mit – 30 % bei den Mehrfamilienhäusern aus. Für die Errichtung von Zweifamilienhäusern wurden 26 %, im Bereich der Ein-

familienhäuser 21 % weniger Baugenehmigungen erteilt. Die durchgängig schwächere Nachfrage nach Wohngebäuden sowie ein Rückgang bei Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden wirkte sich auf die Zahl der zum Bau freigegebenen Wohnungen aus. Insgesamt wurden in den Monaten Oktober bis Dezember 4900 Wohnungen genehmigt¹⁾. Die Gesamtzahl der zum Bau freigegebenen Wohnungen reduzierte sich somit um fast 1400 oder 22 %. Auch die genehmigten Wohnflächen gingen im Vergleichszeitraum um rund 19 % zurück. Die veranschlagten reinen Baukosten für Wohngebäude verringerten sich um rund 17 % etwas weniger stark.

Im vierten Quartal 2000 wurden zwar mit nur 740 rund 100 neue **Nichtwohngebäude** weniger als im letzten Vierteljahr 1999 bei den hessischen Bauaufsichtsbehörden zur Genehmigung eingereicht, jedoch stieg die Nachfrage nach Nutzflächen in Nichtwohngebäuden um 12 % auf 776 000 m². Die veranschlagten reinen Baukosten für neue Nichtwohngebäude stiegen gegenüber dem Vorjahresquartal um 50 % (+ 530 Mill. DM) auf 1,6 Mrd. DM.

Letztes Quartal drückt das Jahresergebnis

Nach dem positiven Verlauf im ersten, zweiten und dritten Vierteljahr 2000 gerieten die in Hessen tätigen Einzelhändler im engeren Sinn, das heißt ohne Kraftfahrzeughandel und Tankstellen, im letzten Vierteljahr 2000 in kräftige Turbulenzen. Im Vergleich zum vierten Quartal des Jahres 1999 sanken die Verkaufserlöse um etwas über 1 %. Nach Ausschaltung der Preisveränderungen war es ein reales Minus von knapp 3 %. Unter Einbeziehung des Kraftfahrzeughandels und der Tankstellen — dort ging der Umsatz nominal um 7 und real um 8 % zurück — trübte sich das Bild noch weiter ein: Danach hatte der gesamte Bereich einen Umsatzrückgang von nominal 2,5 und real knapp 4 %.

Unter den größeren Branchen hatten neben dem Heimwerkerbereich (nominal + 9 und real + 8 %) nur noch die Apotheker und die Einzelhändler mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (nominal + 6 und real + 5,5 %) mehr in ihren Kassen. Beim Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren verringerte sich der Umsatz nominal und real um über 6 %. Die vom Umsatzanteil her bedeutendste Branche, der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, wozu beispielsweise die Supermärkte und Kaufhäuser zählen, unterschritt ihr Vorjahresniveau deutlich. Die hierzu gehörenden Geschäfte mussten nominal und real ein Minus von 3 % verkraften.

Weiter fortgesetzt hat sich auch der Abbau der Arbeitsplätze. Im Durchschnitt des vierten Quartals ging ihre Zahl um et-

was über 2 % zurück. Dabei waren Voll- und Teilzeitstellen in etwa gleichem Maße betroffen.

Weniger als 200 000 Arbeitslose in Hessen

Die Arbeitslosmeldungen aus dem vierten Quartal 2000 lagen leicht über dem Stand aus dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Damit ging eine im Frühjahr 1999 einsetzende rückläufige Phase zu Ende. Das lag allein an Arbeitslosmeldungen ohne vorherige Erwerbstätigkeit. Denn die Arbeitslosmeldungen nach vorangegangener Erwerbstätigkeit bzw. betrieblicher Ausbildung blieben Dank einer weiterhin wachsenden Wirtschaft rückläufig. Die insgesamt positiven konjunkturellen Impulse drückten auch der Kurzarbeit ihren Stempel auf. Die historisch betrachtet schon sehr niedrige Kurzarbeiterzahl aus dem vierten Quartal 1999 wurde im Berichtszeitraum um ein Zehntel unterschritten.

Der in den Monaten Oktober bis Dezember gering gestiegenen Zahl an Arbeitslosmeldungen stand ein leicht rückläufiges Angebot an Arbeitsplätzen gegenüber. Das lag unter anderem an einem so genannten Sockeleffekt, denn im vierten Quartal 1999 waren die als offen gemeldeten Stellen sehr stark angestiegen. Durch das verringerte Stellenangebot und zunehmende Friktionen blieb der Vermittlungserfolg der Arbeitsverwaltung im Berichtszeitraum bei den Dauerarbeitsplätzen deutlich hinter dem Ergebnis aus dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum zurück. Trotzdem schieden im vierten Quartal 2000 mehr Personen aus der Arbeitslosigkeit aus als vor Jahresfrist, wobei hier auch erfolgreiche private Bemühungen um einen neuen Arbeitsplatz und das Erreichen der Altersgrenze eine Rolle spielten. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit hat sich im Berichtsquartal abermals beschleunigt. Im Durchschnitt der Monate Oktober bis Dezember 2000 lag die Arbeitslosenzahl um ein Achtel niedriger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Sie fiel damit erstmals seit dem vierten Quartal 1993 wieder unter 200 000. Gegenüber dem Höchststand der Arbeitslosigkeit im ersten Quartal 1998 beträgt der Rückgang nun schon nahezu drei Zehntel.

Unternehmensinsolvenzen: Gegen den Bundestrend

Die Zunahme der Unternehmensinsolvenzen hat sich in Hessen, entgegen der bundesweiten Entwicklung, im Laufe des Jahres 2000 spürbar abgeschwächt. So waren — jeweils vom Jahresbeginn bis zum Monatsultimo — Ende März 8 %, Ende Juni 5 % und Ende September noch 2 % mehr Insolvenzanträge gegen hessische Unternehmen als in dem entsprechenden Vorjahreszeitraum zu registrieren. Zum Jahresende 2000 addierte sich die Zahl der Insolvenzen hessischer Unternehmen jedoch nur auf 1835. Dies waren 29 Insolvenzen oder 1,6 % weniger als im Jahr 1999. Nach 1998 (– 1,7 %) und 1999 (– 5 %) gab es damit in Hessen im dritten

1) Die Gesamtzahl der genehmigten Wohnungen beinhaltet auch 530 Wohnungen, die durch Baumaßnahmen an Gebäuden entstehen sollen. Nicht enthalten sind 284 Wohnungen in Nichtwohngebäuden.

Jahr in Folge einen Rückgang der Unternehmensinsolvenzen.

Über die Wirtschaftsbereiche stellte sich der Rückgang der Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2000 differenziert dar. So kam es in den Bereichen „Grundstücks- und Wohnungswesen, Dienstleistungen für Unternehmen“, mit einer Erhöhung um 83 auf 424 Verfahren (+ 24 %), und im Gastgewerbe, bei einer Steigerung um 39 auf 139 Insolvenzen (+ 39 %), zu kräftigeren Zunahmen. Zum Rückgang der Jahreszahl der Unternehmensinsolvenzen haben unter den Wirtschaftszweigen der Handel (Groß- und Einzelhandel einschl. Instandsetzung und Reparatur von Kfz, Tankstellen), mit einer Abnahme um 69 auf 374 Insolvenzen (- 16 %), und das Baugewerbe, mit einem Rückgang um 55 auf 416 Insolvenzen (- 12 %), stärker beigetragen.

Von den 1835 Anträgen auf Einleitung eines Insolvenzverfahrens gegen hessische Unternehmen waren 728 oder 40 % erfolgreich und führten damit auch zu einer Verfahrenseröffnung. Im Vorjahr konnten die Insolvenzrichter nur bei 611 der 1864 Insolvenzbearbeitungen gegen Unternehmen, also bei knapp einem Drittel, auf Grund zur Deckung der Verfahrenskosten ausreichender Insolvenzmassen auf Verfahrenseröffnung entscheiden. Damit ist es nach In-Kraft-Treten der neuen Insolvenzordnung zum 1.1.1999 zu einer weiteren, deutlichen Steigerung der Eröffnungsquote gekommen. Im langjährigen Durchschnitt der Jahre vor 1999 hatte die Eröffnungsquote nur bei 25 % gelegen. Bei der Entwicklung der insolvenzstatistischen Daten der Jahre 1998 bis 2000 ist zu beachten, dass sich die neue Insolvenzordnung in der Statistik des Jahres 1999 noch nicht voll auswirken konnte, da von den im Jahr 1999 statistisch erfassten Insolvenzverfahren viele auf Konkursbeantragungen vor dem 1.1.1999 zurückgingen, die nach der alten Konkurs- und Vergleichsordnung abzuwickeln waren. Auch ist unklar, wie sich die Aussicht auf die Ablösung des Konkurs- und Vergleichsrechts auf die Insolvenzantragstellung in den Jahren 1998 und 1999 ausgewirkt hat.

In den im Jahr 2000 (1999) bei den Gerichten *gestellten* Insolvenzanträgen gegen Unternehmen standen Forderungen in Höhe von rund 2,1 Mrd. DM (2 Mrd. DM) zur Auseinandersetzung an. Das waren gut 110 Mill. DM (- 746 Mill. DM) oder 5,5 % mehr (- 28 % weniger) als im Vorjahr. In den *eröffneten* Unternehmensinsolvenzverfahren kamen Forderungen in Höhe von rund 1,4 Mrd. DM zur Auseinandersetzung. Das waren gut 85 Mill. DM oder rund 6 % mehr als im

Vorjahr. Die Forderungsverluste aus den nicht eröffneten Konkursverfahren addierten sich im Jahr 2000 (1999) auf 653 Mill. DM (630 Mill. DM) und lagen damit nur um 4 % höher als im Jahr 1999.

Heizöl und Kraftstoffe beschleunigen Auftrieb der Verbraucherpreise im Jahresvergleich

Die Heizöl- und Kraftstoffpreise haben auch im letzten Quartal 2000 die Jahreststeuerung der Verbraucherpreise nach oben getrieben. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen war im vierten Quartal 2000 — wie bereits im dritten Quartal — im Durchschnitt um 2,0 % höher als vor Jahresfrist. Ohne Berücksichtigung von Heizöl und Kraftstoffen wäre die Gesamtlebenshaltung nur um 1,1 % teurer als vor Jahresfrist gewesen. Heizöl hatte im letzten Vierteljahr um 49 % und Kraftstoffe hatten um gut 10 % höhere Preise als ein Jahr zuvor. Nahrungsmittel waren im vierten Quartal im Durchschnitt wieder um 0,5 % teurer als vor Jahresfrist, nachdem ihre Preise seit dem zweiten Quartal 1999 jeweils niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres gelegen hatten.

Innerhalb des Berichtszeitraumes ließ die im Jahresvergleich gemessene Teuerungsrate für den Gesamtindex leicht nach. Nachdem die Verbraucherpreise sowohl im Oktober als auch November um 2,1 % höher als ein Jahr zuvor gelegen hatten, waren es im Dezember nur noch 1,8 %.

Im kurzfristigen Vergleich kam es zu Preisrückgängen. Im Oktober waren die Verbraucherpreise um 0,3 % niedriger als im Vormonat. Bis November stiegen sie zwar wieder um 0,2 %, gingen dann aber bis Dezember nochmals um 0,1 % zurück. Auch hierbei haben die Heizöl- und Kraftstoffpreise eine besondere Rolle gespielt. Heizöl war im Oktober um 8,8 %, im November um 1,9 % und im Dezember nochmals um 9,4 % billiger als im jeweiligen Vormonat. Die Kraftstoffpreise sanken von September auf Oktober zunächst um 3,2 %, stiegen von Oktober auf November dann um 0,6 % und gingen von November auf Dezember wieder um 5,4 % zurück.

Zu Beginn des neuen Jahres zog die kurzfristige Teuerung an. Im Januar 2001 war der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen um 0,5 % höher als im Vormonat und um 1,9 % höher als ein Jahr zuvor. □

● Der kräftige Konjunkturaufschwung im Jahr 2000 hat Hessen ein **Wirtschaftswachstum** von 3,3 % beschert. Das ist die mit Abstand stärkste Wachstumsrate der letzten neun Jahre. Die entscheidenden Wachstumsimpulse für Hessens Wirtschaft gingen vom Dienstleistungssektor aus. Hier waren es vor allem das Kreditgewerbe, unternehmensnahe Dienstleistungen, Datenverarbeitung inklusive Datenbanken und die Nachrichtenübermittlung, die mit teilweise zweistelligen Wachstumsraten rund zwei Drittel des realen Wertschöpfungszuwachses von 12,2 Mrd. DM erwirtschafteten. Auch das Verarbeitende Gewerbe, dessen Wertschöpfung 1999 noch um 3 % geschrumpft war, fasste im Berichtsjahr wieder Tritt. Mit einer Wachstumsrate von 2,5 % — das entspricht einem Zuwachs von 1,4 Mrd. DM — blieb dieser Wirtschaftsbereich allerdings erneut weit hinter der Entwicklung im Dienstleistungsbereich zurück, da die durch die Euro-Abwertung stimulierte Auslandsnachfrage sehr selektiv nur bestimmten Branchen bzw. Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe zugute kam. Die vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder soeben erstellten, noch vorläufigen Ergebnisse weisen lediglich für Bayern und Baden-Württemberg eine günstigere Wirtschaftsentwicklung als für Hessen aus, insbesondere bedingt durch ein stärkeres Wachstum im dortigen Verarbeitenden Gewerbe, das im Vergleich zu Hessen strukturell ein stärkeres Gewicht besitzt.

● Die Bürgerinnen und Bürger in 27 hessischen Gemeinden sind anlässlich der **Kommunalwahl** am 18. März 2001 aufgefordert, außer ihrem Kommunalparlament auch ihr Gemeindeoberhaupt durch Direktwahl neu zu bestimmen. 16 kleinere Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern, zehn Städte mit 10 000 bis 50 000 Einwohnern und die Mainmetropole Frankfurt rufen zur Direktwahl des obersten Repräsentanten ihrer Kommune auf. Da im Landkreis Limburg-Weilburg auch der Landrat neu gewählt wird, können insgesamt 18 % der 4,6 Mill. Wahlberechtigten ihre Stimme zur Kommunalwahl und zur Direktwahl abgeben. In der kreisfreien Stadt Frankfurt am Main werden — außer den Ortsbeiräten — gleichzeitig die Stadtverordneten und der (die) Oberbürgermeister(in) neu gewählt. In kreisangehörigen Gemeinden finden bei zusammengelegter Kommunal- und Direktwahl drei Wahlen statt: Die Wahl des Gemeinde- und des Kreisparlaments sowie des Bürgermeisters, in den Städten und Gemeinden des Landkreises Limburg-Weilburg die des Landrats. Zu vier Wahlen sind am 18. März die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Runkel im Landkreis Limburg-Weilburg aufgefordert: Sie können am Wahlsonntag über Stadtverordnetenversammlung und Kreisparlament, Bürgermeister und Landrat votieren.

● In den 860 **ambulanten Pflegeeinrichtungen** waren im Dezember 1999 in Hessen 12 800 Personen beschäftigt, und zwar überwiegend Frauen (82 %). Knapp zwei Drittel der Beschäftigten arbeiteten in der Grundpflege. Weitere 20 % waren in der hauswirtschaftlichen Versorgung tätig. 12 % des Personals konnten der Leitung/Geschäftsführung oder Verwaltung der ambulanten Pflegeeinrichtungen zugeordnet werden, die restlichen 4 % waren in sonstigen Tätigkeitsbereichen eingesetzt. Fast drei Fünftel des gesamten Personals hatten eine abgeschlossene Ausbildung im Bereich der nichtärztlichen Heilberufe. Die weitaus größte Gruppe bildeten hier die Krankenschwestern und -pfleger (4300), gefolgt von den Altenpfleger/innen (2000). Weitere 7 % der Beschäftigten hatten einen Abschluss in einem sozialpädagogischen, sozialtherapeutischen oder pflegerischen Beruf. 3 % konnten einen Berufsabschluss in einem hauswirtschaftlichen Bereich nachweisen. 17 % des Personals in Pflegediensten hatten einen sonstigen Berufsabschluss, und 14 % verfügten über keinen Berufsabschluss oder waren noch in Ausbildung.

● In Hessen wurden 1998 rund 26,7 Mill. m³ **Wasser zu Bewässerungszwecken** in der Landwirtschaft eingesetzt, welches zu über 80 % aus Grund- und Quellwasser gewonnen wurde. Das ergab eine Befragung von knapp 400 landwirtschaftlichen Betrieben und von Verbänden, die Wasser für Bewässerungszwecke gewinnen. Insgesamt wurden auf rund 27 000 ha landwirtschaftliche Flächen durchschnittlich 850 m³ Wasser pro Hektar aufgebracht. Knapp zwei Drittel des gesamten Bewässerungswassers gelangten auf Anbauflächen im Ackerbau; ein weiteres Drittel diente der Bewässerung von gärtnerischen Kulturen und ein geringer Teil der von Dauerkulturen. Der Anteil der bewässerten Flächen an den gesamten Anbauflächen im Acker-, Garten- und Dauerkulturbau von 500 000 ha lag bei etwas mehr als 5 %. Das Bewässerungswasser kam fast ausschließlich im südhessischen Regierungsbezirk Darmstadt zum Einsatz, während im nord- und mittelhessischen Raum die Wassergewinnung zur Bewässerung landwirtschaftlicher Kulturen nur eine untergeordnete Rolle spielte.

● Im vergangenen Jahr meldete die hessische Polizei 540 bei **Straßenverkehrsunfällen** Getötete. Die Zahl der Getöteten hat sich damit um 4 % oder 23 Personen verringert. Der September war mit 61 getöteten Personen der unfallträchtigste Monat des Jahres 2000. Im Jahr 2000 wurden bei 27 000 Unfällen im Straßenverkehr Menschen verletzt, darunter 6800 so schwer, dass sie unverzüglich ins Krankenhaus eingeliefert werden mussten. 29 600 Menschen erlitten leichte Verletzungen. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich die Zahl der Schwerverletzten um knapp 4 %, die der Leichtverletzten um gut 2 %.

Hessische Kreiszahlen

*Ausgewählte
neue Daten für Landkreise
und kreisfreie Städte*

Ausgabe II 2000 · 45. Jahrgang



Printversion:

Umfang: 89 Seiten
Format: DIN A 4
Einband: kartoniert
Preis: 12,00 DM
(zuzügl. Versandkosten)

Diskettenversion:

Excel 97-Format
Preis: 12,00 DM
(zuzügl. Versandkosten)

Jahresabonnementspreise:

Jeweils abzüglich 15 % Rabatt,
zuzügl. Versandkosten



Mit dieser zweimal jährlich herausgegebenen Veröffentlichung ist reichhaltiges Material über jeden Landkreis und seine Struktur, für Kreisvergleiche nach verschiedenen Gesichtspunkten sowie für Untersuchungen über die innere Landesstruktur verfügbar.

Die „Hessischen Kreiszahlen“ bringen den Beziehern eine erhebliche Arbeits-, Zeit- und Kostenersparnis, weil sie regelmäßig neue Kreisdaten bieten, die sonst aus vielen fachstatistischen Veröffentlichungen zusammengestellt werden müssten. Einiges Kreismaterial wird speziell für die Veröffentlichungen aufbereitet. Jedes Heft enthält zusätzlich Daten für die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 oder mehr Einwohnern und für den Umlandverband Frankfurt. Ein Anhang enthält ausgewählte Daten im Zeitvergleich.

In der Ausgabe II/00 sind wieder aktuelle Daten für rund 750 Merkmale zusammengestellt, u. a. zu den Bereichen:

- Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung,
- Bildungswesen,
- Landwirtschaft,
- Verarbeitendes Gewerbe,
- Baugewerbe,
- Verkehr,
- Fremdenverkehr,
- öffentliche Sozialleistungen,
- öffentliche Finanzen
- Umwelt.

Der Anhang enthält ausgewählte Daten im Zeitvergleich zum Bereich Bildung und Kultur.

W-93

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611/3802-951 · Fax: 0611/3802-992
E-Mail: vertrieb@hsl.de · Internet: www.hsl.de

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		April	Mai	Juli	April	Mai	Juni	Juli
BEVÖLKERUNG										
* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1000	6 032,5	6 042,8	6 040,5	6 042,9	6 043,6	6 052,4
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	2 666	2 718	3 489	3 518	3 643	1 932
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,3	5,4	6,8	7,1	7,1	3,9
* Lebendgeborene ³⁾	"	5 047	4 916	5 129	4 950	5 236	4 156
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,0	9,8	10,0	10,0	10,2	8,4
* Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	"	5 082	5 088	4 723	4 797	4 608	4 552
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,1	10,1	9,2	9,7	9,0	9,2
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	24	22	24	25	21	20
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,8	4,5	4,7	5,1	4,0	4,8
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 34	- 172	406	153	628	- 396
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,1	- 0,4	0,8	0,3	1,2	- 0,8
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	13 316	14 164	12 316	14 128	15 364	11 678	13 649
* darunter aus dem Ausland	"	5 443	6 186	6 059	6 810	6 693	5 148	6 570
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 995	12 591	10 246	11 867	15 265	10 710	11 414
* darunter in das Ausland	"	6 000	9 114	4 445	5 264	7 235	4 437	5 092
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	320	1 574	2 070	2 261	99	968	2 435
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	"	18 531	19 091	16 847	18 506	20 325	15 529	18 504
		1999	2000	1999		2000				2001
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
ARBEITSMARKT										
* Arbeitslose am Monatsende ⁶⁾	Anzahl	239 257	214 875	225 151	229 534	238 900	196 354	195 173	200 261	211 728
* darunter Frauen	"	105 186	96 519	101 528	101 742	104 070	90 499	89 318	89 588	92 608
Männer	"	134 071	118 356	123 623	127 792	134 830	105 855	105 855	110 673	119 120
Ausländer	"	51 080	45 177	47 914	48 612	49 959	41 830	41 875	42 699	44 307
Jugendliche unter 20 Jahren	"	5 747	5 442	5 262	5 384	5 661	4 903	4 852	4 893	5 034
* Arbeitslosenquote ⁷⁾ insgesamt	%	9,4	8,1	8,8	9,0	9,3	7,3	7,3	7,5	7,9
* darunter der Frauen	"	9,1	8,0	8,7	8,8	9,0	7,3	7,2	7,3	7,5
Männer	"	9,6	8,3	8,8	9,1	9,6	7,3	7,3	7,7	8,2
Ausländer	"	17,2	14,8	16,2	16,4	16,9	13,6	13,6	13,9	14,4
Jugendlichen unter 20 Jahren	"	8,0	5,8	7,3	7,4	7,8	4,7	4,7	4,7	4,9
* Offene Stellen am Monatsende ⁸⁾	Anzahl	30 650	37 527	28 924	30 376	32 285	35 763	34 950	35 012	37 651
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁹⁾	"	6 396	5 156	6 113	4 355	5 711	4 783	4 518	4 523	6 118
		1998	1999	1998			1999			
		Durchschnitt ¹⁰⁾		Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
* Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am Arbeitsort insgesamt ¹¹⁾	1000	2 105,3	2 130,8	2 093,0	2 128,8	2 110,9	2 102,7	2 116,0	2 153,0	2 151,5
* darunter Frauen	"	903,7	916,6	896,9	911,4	906,7	906,1	908,0	924,0	928,3
Ausländer	"	226,6	227,8	225,8	229,6	226,0	225,0	227,0	231,1	227,9
* Teilzeitbeschäftigte	"	310,0	...	307,7	310,9	315,1	316,2
darunter Frauen	"	272,5	...	271,1	273,4	275,0	274,7
darunter ausgew. Wirtschaftsabschnitte ⁹⁾ :										
* Bergbau	"	9,2	8,8	8,6
* darunter Frauen	"	0,9	0,9	0,9
* Verarbeitendes Gewerbe	"	543,0	535,8	530,2
* darunter Frauen	"	142,6	139,9	138,2
* Energie- und Wasserversorgung	"	17,0	17,0	17,6
* darunter Frauen	"	3,0	2,9	3,2
* Baugewerbe	"	136,0	129,7	125,7
* darunter Frauen	"	16,0	15,8	15,4
* Handel- und Gastgewerbe	"	388,6	384,4	382,7
* darunter Frauen	"	188,0	186,1	185,4
* Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	"	144,2	144,1	144,5
* darunter Frauen	"	47,8	47,8	48,2
* Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	"	139,3	138,9	139,1
* darunter Frauen	"	68,7	68,4	68,4
* Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	"	249,2	250,9	253,6
* darunter Frauen	"	111,1	111,5	113,2
* Öffentliche Verwaltung u. ä.	"	130,7	130,3	129,1
* darunter Frauen	"	74,9	74,9	74,6
* Öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentl. Verwaltung)	"	356,6	358,0	357,9
* darunter Frauen	"	254,2	254,8	254,7

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Bevölkerungsfeststellung vom 25. Mai 1987 (Volkszählung). — 2) Nach dem Ereignisort. — 3) Nach der alleinigen oder der Hauptwohnung der Mutter. — 4) Nach der alleinigen oder Hauptwohnung des Verstorbenen. — 5) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 6) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 7) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 8) Einschl. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. — 9) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 10) Durchschnitt für die Monate März, Juni, September und Dezember. — 11) Ein Nachweis in wirtschaftsfachlicher Gliederung ist auf Grund von Strukturverschiebungen zur Zeit nicht möglich.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	1999			2000			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen ¹⁾ :										
Rinder	Anzahl	8 088	7 302	8 911	11 899	9 189	6 816	8 555	10 265	4 742
Kälber	"	341	350	437	434	756	312	417	446	394
Schweine	"	108 303	102 959	107 776	128 846	114 129	98 319	110 686	112 175	95 912
darunter hausgeschlachtet	"	9 044	7 765	9 053	16 419	12 995	4 083	7 757	14 379	10 694
Schlachtmengen ²⁾ :										
* Gesamtschlachtgewicht	Tonnen	11 653	11 148	11 766	13 571	12 331	11 126	11 476	12 017	9 487
darunter von										
* Rindern	"	2 207	2 032	2 390	2 806	2 483	2 078	2 392	2 541	1 171
* Kälbern	"	30	33	43	26	83	40	46	47	46
* Schweinen	"	9 099	8 686	9 057	10 368	9 330	8 593	8 684	9 039	7 855
Geflügel:										
* Erzeugte Konsumer ³⁾	1000 St.	30 668	31 856	28 945	28 186	29 147	31 784	33 607	32 911	33 737
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	87 211	84 688	83 719	80 315	84 985	79 276	80 420	77 177	82 484
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	82 275	80 642	78 869	75 621	80 149	75 821	76 850	73 721	78 721
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	16,4	15,8	15,5	15,3	15,7	15,0	14,8	14,6	15,1
VERARBEITENDES GEWERBE ⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	464,4	459,7	462,7	462,2	459,7	462,5	461,2	461,1	459,1
darunter Arbeiter (einschl. gewerbli. Azubi.)	"	275,0	271,0	273,5	273,0	270,8	272,9	272,4	272,3	270,5
* Geleistete Arbeitsstunden	"	35 589	35 005	36 107	37 807	32 811	35 560	35 670	37 620	30 543
* Brutto Lohnsumme	Mill. DM	1 285,7	1 292,8	1 259,0	1 618,5	1 283,4	1 240,0	1 288,1	1 634,2	1 283,4
* Bruttogehaltssumme	"	1 424,5	1 450,1	1 330,3	1 842,5	1 457,7	1 371,9	1 357,7	1 856,8	1 474,3
* Gesamtumsatz (ohne Mwst.)	"	12 763,0	13 401,7	13 486,4	14 084,4	13 429,3	14 529,6	14 030,8	14 644,7	13 840,8
* darunter Auslandsumsatz	"	4 278,5	4 957,7	4 463,9	4 696,1	4 335,5	5 381,7	5 260,5	5 559,1	5 085,9
Exportquote ⁵⁾	%	33,5	37,0	33,1	33,3	32,3	37,0	37,5	38,0	36,7
Index der Nettoproduktion insgesamt ⁶⁾										
Insgesamt	1991 = 100
darunter										
Vorleistungsgüterproduzenten	"
Investitionsgüterproduzenten	"
Gebrauchsgüterproduzenten	"
Verbrauchsgüterproduzenten	"
Index der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe ⁷⁾										
Insgesamt	1991 = 100
darunter										
Chemische Industrie	"
Maschinenbau	"
Fahrzeugbau	"
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik usw.	"
Volumenindex des Auftragseingangs ⁷⁾										
Insgesamt	1995 = 100 % ⁸⁾	- 6,8	7,0	- 1,1	7,3	1,9	6,5	6,9	1,9	5,8
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 1,9	6,2	1,4	12,0	2,1	1,0	5,1	- 0,9	1,9
Investitionsgüterproduzenten	"	- 14,3	8,7	- 3,0	- 0,7	3,2	10,0	8,5	8,0	10,0
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 8,8	11,3	- 3,2	9,5	- 10,7	12,7	13,8	- 2,1	- 6,1
Verbrauchsgüterproduzenten	"	- 1,2	4,6	- 5,0	13,7	4,6	25,7	10,4	0,6	18,9
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁸⁾	- 2,3	7,9	2,2	11,6	2,6	21,0	7,8	- 0,5	8,1
Maschinenbau	"	- 5,9	15,7	- 5,6	- 5,2	- 12,9	17,8	19,4	14,6	4,4
Kraftwagen und -teile	"	- 20,0	- 8,9	- 10,4	- 2,3	- 8,9	- 3,0	- 2,2	- 7,2	- 8,8
Herstellung von Metallserzeugnissen	"	- 1,4	5,4	- 1,8	5,7	9,4	1,8	4,2	6,6	- 5,7
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 278,0	...	2 913,6	3 013,9	2 949,5	1 771,0	1 817,0	1 781,4	...
* Stromverbrauch ⁹⁾	"	2 714,2	...	2 761,7	2 996,8	3 012,8	2 957,5	2 813,7	3 038,2	...

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hauschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) in Betrieben ab 3000 Hennenhaltungsplätzen. — 4) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 6) Kalendermonatlich. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahresmonat. — 9) Ohne Pumpstromverbrauch und ohne Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	1999			2000			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
BAUGEWERBE										
Bauhauptgewerbe ¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) darunter	1000	62,1	60,7	65,4	64,7	63,6	60,4	62,4	61,8	60,5
Facharbeiter ²⁾	*	32,6	32,0	33,8	33,5	33,6	31,9	33,1	32,5	31,8
Fachwerker und Werker	*	9,8	9,5	11,1	11,0	10,0	9,7	9,5	9,5	9,2
gewerblich Auszubildende	*	3,1	2,9	3,3	3,2	3,1	2,9	3,0	3,0	2,9
* Geleistete Arbeitsstunden darunter für den	*	5 923	5 756	6 888	6 575	5 059	6 212	6 405	6 503	4 627
Wohnungsbau	*	2 262	2 214	2 595	2 547	2 008	2 286	2 503	2 541	1 787
gewerblichen und Industriellen Bau	*	1 812	1 716	2 015	1 967	1 552	1 825	1 857	1 935	1 430
öffentlichen und Verkehrsbau	*	1 817	1 798	2 217	1 996	1 475	2 058	2 008	1 988	1 392
* Bruttohohnsumme ³⁾	Mill. DM	190,4	188,1	202,1	236,1	199,0	188,0	198,7	233,1	179,1
* Bruttogehaltssumme	*	80,9	78,2	78,8	98,3	80,2	73,7	75,8	96,8	77,1
Baugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	*	1 039,2	1 001,1	1 156,9	1 228,7	1 320,3	1 077,7	1 112,7	1 242,3	1 338,7
* Index des Auftragsleistung ⁴⁾ darunter	1995 = 100	86,6	85,1	98,9	59,5	90,5	110,6	85,5	76,0	76,3
Wohnungsbau	*	66,5	53,2	55,7	58,5	66,2	58,8	44,7	34,1	49,6
gewerblicher und Industrieller Bau	*	90,9	99,6	123,3	57,8	84,6	137,0	97,1	100,5	96,8
öffentlicher und Verkehrsbau	*	92,4	84,9	95,3	62,1	111,1	106,4	93,6	68,7	65,5
Ausbaugewerbe ⁵⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	25,2	24,6	.	.	24,9	24,8	.	.	24,5
* Geleistete Arbeitsstunden	*	7 316	7 148	.	.	7 516,0	7 309,0	.	.	7 198,0
Bruttohohn- und -gehaltssumme	Mill. DM	330,5	337,4	.	.	368,7	332,2	.	.	361,6
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	*	1 036,3	1 203,3	.	.	1 551,7	1 348,4	.	.	1 493,9
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neu- und Wiederaufbau) ⁶⁾ darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	1 048	913	1 096	1 010	827	856	799	859	615
	*	932	818	982	908	716	748	715	774	554
* Umbauter Raum der Wohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	1 151	1 021	1 252	988	934	962	1 008	951	697
* Wohnfläche in Wohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	213	188	232	188	180	181	187	174	130
* Veranschlagte reine Baukosten der Wohngebäude ⁷⁾	1000 DM	645 188	513 757	1 136 362	508 406	487 416	489 813	497 771	488 852	362 452
* Nichtwohngebäude (Neu- u. Wiederaufbau) ⁶⁾ Umbauter Raum der Nichtwohngebäude ⁶⁾	Anzahl	271	245	297	280	266	220	278	280	180
	1000 m ³	808	875	812	972	711	390	889	1 846	1 112
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	190	186	198	245	169	101	169	330	182
* Veranschlagte reine Baukosten der Nichtwohngebäude ⁷⁾	1000 DM	348 572	415 718	364 565	403 453	298 938	235 234	309 718	789 168	499 153
* Wohnungen insgesamt ⁸⁾	Anzahl	2 278	1 988	2 396	2 035	2 046	1 955	2 003	1 694	1 443
* Wohnräume insgesamt ⁸⁾	*	11 744	10 306	12 507	10 624	10 142	10 043	10 125	9 514	6 959
EINZELHANDEL UND GASTGEWERBE										
Einzelhandel										
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	1995 = 100	100,8	100,7	103,1	108,7	121,3	97,1	99,6	106,8	113,7
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal	*	102,8	103,8	105,3	111,0	124,0	101,3	103,4	110,7	117,7
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ¹⁰⁾	*	115,7	111,1	112,3	117,1	108,9	105,2	105,6	111,8	98,0
Kraftfahrzeugen ¹¹⁾ ; Tankstellen	*	101,7	101,5	100,6	110,1	132,3	94,5	97,3	108,0	128,3
Apotheken ¹²⁾	*	118,4	125,6	117,4	122,4	143,5	124,0	129,1	133,4	144,7
Bekleidung	*	86,4	86,7	102,3	98,1	115,9	89,5	94,5	96,9	117,4
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹³⁾	*	95,6	96,9	105,8	108,6	119,3	95,3	104,2	111,3	113,9
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹⁴⁾	*	97,7	111,2	105,1	101,4	96,7	111,5	112,1	110,4	107,5
* Beschäftigte im Einzelhandel (Index)	*	90,7	87,7	90,0	90,3	90,1	87,3	87,5	87,5	89,4
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	1995 = 100	90,8	91,9	98,2	86,9	92,6	104,2	99,5	91,5	92,8
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal	*	95,2	97,4	103,1	91,3	96,9	110,7	105,7	96,2	98,2
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	*	101,8	107,0	121,1	99,7	97,8	137,2	124,5	105,6	97,6
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbissstellen	*	90,4	90,0	92,1	85,9	99,0	92,2	92,4	85,6	98,0
Kantinen und Caterer	*	105,6	109,6	110,5	101,6	99,7	123,1	116,6	118,7	109,3
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	*	88,2	85,3	85,8	83,4	84,2	89,2	88,3	86,5	88,5

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Einschl. Entgelten für Poliere und Meister. — 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Bauintallation und sonstiges Baugewerbe. Ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März- 1. Vj., Juni- 2. Vj., usw.). Ergebnisse nach der neuen EU-Klassifikation liegen erst ab Januar 1996 vor. Vorjahresvergleiche sind nicht möglich. — 6) Ohne Gebäudetelle. — 7) Einschl. Gebäudetelle. — 8) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; alle Baumaßnahmen. — 9) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtete Ergebnisse. — 10) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 11) Sowie mit Kraftfahrzeugteilen und -zubehör. — 12) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. — 13) Sowie Hausrat. — 14) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	1999			2000			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
AUSSENHANDEL										
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt ¹⁾	Mill. DM	4 212,1	...	4 602,4	4 509,7	4 768,8	4 739,2	5 482,4	5 621,5	...
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	104,7	...	123,4	128,8	110,5	107,4	121,2	125,5	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 107,4	...	4 479,0	4 380,8	4 658,3	4 631,8	5 361,3	5 496,0	...
davon										
* Rohstoffe	"	36,6	...	37,4	35,8	42,7	36,9	41,5	46,3	...
* Halbwaren	"	322,2	...	430,0	256,3	337,3	417,6	469,9	429,0	...
* Fertigwaren	"	3 748,5	...	4 011,6	4 088,7	4 278,3	4 177,3	4 849,8	5 020,7	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	745,9	...	758,3	841,9	845,6	882,2	983,8	933,8	...
* Enderzeugnisse	"	3 002,7	...	3 253,2	3 246,8	3 432,7	3 295,1	3 866,0	4 086,9	...
Unter den Fertigwaren waren										
chemische Erzeugnisse	"	1 047,3	...	1 033,0	1 152,2	1 134,9	1 273,1	1 386,0	1 444,7	...
Maschinen	"	666,2	...	690,3	632,8	809,0	661,1	805,0	857,3	...
Fahrzeuge	"	587,4	...	632,4	705,3	615,1	578,6	584,8	688,3	...
elektrotechnische Erzeugnisse	"	472,3	...	562,5	525,2	578,0	558,1	693,5	660,1	...
Eisen- und Metallwaren	"	302,8	...	378,5	319,8	365,7	381,2	489,6	406,4	...
Ausfuhr nach ausgew. Verbrauchsländern:										
* EU-Länder ²⁾	"	2 300,1	...	2 426,0	2 558,4	2 467,8	2 480,1	2 831,3	2 853,2	...
darunter										
Vereinigtes Königreich	"	364,3	...	392,7	401,1	361,5	342,4	359,5	363,0	...
Frankreich	"	417,0	...	408,3	421,1	433,8	478,1	597,5	559,5	...
Italien	"	298,8	...	342,8	318,1	349,7	377,9	420,9	407,2	...
Niederlande	"	266,7	...	281,2	333,1	289,1	257,6	302,8	319,5	...
Belgien-Luxemburg	"	221,4	...	256,7	258,7	255,3	225,7	259,6	256,7	...
Österreich	"	236,4	...	235,7	238,4	229,4	227,1	283,2	261,9	...
EFTA-Länder ³⁾	"	234,9	...	269,7	229,3	258,6	278,0	361,3	328,7	...
darunter										
Schweiz	"	199,1	...	229,5	196,0	215,0	244,6	321,7	288,2	...
Norwegen	"	32,5	...	37,1	29,3	38,0	27,8	36,1	34,3	...
USA	"	429,1	...	533,2	449,4	527,1	506,3	523,6	612,0	...
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt ¹⁾	"	7 173,5	...	7 188,3	7 225,9	7 690,2	8 528,1	9 094,3	10 170,7	...
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	322,2	...	345,7	330,5	407,9	321,8	384,6	326,0	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	6 851,3	...	6 842,6	6 895,4	7 282,3	8 206,3	8 709,7	9 844,7	...
davon										
* Rohstoffe	"	77,0	...	65,0	81,6	84,7	118,6	105,6	138,2	...
* Halbwaren	"	699,3	...	577,6	543,1	525,1	1 049,7	965,1	1 062,3	...
* Fertigwaren	"	6 074,9	...	6 199,9	6 270,7	6 672,5	7 038,0	7 638,9	8 644,2	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	669,5	...	669,1	807,7	623,6	870,4	1 052,5	920,7	...
* Enderzeugnisse	"	5 405,5	...	5 530,9	5 463,0	6 048,8	6 167,5	6 586,4	7 723,6	...
* Einfuhr aus EU-Ländern ²⁾	"	3 372,3	...	3 521,2	3 575,2	3 369,4	3 747,0	3 880,5	5 005,3	...
FREMDENVERKEHR ⁴⁾										
* Gästeankünfte	1000	763	816	915	769	578	1 047	919	803	596
* darunter von Auslands Gästen	"	191	211	219	161	121	280	231	169	138
* Gästeübernachtungen	"	2 000	2 138	2 346	1 835	1 495	2 662	2 381	1 953	1 581
darunter von Auslands Gästen	"	370	409	425	301	235	527	457	322	266
Gästeübernachtungen nach Berichts-										
gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	600	644	688	553	467	771	702	586	504
Luftkurorte	"	133	131	145	93	92	170	142	97	96
Erholungsorte	"	94	98	120	49	60	125	108	52	69
Sonstige Gemeinden	"	1 173	1 265	1 393	1 139	875	1 597	1 430	1 218	912
darunter Großstädte	"	526	575	617	560	425	690	642	594	436
VERKEHR										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 301	...	1 445	1 448	1 331	1 408	1 501	1 383	...
davon										
* Güterversand	"	205	...	234	260	215	232	264	254	...
* Gütereingang	"	1 096	...	1 211	1 189	1 116	1 176	1 237	1 130	...

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 1999 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien-Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Mitgliedsländer nach dem Stand vom Januar 1997 (Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz). —

4) Alle Beherbergungstätigkeiten mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2000	1999			2000				
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Noch: VERKEHR											
Straßenverkehr											
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾ darunter	Anzahl	34 124	...	29 212	29 357	28 822	28 645	27 029	27 212	...	
Personenkraftwagen (einschl. Kombi)	"	29 759	...	26 140	25 583	25 262	25 206	23 703	24 225	...	
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 877	...	1 923	2 330	1 866	2 083	1 852	2 000	...	
Krafträder (einschl. Kraftroller)	"	2 073	...	707	951	1 132	933	976	571	...	
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	297	...	273	329	404	261	303	252	...	
Straßenverkehrsunfälle											
* Unfälle mit Personenschaden	"	2 310	2 252	2 373	2 223	2 182	2 416	2 353	2 349	2 186	
* Getötete Personen ²⁾	"	47	45	47	40	52	61	51	45	60	
* Verletzte Personen	"	3 111	3 031	3 227	2 993	2 961	3 209	3 186	3 192	2 941	
Personenverkehr der Straßenverkehrs- unternehmen ³⁾											
Beförderte Personen	1000	37 353	119 614	109 439	
davon im Linienverkehr ⁴⁾	"	36 883	118 230	107 559	
Gelegenheitsverkehr	"	469	1 384	1 880	
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	23 547	69 638	82 705	
davon im Linienverkehr ⁴⁾	"	18 640	56 452	62 206	
Gelegenheitsverkehr	"	4 908	13 186	20 499	
Einnahmen	1000 DM	75 526	235 020	255 953	
davon aus Linienverkehr ⁴⁾	"	61 015	197 593	189 758	
Gelegenheitsverkehr	"	14 511	37 427	66 195	
GELD UND KREDIT											
Banken ⁵⁾											
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁶⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Milli. DM	920 746	319 593	.	.	920 746	966 446	.	.	981 465	
darunter Kredite an inländische Nichtbanken ⁶⁾	"	764 951	260 199	.	.	764 951	783 457	.	.	784 749	
davon kurzfristige Kredite	"	120 360	43 486	.	.	120 360	130 526	.	.	126 208	
Kredite über 1 Jahr ⁷⁾	"	644 591	216 713	.	.	644 591	652 930	.	.	658 542	
Einlagen und aufgenommene Gelder ⁸⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)											
	Milli. DM	685 448	246 770	.	.	685 448	745 680	.	.	758 796	
Zahlungsschwierigkeiten											
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	201	235	170	227	239	281	275	226	224	
davon von Unternehmen, einschl. Kleingewerbe ⁹⁾	"	155	153	134	161	176	173	144	127	140	
* von privaten Personen und Nachlässe ⁹⁾	"	45	82	36	66	63	108	131	99	84	
* Beantragte Insolvenzen ¹⁰⁾	"	201	235	170	227	239	281	275	226	224	
* darunter mangels Masse abgelehnt	"	133	123	104	110	136	148	139	97	113	
PREISE											
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt	1995 = 100	105,0	107,0	105,3	105,5	105,7	107,8	107,5	107,7	107,6	
darunter Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	102,1	101,4	100,5	100,5	100,7	100,5	100,5	101,0	101,4	
Bekleidung, Schuhe	"	103,4	104,0	103,7	103,8	103,9	103,8	103,9	103,9	104,2	
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹¹⁾	"	107,4	110,7	108,2	108,5	108,0	112,5	112,5	112,7	112,5	
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹²⁾	"	102,2	102,1	102,2	102,2	102,1	102,0	102,2	102,1	102,1	
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	107,9	113,9	110,2	110,1	111,2	116,2	115,1	115,2	113,6	
Nachrichtenübermittlung	"	88,0	84,3	87,2	87,2	87,2	83,7	83,7	83,7	83,6	
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	103,4	104,9	102,4	103,7	104,2	105,1	103,6	104,7	105,4	
Beherbergungs- und Gaststätten- dienstleistungen	"	103,0	103,7	103,2	103,3	102,7	103,7	103,8	102,6	103,1	
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	104,9	106,6	105,3	105,3	105,4	107,1	107,0	107,1	107,0	
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹³⁾	1995 = 100	100,2 ¹⁴⁾	100,2 ¹⁴⁾	.	100,3	.	.	.	101,7	.	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen Gestorbenen. — 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 4) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 5) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Post giro- und Postsparkassenämter. — 6) Einschl. durchlaufender Kredite. — 7) Ohne durchlaufende Kredite. — 8) Bis einschl. 1998 ohne Kleingewerbe. — 9) Bis einschl. 1998 „von übrigen Gemeinschuldern“. — 10) Bis einschl. 1998 „Beantragte Konkurse“. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	1999			2000				
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
STEUERN											
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Mill. DM	6 486,1	6 949,5	4 660,1	4 964,7	10 401,3	7 753,5	5 499,6	5 202,4	11 276,8	
davon											
Gemeinschaftsteuern	*	5 707,7	6 120,7	3 973,6	4 404,6	9 233,2	7 047,0	4 723,9	4 560,1	10 018,5	
davon											
Lohnsteuer ²⁾	*	2 710,1	2 908,6	2 376,8	2 379,4	4 825,9	2 647,9	2 554,0	2 560,4	4 734,0	
veranlagte Einkommensteuer	*	116,0	149,7	- 196,3	- 171,0	934,0	838,2	- 139,7	- 213,2	1 015,5	
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	*	344,9	445,6	129,1	72,9	182,9	166,3	113,1	86,6	161,8	
Zinsabschlag ²⁾	*	360,5	439,9	249,1	313,9	464,6	313,6	382,9	454,6	529,5	
Körperschaftsteuer ²⁾	*	425,9	461,0	- 92,1	- 119,0	860,6	1 634,5	23,6	- 167,0	1 803,9	
Umsatzsteuer	*	1 496,9	1 402,0	1 236,7	1 652,0	1 675,7	1 139,9	1 445,9	1 447,2	1 372,9	
Einfuhrumsatzsteuer	*	253,5	314,1	270,4	276,4	289,5	306,5	344,2	391,4	400,5	
Bundessteuern	*	458,0	488,0	269,8	308,3	722,1	459,9	344,6	366,3	826,5	
darunter											
Mineralölsteuer	*	91,0	61,7	64,5	68,2	149,9	62,5	72,0	61,9	129,1	
Versicherungsteuer	*	112,0	112,2	51,2	84,5	50,7	74,9	54,4	74,7	42,0	
Zölle ³⁾	*	28,3	25,8	30,8	29,0	30,5	24,5	26,5	28,1	29,5	
Landesteuern	*	242,3	255,3	214,6	221,0	244,7	222,2	230,6	234,0	220,7	
darunter											
Vermögenssteuer	*	11,1	11,1	18,0	6,7	10,3	5,1	8,0	7,2	9,9	
Erbschaftsteuer	*	36,3	42,5	31,0	42,1	41,5	30,8	36,6	28,0	42,6	
Grunderwerbsteuer	*	77,3	84,4	61,5	75,5	90,6	81,1	80,2	88,2	77,1	
Kraftfahrzeugsteuer	*	86,5	86,7	75,6	71,8	72,2	77,1	77,6	77,5	70,2	
Gewerbesteuerumlage	*	49,8	59,7	171,3	1,7	170,8	0,0	174,1	13,9	181,6	
		1998	1999	1999				2000			
		Durchschnitt ⁴⁾		März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	2 801,9	3 039,8	1 776,3	2 727,5	3 158,1	4 497,1	2 059,0	3 148,3	3 371,6	
davon											
Grundsteuer A	*	8,5	8,4	8,2	8,4	10,1	6,9	8,4	8,6	10,0	
Grundsteuer B	*	288,3	293,7	261,0	336,8	334,3	242,7	280,0	335,7	321,9	
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	*	1 366,2	1 497,0	1 205,7	1 208,6	1 642,3	1 931,4	1 315,7	1 494,8	1 734,3	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	*	1 011,5	1 064,7	259,6	1 037,5	1 039,1	1 922,6	385,6	1 132,3	1 135,4	
andere Steuern ⁵⁾	*	35,2	36,8	37,3	40,5	37,4	32,1	36,4	37,9	33,8	
		1999	2000	1999				2000			
		Durchschnitt ⁶⁾		April	Juli	Okt.	Januar	April	Juli	Okt.	
LÖHNE UND GEHÄLTER											
Arbeiterverdienste											
Im Produzierenden Gewerbe ⁷⁾											
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	DM	4 617	4 730	4 579	4 637	4 681	4 603	4 710	4 781	4 755	
* Männliche Arbeiter	*	4 781	4 892	4 741	4 800	4 846	4 754	4 870	4 946	4 920	
darunter Facharbeiter	*	5 085	5 195	5 058	5 105	5 145	5 046	5 165	5 261	5 225	
* Weibliche Arbeiter	*	3 516	3 632	3 485	3 525	3 559	3 573	3 606	3 663	3 648	
darunter HilfsarbeiterInnen	*	3 229	3 392	3 194	3 238	3 271	3 341	3 370	3 429	3 397	
* Bruttostundenverdienst insgesamt	*	28,20	28,83	28,05	28,25	28,39	28,63	28,74	28,96	28,88	
* Männliche Arbeiter	*	29,10	29,75	28,96	29,14	29,27	29,56	29,65	29,88	29,80	
darunter Facharbeiter	*	31,27	31,99	31,13	31,27	31,47	31,81	31,87	32,18	31,98	
* Weibliche Arbeiter	*	21,99	22,48	21,82	22,04	22,21	22,28	22,36	22,60	22,53	
darunter HilfsarbeiterInnen	*	19,98	20,77	19,80	20,02	20,17	20,62	20,69	20,91	20,77	
Angestelltenverdienste											
(Bruttomonatsverdienste)											
* Im Produzierenden Gewerbe	*	6 715	6 845	6 705	6 738	6 763	6 755	6 800	6 859	6 900	
* kaufmännische Angestellte	*	6 329	6 504	6 312	6 343	6 383	6 407	6 472	6 512	6 560	
* männliche Angestellte	*	7 222	7 428	7 217	7 227	7 281	7 336	7 392	7 434	7 486	
* weibliche Angestellte	*	5 252	5 355	5 228	5 280	5 291	5 262	5 318	5 370	5 404	
* technische Angestellte	*	7 052	7 151	7 047	7 086	7 095	7 064	7 094	7 173	7 205	
* männliche Angestellte	*	7 204	7 304	7 202	7 240	7 242	7 206	7 242	7 331	7 364	
* weibliche Angestellte	*	5 590	5 753	5 560	5 606	5 655	5 729	5 706	5 751	5 795	
* In Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe ⁸⁾											
insgesamt	*	5 588	5 742	5 606	5 601	5 616	5 628	5 731	5 732	5 805	
* kaufmännische Angestellte	*	5 613	5 770	5 634	5 627	5 634	5 657	5 766	5 760	5 829	
* männliche Angestellte	*	6 254	6 422	6 293	6 262	6 280	6 332	6 424	6 393	6 482	
* weibliche Angestellte	*	4 808	4 931	4 817	4 825	4 820	4 811	4 919	4 937	4 985	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitt. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Neuer Berichtskreis im Bereich des Produzierenden Gewerbes. — 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.



CD-ROM: Format: PDF, sowie
Tabellen zusätzlich
in Excel 97
Preis: 49,00 DM
(zuzügl. Versandkosten)

Hochschulstatistische Kennzahlen

Teil A: Monetäre Kennzahlen 1997/98

Diese von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder gemeinsam erstellte Publikation enthält erste Ergebnisse der Berechnung monetärer Kennzahlen. Die ermittelten Kennzahlen der Hochschulfinanzstatistik sind auf der Basis von Daten einzelner Hochschulen berechnet. Dabei wurde versucht, die Kompatibilität zwischen Hochschul- und Finanzstatistik herzustellen. Diese Publikation enthält Daten auf Länder-ebene und auf der Ebene der einzelnen Hochschulen.

Es sind folgende monetäre Kennzahlen enthalten:

◆ Kennzahlen auf der Basis der Haushaltsansatz- und Jahresrechnungsstatistik

Ausgaben (Grundmittel) für Lehre und Forschung an Hochschulen je Einwohner, je Studierenden, in Bezug zum Bruttoinlandsprodukt, in Bezug zum Gesamtetat.

Ausgaben (Grundmittel) für Forschung und Entwicklung an Hochschulen je Einwohner, in Bezug zum Bruttoinlandsprodukt, in Bezug zum Gesamtetat.

◆ Kennzahlen auf der Basis der Hochschulfinanzstatistik

Laufende Ausgaben (laufende Grundmittel) für Lehre und Forschung an Hochschulen je Studierenden, je Absolvent, je Professorenstelle. Drittmittel und Verwaltungseinnahmen je Professorenstelle.

Zusätzlich zu diesen Kennzahlen enthält die CD-ROM auch die Ergebnisse der Berechnungen zu den Ausgaben und dem Personal der Hochschulen für Forschung und Entwicklung.

Teil B: Nichtmonetäre Kennzahlen ist in Vorbereitung

W-7



Zu beziehen vom

Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611/3802-951

Fax: 0611/3802-992

E-Mail: vertrieb@hsl.de

Internet: www.hsl.de

Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz im Büro

Vorschriftentexte mit Umsetzungshilfen, Checklisten, Schulungsunterlagen mit Folien. Von P. Hartung, Grundwerk (Loseblattsammlung) in 2 Plastikordnern, Stand Juli 1999, einschl. CD-ROM mit Bildschirmarbeitsplatzanalyse, ca. 950 Seiten plus 40 Folien, 398,00 DM, WEKA-Fachverlag, Augsburg, 1999.

Der Arbeitsschutz in der Industrie hat eine lange Tradition. Aber erst in den letzten Jahren hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass auch die Tätigkeit an einem Schreibtisch im Büro die Gesundheit belasten kann und deshalb bewusst gestaltet werden muss. Daher sind Arbeitgeber immer stärker daran interessiert, krankheitsbedingte Ausfälle durch eine entsprechende Prävention zu reduzieren. Zudem schreibt der Gesetzgeber eine Gefährdungsanalyse aller Bildschirmarbeitsplätze vor. Durch diese Entwicklung werden die Sicherheitsfachleute in den Betrieben vor neue Aufgaben gestellt. Es müssen Schulungen durchgeführt werden, gesundheitsgefährdende Mängel analysiert, dokumentiert und behoben werden. Hierzu bietet das Handbuch den technischen Führungskräften praxisorientierte Unterstützung. Das Werk hält den Anwender zudem durch regelmäßige Aktualisierungs- und Ergänzungslieferungen immer auf dem neuesten Stand, sodass die jeweils aktuellen Erkenntnisse im präventiven Gesundheitsschutz präsentiert werden. Das Nachschlagewerk basiert auf den objektiven Erkenntnissen eines staatlichen Forschungsprojektes, das die AOK Magdeburg und die Gesellschaft für Arbeitsschutz und Humanisierungsforschung Dortmund (GfAH) zur Ergonomie durchgeführt haben. Der 1. Ordner ist in 11 Teile unterteilt; u. a. folgende Themen sind zu finden: „Was muss bei der Arbeitsplatzanalyse beachtet werden?“, „Welche Anforderungen an die Ausstattung von Bildschirmarbeitsplätzen sind zu erfüllen?“, „Wie werden Arbeitsplätze und Arbeitsmittel angeordnet?“ sowie „Wie geht man bei der Umsetzung erfolgreich vor?“. Der letzte Teil enthält detaillierte Checklisten für die Arbeitsanalyse im Büro und im Bürogebäude. Alles ist praxisnah und mit vielen Abbildungen anschaulich dargestellt. Der 2. Ordner (3 Teile) enthält u. a. Folien und Schulungsunterlagen für die Unterweisung von Mitarbeitern und die dem Gesundheitsschutz an Bildschirmarbeitsplätzen zu Grunde liegenden Gesetze, Verordnungen und Richtlinien. Daneben sind noch ausführliche Hinweise zum präventiven Gesundheitsschutz bei der Arbeit an Bildschirmgeräten (richtiges Sitzen und Bewegen, gesundheitsförderndes Sehen, stressarmes Arbeiten, unfallsicheres Arbeiten, Stärken und Schwächen verschiedener Bürotypen) sowie konkrete Anleitungen zu gymnastischen Übungen enthalten. 6908

Kommunalverfassungsrecht Hessen

Kommentare. Von G. Bennemann, R. Beinlich u. a., 2. Nachlieferung, Stand Februar 2000, 348 Seiten, 83,60 DM, Gesamtwerk in 1 Plastikordner: 1654 Seiten, 208,00 DM, Kommunal- und Schul-Verlag, Wiesbaden, 2000.

Die grundlegende Änderung der Mehrheitsverhältnisse im Landtag durch die Landtagswahl vom 7.2.1999 hat innerhalb eines knappen Jahres zu einer weiteren Novellierung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) geführt. Der Verlag und die Autoren sind bemüht, die Veränderungen kurzfristig in den Kommentierungen zu berücksichtigen. Innerhalb der kurzen Bearbeitungszeit sind die meisten der bereits vorliegenden Erläuterungen im erforderlichen Umfang überarbeitet worden. Schon vom Umfang her war dies bei den §§ 63 und 74 HGO nicht möglich, denn dort sind die Veränderungen am umfangreichsten. Deshalb ist der neue Gesetzestext der alten Kommentierung vorangestellt worden; eine Überarbeitung der Kommentierung wird mit der nächsten Lieferung erfolgen. Mit der neuen Lieferung erhält der Leser außer

der Dokumentation der Arbeit des Gesetzgebers noch die neue — für die Praxis besonders bedeutsame — Kommentierung des § 25 HGO, einer der umfangreichsten und in der Anwendung schwierigsten Vorschriften, deren Missachtung für die Gemeinde erhebliche Konsequenzen haben kann. Erläutert sind jetzt auch die Ausschussarbeit und die Wahl der Beigeordneten. Es ist vorgesehen, die wahlrechtlichen Vorschriften möglichst bald zu komplettieren, denn auch für diese gilt, dass sie immer wieder Gegenstand von Verwaltungsstreitverfahren sind und für die Mitarbeiter der Verwaltung eine hilfreiche Erläuterung daher wichtig ist. Die Erstkommentierung der §§ 22 bis 25 der Hessischen Landkreisordnung (HKO) gibt einen Überblick über die Regelungen zum aktiven und passiven Wahlrecht sowie zu der Zahl der Kreistagsabgeordneten. Darüber hinaus wurden die Änderungen des Hessischen Kommunalwahlgesetzes (KWG) vom 23.12.1999 berücksichtigt. Das Gesamtwerk enthält die Texte und Kommentare der HGO, HKO sowie des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG). Ferner sind die Texte des Gesetzes über den Umlandverband Frankfurt und des KWG (Kommentare sind in Vorbereitung) enthalten. 6984

Beamtenrecht in der Praxis

Von Prof. Dr. H. Schnellenbach, Heft 40 der NJW-Schriftenreihe, 4., neu bearbeitete Auflage, XXXV, 426 Seiten, kartoniert, 78,00 DM, Verlag C. H. Beck, München, 1998.

Der vorliegende Band behandelt alle Gebiete des Beamtenrechts, die für Beamte und ihre Anwälte, für Verwaltungen und für Verwaltungsgerichte bedeutsam sind. Zahlreiche Beispiele aus Rechtsprechung und Literatur erläutern typische Fälle umfassend und zeigen Lösungswege, die sofort in die Praxis umsetzbar sind. Die Neuaufgabe bringt Neuregelungen des Dienstrechtsreformgesetzes und erläutert die Folgen für die Beamten, wie z. B. höhere Mobilität und Flexibilität, Optimierung von Personalauswahl und Personaleinsatz. Ein Schwerpunkt ist auch die Beförderungskonkurrenz zwischen Beamten. Dazu kommen zwei ganz neue Kapitel zur Schadensersatzhaftung des Beamten sowie zu Leistungsstufen, Leistungsprämien und Leistungszulagen. Rechtsprechung und Literatur sind auf den neuesten Stand gebracht. Der Band ist besonders geeignet als Nachschlagewerk für alle Beamten und ihre Anwälte, für Verbände, Personalräte und Gewerkschaften, für Behörden und Gerichte. 6998

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Berufsbildung im öffentlichen Dienst

Ergänzende Textsammlung des Berufsbildungsrechts des Bundes, der Länder, der Gemeinden und sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Herausgegeben von Dr. F. Bieler, B. Bieler u. a., Loseblattaussgabe, Gesamtwerk (einschl. Lieferung 2/00 vom April 2000, 5752 Seiten, in 3 Spezialordnern) 248,00 DM; Erich-Schmidt-Verlag, Berlin, 2000. 4894/33

Disziplinarrecht des Bundes und der Länder

Erläutert auf der Grundlage des Bundesbeamtengesetzes und der Bundesdisziplinarordnung unter Einbeziehung des entsprechenden Rechts der Länder. Ergänztbarer Kommentar. Von Prof. Dr. H.D. Weiß, Band II der Reihe „Gesamtkommentar Öffentliches Dienstrecht (GKÖD)“, Loseblattaussgabe, Gesamtwerk (einschl. Lieferung 2/00 vom April 2000, 6876 Seiten, in 5 Spezialordnern) 348,00 DM, zuzügl. je 11,80 DM für Spezialordner; Erich-Schmidt-Verlag, Berlin, 2000. 5222/29

Buchführung und Bilanzierung von A – Z

Buchungsfälle und Bilanzierungstipps für Betriebe. Loseblattaussgabe, Gesamtwerk (einschl. Heft 2/2000 vom April 2000, rd. 1200 Seiten, in Plastikordner) 68,00 DM, Erscheinungsfolge der Ergänzungslieferungen: jährlich 4 bis 6 Lieferungen; Rudolf-Haufe-Verlag, Freiburg, 2000. 6135/23

BUCHBESPRECHUNGEN

Der Webmaster

Praktische Realisierung der Internetpräsenz. Von E. Heindl u. K. Maier, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, aus der Reihe „Die Integrata Qualifizierung“, 319 Seiten, kartoniert, 69,90 DM, Addison-Wesley Verlag, München, 2000.

Der Webmaster ist die für alle Fragen des Internetauftritts zuständige Person: Er muss nicht nur etwas über den technischen Hintergrund des Internets wissen, sondern er kennt das Medium Internet so gut, dass er die erfolgreiche Realisierung des Webauftritts gestalten und den Webauftritt weiterentwickeln kann. Dazu wollen die Autoren Einstiege, aber auch erfahrenen Internetnutzern einen Leitfaden anbieten. Zunächst werden die grundlegenden technischen Details dargestellt, die für den Einsteiger zum besseren Verständnis erforderlich sind. Dieses erste, eher theoretisch gehaltene Kapitel sollte jedoch nicht über die eigentliche Zielsetzung des Buches hinwegtäuschen: Die folgenden Kapitel sind als praktische Anleitung anzusehen, die den Weg zur Internetpräsentation Schritt für Schritt aufzeigen. Der erste Schritt besteht in der Anbindung an das Internet; es muss also ein zuverlässiger Provider gefunden werden. Dafür werden im vorliegenden Buch die wichtigsten Auswahlkriterien vorgestellt. Dann kann man sich mit dem Aufbau der Internetdomain (Domainvergabe, Webserver, Standort des Servers ...) befassen. Der Schwerpunkt des Buches liegt aber bei der inhaltlichen Gestaltung und Organisation des Internetauftritts: Mehrere Kapitel sind diesem Themenbereich vorbehalten. Praktische Beispiele vermitteln hier rasch die grundlegenden Kenntnisse und viele erläuternde Grafiken veranschaulichen die zum Teil recht komplexen Zusammenhänge. Da sich ein erfolgreicher Internetauftritt weiterentwickeln muss, werden die dazu notwendigen Technologien der Internetprogrammierung und Datenbankverbindung sowie angesprochen, dass die richtigen Entscheidungen bei der Wahl von Software und Entwicklungswerkzeug getroffen werden können. In der zweiten Auflage ist ein neues Kapitel zu den immer wichtiger werdenden Shopssystemen hinzugekommen. Auch das damit verbundene Kapitel „Marketing“ wurde erweitert. Ausgebaut wurde auch der Themenbereich „Suchmaschinen“. Die neuen Techniken XML, WML, CSS, aber auch neue Technologien zum Internetzugang werden ebenfalls berücksichtigt. Ein neuer Abschnitt widmet sich dem Intranet und dem Firewall.

6985

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM JANUAR 2001

(K – mit Kreisergebnissen, G – mit Gemeindeergebnissen
 □ – auf Diskette lieferbar, ● – auf CD-ROM lieferbar)

Statistische Berichte

Bevölkerungsvorgänge in Hessen im Jahr 1999; (A I 1 mit A I 3, A I 4, A II 1, A II 2, A III 1 und A III 2 - j/99); (K)	16,00 DM
□, Excel	16,00 DM
Gestorbene in Hessen nach Todesursachen, Altersgruppen und Geschlecht; (A IV 3 - j/99); (K)	12,00 DM
□, Excel	12,00 DM
Die Volkshochschulen in Hessen 1999; (B IV 1 - j/99); (K)	6,00 DM
□, Excel	6,00 DM
Die allgemein bildenden Schulen in Hessen 2000 (Vorbericht); (B I 1 - j/00); (K)	6,00 DM
□, Excel	6,00 DM
Die beruflichen Schulen in Hessen 2000 (Vorbericht); (B II 1 - j/00); (K)	6,00 DM
□, Excel	6,00 DM
Der Strafvollzug in Hessen im Jahr 2000; Teil 1: Strafgefangene und Sicherungsverwahrte in den Justizvollzugsanstalten; (B VI 6 - j/00 - Teil 1)	8,00 DM
□, Excel	8,00 DM

Die Ernte von Rößen, Ölfrüchten, Hülsenfrüchten und Körnermais in Hessen 2000; (C II 1 - j/00)	5,00 DM
Die Schlachtungen in Hessen im November 2000; (C III 2 - m 11/00)	5,00 DM
Obsternte im Verkaufsanbau in Hessen 2000; (C II 3 - j/00)	5,00 DM
Gemüseernte im Verkaufsanbau in Hessen 2000; (C II 2 - j/00)	5,00 DM
Gewerbeanzeigen in Hessen im 3. Vierteljahr 2000; (D I 2 - vj 3/00); (K)	6,00 DM
□, Excel	6,00 DM
Jahreserhebung im Ausbaugewerbe in Hessen vom Juni 2000 (Bauinstallation und Sonstiges Baugewerbe); (E III 2 - j/00); (K)	6,00 DM
□, Excel	6,00 DM
Das Ausbaugewerbe in Hessen im 3. Vierteljahr 2000 (Bauinstallation und Sonstiges Baugewerbe); (E III 1 - vj 3/00); (K)	6,00 DM
□, Excel	6,00 DM
Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im November 2000; (E I 3 - m 11/00)	8,00 DM
Elektrizitäts- und Gasversorgung in Hessen im September 2000; (E IV 2 mit E IV 3 - m 9/00)	5,00 DM
Das Bauhauptgewerbe in Hessen im November 2000 (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau); (E II 1 - m 11/00); (K)	6,00 DM
□, Excel	6,00 DM
Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im November 2000; (E I 1 - m 11/00); (K)	8,00 DM
Baugenehmigungen in Hessen im November 2000; (F I 1 - m 11/00)	5,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel in Hessen im Oktober 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 10/00)	6,00 DM
Die Ausfuhr Hessens im September 2000 (Vorläufige Zahlen); (G III 1 - m 9/00)	6,00 DM
Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Sept. 2000 (Vorläufige Zahlen); (G III 3 - m 9/00)	6,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im Oktober 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 10/00)	6,00 DM
Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr in Hessen im Oktober 2000 u. i. Sommerhalbjahr 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 10/00); (G)	10,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel in Hessen im November 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 11/00)	6,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel in Hessen im Oktober 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 10/00)	5,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im November 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 11/00)	6,00 DM
Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Oktober 2000; (H I 1 - m 10/00); (K)	6,00 DM
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im November 2000; (H I 1 - m 11/00); (K)	5,00 DM
Binnenschifffahrt in Hessen im Oktober 2000; (H II 1 - m 10/00); (H)	6,00 DM
Das Aufkommen an staatlichen Steuern in Hessen im August 2000; (L I 1 - m 8/00)	5,00 DM
Das Aufkommen an staatlichen Steuern in Hessen im September 2000; (L I 1 - m 9/00)	5,00 DM
Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern in Hessen im 3. Vierteljahr 2000 (Kassenmäßiges Aufkommen); (L I 1 und L II/S - vj 3/00)	5,00 DM
Messzahlen für Verbraucherpreise und Preisindizes der Lebenshaltung in Hessen im Dezember 2000 und für die Jahre 1997 bis 2000; (M I 2 - m 12/00)	10,00 DM
Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke in Hessen im November 2000 und im Jahr 2000; (M I 4 - vj 4/00)	6,00 DM
Messzahlen für Verbraucherpreise und Preisindizes der Lebenshaltung in Hessen im Januar 2001; (M I 2 - m 1/01)	10,00 DM
Verwertung von Abfällen in Hessen 1996; (Q II 4, Q II 6, Q II 15, Q II 16 - 2j/96)	6,00 DM
Einsammlung und Verwertung von Verpackungen in Hessen 1996; (Q II 8 - j/96)	6,00 DM
Sonstige Veröffentlichungen	
Hessische Kreiszahlen - Ausgabe II/2000 - 45. Jahrgang	12,00 DM
□, Excel	12,00 DM

Hessisches Statistisches Landesamt - 65175 Wiesbaden